

ödp

*Geplante Freihandelsabkommen:
Kommunen beziehen klare Position* 36

*Gemeindliche Selbstverwaltung:
Kein Ausschluss der Öffentlichkeit!* 39

*Energieeffizientes Bauen & Sanieren:
Argumente gegen die Dämmkritik* 40

Das ÖDP-Journal
Nr. 166 Mai 2015

Ökologie Politik

Schöne neue Arbeitswelt



UMSCHAU

Ökolumne: zur Energieunion	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	10

TITELTHEMA: SCHÖNE NEUE ARBEITSWELT

Arbeit und Lebensfreude „Work-Life-Balance? Work-Live-Bullshit!“ Interview mit Thomas Vašek	12
Hartz IV und seine Auswirkungen „Ein Gesetz zur Einschüchterung“ Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge	16
Hartz IV, seine Erfinder und sein Zweck „Die Verarmung war gewollt“ Interview mit Prof. Dr. Helga Spindler	21
Höhe des gesetzlichen Mindestlohns Maßstab Menschenwürde von Dr. Klaus J. Klumpers	24
Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften „Löhne drücken, Arbeitsplätze abbauen“ Interview mit Dr. Werner Rügemer	26
Über Heinz Budes „Gesellschaft der Angst“ „Immer kurz davor, alles zu verlieren“ von Günther Hartmann	30
Über Friedhelm Hengsbachs „Teilen, nicht töten“ „Die Rede über Werte widert mich an“ von Bernhard Suttner	33

KOMMUNALPOLITIK

Zu den geplanten Freihandelsabkommen Kommunen wachen auf und positionieren sich von Günther Hartmann	36
Gemeindliche Selbstverwaltung und Transparenz Kein Ausschluss der Öffentlichkeit! von Hermann Striedl	39

BAUPOLITIK

Energieeffizientes Bauen und Sanieren Dämmwahn? von Günther Hartmann	40
--	----

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Geplanter Müll Ein nüchterner Kämpfer für die Wachstumswende von Pablo Ziller	44
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	47
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	48
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	49
„Ja, wollen die denn nur mein Geld?“ von Pablo Ziller	52
Verbände	56
Neues aus der ÖDP	60
Pressticker	62
Leserbriefe	64
Impressum	59

Liebe Leserinnen und Leser,

„Deutschland ist Europameister bei Gehalt und Freizeit“, betitelte „Spiegel online“ im März dieses Jahres einen Artikel über eine Studie des Beratungsunternehmens Towers Watson. Die deutschen Arbeitnehmer hätten reichlich Geld und auch reichlich Zeit, um es auszugeben. Im Vergleich zu anderen Ländern hätten sie das große Los gezogen und europaweit die beste Work-Life-Balance. Der Mix aus hohem Gehalt und Freizeit sei nirgendwo so gut wie bei uns. Es geht uns Deutschen also ganz hervorragend. Wirklich?

Nur wenige Tage vorher hatte die Krankenkasse DAK-Gesundheit eine Studie veröffentlicht, die ein ganz anderes Bild zeigt: Rund drei Millionen Deutsche schlucken Medikamente gegen Angst, Nervosität, Unruhe, Müdigkeit und Depression – ohne Rücksicht auf teilweise erhebliche Gesundheitsrisiken. Offensichtlich ist der Leistungsdruck im Arbeitsleben zu groß und anders kaum mehr zu bewältigen. Innerhalb der letzten sechs Jahre hat die Zahl der „Hirn-Doper“ um rund die Hälfte zugenommen, wobei die Dunkelziffer aber noch deutlich höher sein dürfte.

Unsere Gesellschaft ist sehr widersprüchlich: Noch nie war die wirtschaftliche Produktivität so hoch wie heute – und doch nimmt die Armut seit Jahrzehnten zu. Noch nie war die Produktivität so groß wie heute – und doch bleiben menschliche Bedürfnisse immer mehr ungestillt. Noch nie waren die Arbeitnehmer so gut ausgebildet wie heute – und doch gehen bei vielen die Löhne zurück. Noch nie gab es so viele Ratgeberbücher, Psychotherapeuten und „spirituelle“ Angebote – und doch leiden so viele Menschen unter Burn-out wie noch nie.

Seltsam ist auch die fast kultische Überhöhung von Arbeit. Wenn die Arbeit nicht mehr dazu dient, Produkte zu erzeugen, sondern das Erzeugen von Produkten primär der „Schaffung von Arbeitsplätzen“, dann stimmt irgendetwas nicht. Mit dem Argument „Arbeitsplätze“ lässt sich jeder noch so große Unsinn rechtfertigen. „Sozial ist, was Arbeit schafft“, ist eine zynische, aber oft verwendete Phrase. Arbeit ist jedoch kein Wert an sich, sondern immer nach ihrem Nutzen für das Gemeinwohl zu hinterfragen und zu beurteilen. Und zum Gemeinwohl gehört natürlich auch jeweils das Wohl der Arbeitenden selbst.

Es grüßen Sie herzlich

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

zur Energieunion

Die EU-Kommission will ein Programm zur Umstrukturierung der europäischen Energiepolitik aufstellen und hat dem Projekt den Namen „Europäische Energieunion“ gegeben. Die Idee dazu stammt vom polnischen Ministerpräsidenten Tusk, der zurzeit die

Der französische Atomkonzern EDF will im englischen Hinkley Point eines der größten Atomkraftwerke der Welt bauen und erhält dafür Subventionen über 22 Mrd. Euro für den Bau sowie eine garantierte Einspeisevergütung in Höhe von 11 Cent/kWh durch die

Vernünftig wäre eine Europäische Energieunion, die einen Rahmen für die Umstellung auf Erneuerbare Energien und auf mehr Energieeffizienz schafft.

Ratspräsidentschaft innehat. Er forderte den gemeinsamen Einkauf von Gas, um zu verhindern, dass Russland weiterhin Gas als politisches Druckmittel einsetzen kann. Lücken im Pipelinetz in Europa sollen geschlossen werden. Die EU deckt ihren Energiebedarf zu 55 % aus Einfuhren.

Alle EU-Staaten sind sich einig, dass es eine nachhaltige Energiepolitik in Europa geben muss, um die CO₂-Emissionen zu senken. Allerdings ist umstritten, wie die Energiewende umgesetzt werden soll. Deutschland hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen und will weiterhin Kohle verbrennen. Polen will AKWs bauen und Kohle verbrennen. Und Großbritannien will aus der Kohleverbrennung aussteigen und neue AKWs bauen. Was da für eine Energiewende am Ende herauskommt, liegt noch sehr im Nebel.

britische Regierung. Die letzte EU-Kommission unter Energiekommissar Oettinger (CDU) hat dem zugestimmt. Jetzt will die britische Regierung auch noch Beihilfen für weitere geplante AKWs aus dem Europäischen Investitionsfonds bekommen.

Vernünftig wäre eine Europäische Energieunion, die einen ge-

Langfristig müssen die Märkte für Wärme, Strom und Verkehr enger miteinander verkoppelt werden.

meinsamen EU-Rahmen für die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien und auf mehr Energieeffizienz schafft. Der Emissionshandel muss wieder zum Funktionieren gebracht werden. Langfristig müssen die Märkte für

Wärme, Strom und Verkehr enger miteinander verkoppelt werden.

Der Ausbau von grenzübergreifenden Stromleitungen in der EU ist ein sinnvoller Weg, um die Energiesicherheit in Europa zu verbessern und Investitionen in solarthermische Kraftwerke in Südeuropa möglich zu machen.

Durch den Einsatz der Technologie „Power-to-Gas“ lassen sich die EU-Klimaschutzziele kostengünstiger erreichen. Große Teile des synthetisch hergestellten Methans könnten für Autos mit Erdgasantrieb genutzt werden. Mit der Power-to-Gas-Technologie können Erneuerbare-Energie-Erzeugungsanlagen unabhängiger von der momentanen Stromnachfrage betrieben werden. Die Auslastung und damit die Erträge aus Windkraft und Solaranlagen würden damit deutlich steigen. Es würden keine Speicherkosten für die Energie entstehen. Der Wirkungsgrad der Umwandlungsanlagen liegt bei 70 % bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff, bei 50 % bei der Umwandlung in Methan und bei 30 % für die Methanisierung und anschließende Wiederverstromung.

Für die Versorgungssicherheit ist die Stabilisierung der Netze besonders wichtig. Die dafür nötige Regelernergie sollte möglichst über

dezentrale Kapazitäten erfolgen, die zentral von einer EU-Behörde kontrolliert wird. Die Schaffung einer intelligenten Laststeuerung auf dezentraler Ebene nach Knappheitspreisen ist dazu eine wichtige Komponente.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Flüchtlinge: Sklaverei, Erpressung, Organklau

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex kündigt an, Bootsflüchtlinge im zentralen Mittelmeer nur noch dann zu retten, wenn sie die 30-Meilen-Zone erreicht haben. Damit nimmt die EU billigend in Kauf, dass noch mehr Menschen auf der Flucht nach Europa sterben. Warum die Flüchtlinge dieses Risiko auf sich nehmen, wird klar, wenn man Berichte der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl liest. So droht Flüchtlingen in Ägypten die Entführung durch Menschenhändler, Folter, um von Verwandten Lösegeld zu erpressen, sowie die Entnahme von Organen zum Weiterverkauf an ägyptische Krankenhäuser.

» <http://tinyurl.com/pxsmxgr>

Hendricks sucht Zwischenlager für Atommüll

26 Castor-Behälter mit deutschem Atommüll müssen ab 2017 zwischengelagert werden. 21 davon werden aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield zurückgebracht, fünf weitere aus der französischen Anlage in La Hague. Nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben sich bisher zur Aufnahme einiger Behälter bereit erklärt. Deshalb will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Aufnahmestandorte nun selbst festlegen. Kritisiert hat Hendricks die ablehnende Haltung von Bayern und Hessen.

» <http://tinyurl.com/odr65et>



Foto: A. Fehmel/pixelio.de

Brennelementsteuer bleibt wohl bestehen

Die Klagen von Eon, RWE und EnBW gegen die Brennelementsteuer haben kaum Aussicht auf Erfolg. Die Steuer verstoße nicht gegen EU-Recht, erklärte Generalanwalt Maciej Szpunar vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Sie stelle keine „staatliche Beihilfe“ für andere Arten der Stromerzeugung dar, wie die Kläger argumentieren. Mit einem Urteil ist im Sommer zu rechnen. Bereits Ende 2014 hatte der Bundesfinanzhof entschieden, dass die Atomkonzerne die umstrittene Brennelementsteuer weiter zahlen müssen, bis die höchsten Gerichte abschließend entschieden haben. Die Brennelementsteuer war 2011 in Kraft getreten und ist bis Ende 2016 befristet. Fällig wird sie immer dann, wenn in Atomkraftwerken die Brennstäbe ausgewechselt werden. Sie beträgt 145 Euro pro Gramm Kernbrennstoff.

» <http://tinyurl.com/ln4le9q>

Bisphenol-A-Hormone in Getränkedosen

In Frankreich ist Bisphenol A (BPA) seit Anfang 2015 in allen Lebensmittelverpackungen verboten. In Deutschland wurde der Grenzwert der Chemikalie verschärft, doch wird sie weiterhin verwendet. Bisphenol A ist in



Grey59/pixelio.de

Kassenbons und als Weichmacher in zahlreichen Plastikprodukten und Lebensmittelverpackungen enthalten. Seit Jahren warnen Experten davor, der Stoff könne den Hormonhaushalt von Frauen beeinflussen, die Gehirnentwicklung von Ungeborenen und Kleinkindern schädigen sowie bei Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen eine Rolle spielen. Bisphenol A wurde in zwei von zehn getesteten Dosengetränken nachgewiesen, denn die meisten Getränkedosen sind innen mit Epoxidharz beschichtet, das den Stoff enthält.

» <http://tinyurl.com/nows7jh>

Manchester-Kapitalismus in Niedersachsen

Mit ihrer Reportage „Die Schlachtordnung“ gewann Anne Kunze von der Wochenzeitung „Die Zeit“ den Herbert-Riehl-Heyses-Preis 2015. Kunze schildert auf brillante und beklemmende Weise die Ausbeutung der Arbeiter in der Fleischindustrie. „In einer idyllischen Gegend in Niedersachsen wird im Sekundentakt geschlachtet, immer schneller, immer billiger, immer schmutziger. Erledigt wird das Gemetzel von einer Geisterarmee aus Osteuropa“, beginnt ihr Artikel. Die Arbeitsbedingungen sind so, als gäbe es kein Arbeitsrecht, als gäbe es überhaupt kein Recht – eine Rückkehr zum Manchester-Kapitalismus, ein gnadenloser Menschenhandel mit Billiglöhnern, ein System mafio-



Foto: Udo Böhlhfeld/pixelio.de

ser Strukturen, gedeckt durch EU-Recht. Die Jury lobte den Artikel als herausragendes Beispiel für „eindringlichen, unter die Haut gehenden Journalismus“. Stimmt! Lesen!

» <http://tinyurl.com/khzn008>

Wirtschaft kritisiert Käuflichkeit der Medien

Die deutsche Wirtschaft macht sich Sorgen um die Unabhängigkeit der Medien, weil es mittlerweile zu einfach geworden sei, sich eine redaktionelle Berichterstattung zu kaufen. Der Arbeitskreis Corporate Compliance, in dem Compliance-Verantwortliche zahlreicher Dax-Konzerne sitzen, hat deshalb einen „Kodex für die Medienarbeit von Unternehmen“ verabschiedet, der die Einflussnahme von Unternehmen auf die Berichterstattung stoppen soll. „Unternehmen können heute in einem Ausmaß redaktionelle Berichterstattung kaufen, wie das früher völlig undenkbar war. Und sie machen davon Gebrauch“, sagte Jürgen Gramke, Vorsitzender des Arbeitskreises, dem „Manager Magazin“.

In ihrem Kodex fordern die Wirtschaftsvertreter unter anderem, Medien nicht mit falschen Informationen zu versorgen und bei unliebsamer Berichterstattung nicht mit Werbeentzug zu drohen.

» <http://tinyurl.com/koybn52>

Ein Prozent besitzt mehr als der Rest

Die Entwicklungsorganisation Oxfam warnt in einer neuen Studie vor einer immer tieferen Kluft zwischen Arm und Reich. Setze sich der derzeitige Trend fort, werde bereits im Jahr 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzen. 2009 besaß es erst 44 %, 2014 bereits 48 %. Das Vermögen der 80 reichsten Menschen hat sich zwischen den Jahren 2009 und 2014 verdoppelt, womit diese genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen besaßen. Oxfam beklagt zudem einen wachsenden Einfluss der globalen Finanzeliten auf die Politik. Sie strebten zunehmend danach, die Regeln und Gesetzgebungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. So hätten beispielsweise Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors sowie des Pharma- und Gesundheitssektors allein von März 2013 bis März 2014 insgesamt weit über 1 Mrd. Dollar für Lobbyarbeit in Washington und Brüssel ausgegeben.

» <http://tinyurl.com/qjtkfer>

Millionenfaches Doping am Arbeitsplatz

Knapp 3 Mio. Menschen schlucken in Deutschland verschreibungspflichtige Pillen, um am Arbeitsplatz leistungsfähiger zu sein sowie Stress und Ängste abzubauen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Krankenkasse DAK-Gesundheit. In sechs Jahren stieg der Anteil der Beschäftigten, die regelmäßiges „Hirndoping“ betreiben, von 4,7 auf 6,7 %, wobei die Dunkelziffer noch viel höher sein dürfte. Männer versuchen vor allem, noch leistungsfähiger beim Erreichen ihrer beruflichen Ziele zu werden, Frauen dagegen wollen, dass ihnen die Arbeit leichter von der Hand geht und sie emotional stabil bleiben. Jeder Zweite bekommt die entsprechenden Medikamente von seinem Arzt, jeder Siebte von Freunden, Bekannten oder Familienangehörigen und jeder Zwölfte bestellt sie ohne Rezept im



Foto: Ivista/pixelio.de

Internet. Dabei zeigen die Medikamente oft nur kurzfristige und minimale Effekte, bergen aber hohe gesundheitliche Risiken für Körper und Psyche. Für die Studie wurden Arzneimitteldaten von 2,6 Mio. erwerbstätigen DAK-Versicherten analysiert und über 5.000 Berufstätige im Alter von 20 bis 50 Jahren befragt.

» <http://tinyurl.com/odjweuz>

Florida wollte Klimawandel verbieten

Die Umweltbehörde des republikanisch regierten US-Bundesstaates Florida erließ 2011 eine strenge Sprachregelung für ihre Beamten und Angestellten. Verboten war unter anderem die Verwendung der Begriffe „Klimawandel“, „globale Erwärmung“ und „Nachhaltigkeit“. Das geht aus den Aussagen ehemaliger Mitarbeiter hervor, die von der US-amerikanischen Nachrichtenagentur UPI zitiert werden.

» <http://tinyurl.com/pvod46f>

52 Mrd. Euro umweltschädliche Subventionen

Nach der vom Umweltbundesamt (UBA) herausgegebenen Studie „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“ beliefen sich die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland im Jahr 2010 auf über 52 Mrd. Euro. Mit 24,4 Mrd. Euro entfiel ein Großteil auf den Verkehrssektor, dicht gefolgt von der Energiebereitstellung und -nutzung mit weiteren 21,6 Mrd. Euro. Das Bau- und Wohnungswesen schlägt mit 5,9 Mrd. Euro zu Buche. Insgesamt bewegt sich das Subventionsvolumen weiter auf hohem Niveau und ein systematischer Abbau ist nicht erkennbar. Gefördert werden z.B. der Braunkohlebergbau und der Flugverkehr. Umweltschädliche Subventionen konterkarieren nicht nur den Umweltschutz, sondern belasten



auch die öffentlichen Kassen. Durch ihren Abbau könnte der Staat neue finanzielle Freiräume zur Gestaltung einer nachhaltigen Politik bekommen. In seiner Studie empfiehlt das UBA, unverzüglich mit dem systematischen Abbau dieser Förderungen zu beginnen.

» <http://tinyurl.com/nj425yw>

Großbritannien will neues Atomkraftwerk

Mit 22 Mrd. Euro Subventionen und einer garantierten Einspeisevergütung in Höhe von 11 Cent/kWh will der Energiekonzern Electricité de France (EdF) im englischen Hinkley Point eines der größten Atomkraftwerke der Welt bauen. Das Projekt verstößt klar gegen EU-Wettbewerbsrecht, doch die vormalige EU-Kommission mit Energiekommissar Oettinger hat in ihrer vorletzten Sitzung diese Atombeihilfen genehmigt. Die österreichische und luxemburgische Regierung wollen beim Europäischen Gerichtshof dagegen klagen, ebenso mehrere Ökoenergieerzeuger wie EWS Schönau und Greenpeace Energy. 2014 wurde laut Internationaler Atomenergie Agentur (IAEA) weltweit nur noch mit dem Bau von drei Atomkraftwerken begonnen, 2013 waren es noch zehn.

» <http://tinyurl.com/qgwnpk8>

2014: weltweiter Wärmerekord

Das Jahr 2014 war weltweit so warm wie noch nie – das verkündet nun sogar die US-Weltraumbehörde NASA. Zuvor hatte die globale Erwärmung seit der Jahrtausendwende nicht mehr zugenommen, dies allerdings auf hohem Niveau: Die Jahre seit 2000 gehören sämtlich zu den wärmsten seit Beginn der Messungen im Jahr 1880. Die Stagnation der Temperaturen erklären Wissenschaftler damit, dass sich vor allem die Ozeane erwärmt haben.

» <http://tinyurl.com/kyj58wh>

Erneuerbare Energie kostengünstiger

Die Stromrechnung täuscht die Verbraucher, denn sie unterschätzt die versteckten Kosten des Kohle- und Atomstroms. Tatsächlich sind Erneuerbare Energien schon jetzt kostengünstiger als konventioneller Strom, stellt die Studie „Was Strom wirklich kostet“ fest, die Forum



Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) für Greenpeace erstellte. Würden die versteckten Kosten auf den Strompreis umgelegt, so würde dies eine Mehrbelastung von voraussichtlich 11 Cent/kWh für das Jahr 2015 ausmachen. Die aktuelle EEG-Umlage beträgt dagegen 6,17 Cent/kWh. 1 kWh Windstrom aus neuen Anlagen kostet heute 5,1 bis 8,7 Cent, während Atom-Strom mit 18,5 bis 49,8 Cent/kWh vielfach teurer ist. Auch die Preise für Kohlestrom liegen bei 12,6 bis 16,7 Cent/kWh höher. Greenpeace fordert mehr Transparenz bei den Strompreisen. Würden die versteckten Zusatzkosten für Atom- und Kohlestrom in der Kostenkalkulation berücksichtigt, wären Wind-, Wasser- und Solarenergie schon heute größtenteils wettbewerbsfähig.

» <http://tinyurl.com/qdefjgf>

Power-to-Gas könnte Energiewende verbilligen

Durch den kommerziellen Einsatz der Power-to-Gas-Technologie sind die Klimaschutzziele der Bundesregierung kostengünstiger zu erreichen. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE). Bei einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2050 um 80% gegenüber 1990 würden die jährlichen Gesamtkosten des deutschen Energiesystems um einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr niedriger ausfallen, wenn die Speichertechnologie künftig entsprechend ausgebaut wird. Grundlage der Studie ist das derzeit umfassendste Simulationsmodell für eine kostenoptimierte, nachhaltige Energieversorgung in Deutschland. Power-to-Gas bedeutet, Strom während der Phasen, in denen mehr produziert als verbraucht wird, in Gas zu verwandeln und dadurch die in ihm enthaltene Energie langfristig zu speichern. Die Anwendungsmöglichkeiten sind vielfältig.

» <http://tinyurl.com/pgmpps9>



Foto: Audif AG

Umweltkrankheiten kein Fall für Psychiatrie

Der Verein „GENUK“ kämpft um die Anerkennung von Umweltkrankheiten im System der gesetzlichen Krankenversicherung und gegen die Psychiatrisierung von Erkrankten. „30 Jahre Gutachten in Sachen Umwelt führen zu der Erkenntnis, dass wir wissenschaftlich nachvollziehen können, warum es so viele Umweltkranke gibt. Die notwendigen Grundkenntnisse existieren seit den 80er Jahren. Das weiß aber keiner, denn es wird alles getan, dass dieser Stand der Wissenschaft rechtlich unwirksam bleibt. D.h. die Opfer werden nicht als Vergiftete anerkannt, sondern als Psycho diskriminiert. Es ist schon vorgekommen, dass schwer Vergiftete in die Geschlossene zwangseingewiesen wurden. Um das zu erreichen, wird der Eindruck erweckt, all jene Wissenschaft gäbe es noch nicht, man müsse das alles noch erforschen“, kritisiert er auf seiner Website.

» www.genuk-ev.de/psych_fake.html

Wie man Bundestagsabgeordnete beeinflusst

In der TV-Talkshow von Markus Lanz berichtete kürzlich der bekannte Lobbyist Dr. Dr. h.c. Peter Spary, wie man die Bundestagsabgeordneten beeinflusst und wa-



Screenshots ZDF

rum er sie regelmäßig zum Frühstück ins Bundestagsrestaurant einlädt: Frühmorgens haben sie Zeit und sind noch aufnahmefähig. Seit Jahrzehnten im Geschäft, versucht Spary, die Parlamentarier im Interesse von derzeit 28 Verbänden, Organisationen und Staaten zu beeinflussen: von der Daunen- und Feder-Assoziation über Usbekistan bis zur Deutschen Brandschutzindustrie.

» <http://tinyurl.com/l2vu4j3>

Strukturen klimaskeptischer Argumente

Mit ihrem Beitrag „Die Struktur klimaskeptischer Argumente. Verschwörungstheorie als Wissenschaftskritik“ haben Jens Soentgen und Helena Bilandzic den „GAIA Best Paper Award 2014“ gewonnen. Auf der Shortlist standen außerdem „Die Ratio der ‚Klima-Religion‘. Eine theologisch-ethische Auseinandersetzung mit klimaskeptischen Argumenten“ von Michael Rosenberger und der „Der Rebound-Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation“ von Tilman Santarius. Alle drei Gewinner-Artikel stehen im Internet.

» <http://tinyurl.com/oqklou5>

Wohnen in Windparknähe kein Gesundheitsrisiko

Eine umfassende Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) zeigt, dass Wohnen in der Nähe von Windparks die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigt. Die Autoren prüften eine Reihe von Fallstu-



Foto: Erich Westendarpixelio.de

dien in Europa und den USA, um Auswirkungen von Infraschall und Lebensqualität für die Bevölkerung in der Nähe von Windparks zu bewerten. Messungen von niederfrequentem Schall (LFN), Infraschall und tonalem Klang zeigten, dass der Lärm von Häusern und Autoverkehr meist deutlich lauter und unangenehmer war.

» <http://tinyurl.com/prrezwv>

Regenwaldabholzung nimmt dramatisch zu

Forscher der University of Maryland analysierten die Flächenentwicklung der tropischen Regenwälder mittels Computeranalyse von 5.500 Satellitenbildern. Von 2000 bis 2010 betrug die jährliche Regenwaldabholzung 6,5 Mio. ha. Das entspricht einer Zunahme von 62% gegenüber dem Vorjahrzehnt und der doppelten Fläche Deutschlands. Haupttreiber für die Beschleunigung der Regenwaldabholzung ist vor allem der steigende Bedarf nach Ackerflächen und Holz. Für das Weltklima

und den Artenerhalt sind Regenwälder außerordentlich bedeutsam. So ist die Vernichtung des Regenwaldes zu über 20% verantwortlich für den Klimawandel. Zudem leben dort knapp 75% aller Tier- und Pflanzenarten. Der Erhalt des Regenwaldes und zusätzliche Aufzuchtungen sind deshalb existenziell wichtig.

» <http://tinyurl.com/mnc9cvy>

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Elefantenmord für Chinas Gier nach Elfenbein

In Asien explodiert die Nachfrage nach Elfenbein. Innerhalb von zehn Jahren hat sich der Handel damit verdreifacht. Jährlich werden damit in Asien bis zu 188 Mio. Dollar umgesetzt. Insbesondere in Tansania hat die Wilderei dramatische Ausmaße angenommen. Allein 2013 wurden mehr als 10.000 Elefanten illegal umgebracht – 30 Tiere pro Tag. Im Selous Wildreservat, das zum UNESCO-Welterbe zählt, ist die Population innerhalb von zehn Jahren von 70.406 auf 13.084 eingebrochen. Um das Töten von Elefanten zu beenden, müssen die Absatzmärkte für Elfenbein ausgetrocknet werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei China zu.

Bitte fordern Sie die Botschaft auf, sich bei der chinesischen Regierung dafür einzusetzen, dass der Schmuggel mit Elfenbein verhindert wird. Schreiben Sie an den Botschafter der Volksrepublik China, Herrn Botschafter Shi Mingde, Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin, Fax 030-27588221:

Sehr geehrter Herr Botschafter,

China spielt eine entscheidende Rolle im illegalen Elfenbeinhandel. Mitarbeiter chinesischer Botschaften gehören regelmäßig zu den wichtigsten Kunden lokaler Händler in Afrika. Elefantenstoßzähne werden illegal außer Landes gebracht. Das steht in der umfangreichen Studie „Vanishing Point“ der Environmental Investigation Agency (EIA), in der kriminelle Fälle von Elfenbeinschmuggel aufgedeckt und die Namen beteiligter Personen genannt werden. Insbesondere in Tansania hat die Wilderei dramatische Ausmaße angenommen. Allein 2013 sind mehr als 10.000 Elefanten illegal getötet worden. Die Wilderei und der illegale Handel mit Elfenbein müssen unterbunden werden. Bitte setzen Sie sich bei Ihrer Regierung dafür ein.

Mit freundlichem Gruß

Bücher

Internetsucht & Therapie

Bert te Wildt

Digital Junkies

Internetabhängigkeit und ihre Folgen für uns und unsere Kinder
Droemer, März 2015

384 Seiten, 19,99 Euro

978-3-426-27656-3



Internetabhängige vernachlässigen ihre Ernährung und Gesundheit, haben soziale Probleme, sind nicht mehr in der Lage, in Schule, Ausbildung und Beruf Leistungen zu erbringen, leiden häufig unter Depressionen. Der Autor, Oberarzt an einer Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie, sieht darin eine persönlichkeitszerstörende Sucht, die völlig unterschätzt wird und deshalb noch nicht als Krankheit anerkannt ist. Er berichtet über seine eigenen Erfahrungen aus der Praxis, über wissenschaftliche Studien, stellt Präventionsmaßnahmen und Behandlungsmethoden vor. (gh)

Verhörmethoden & Menschenwürde

Wolfgang Nešković (Hrsg.)

Der CIA-Folterreport

Der offizielle Bericht des US-Senats zum Internierungs- und Verhörprogramm der CIA
Westend, Januar 2015
640 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-093-2



Der Bericht über das Internierungs- und Verhörprogramm der CIA, den der Geheimdienstsausschuss des US-Senats am 9. Dezember 2014 veröffentlicht hat, basiert auf über 6 Mio. CIA-Dokumenten und zeigt die tiefen Abgründe des „Krieges gegen den Terror“ mit unzähligen Verstößen gegen die UN-Antifolterkonvention. Die „verschärften Verhörmethoden“ reichen von Waterboarding über Schlafentzug bis hin zu gezielten Schlägen – in Geheimgefängnissen, ohne Rechtsgrundlage, ohne Anklage, auch heute noch, obwohl bereits offen zugegeben wird, dass sie nur sehr wenige nützliche Informationen einbrachten. (gh)

TTIP & Demokratieabbau

Hermann Ploppa

Die Macher hinter den Kulissen

Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern

Nomen, Oktober 2014

200 Seiten, 14,90 Euro

978-3-939816-22-5



Über TTIP wird zurzeit viel diskutiert, wenig jedoch über dessen Initiatoren und deren Motive und Strategien. Mit denen befasst sich dieses Buch. Es schildert eine lange historische Entwicklung vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute und zeigt auf, mit welchen Methoden diskrete Netzwerke wie Bilderberger oder Atlantik-Brücke unsere Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft weitgehend unbemerkt beeinflussen und mitgestalten. Das Ziel ist letztlich eine Entdemokratisierung unserer Gesellschaft, eine Enteignung und Entmündigung der Bürger zugunsten einer Herrschaft der Konzerne bzw. der diese besitzenden Milliardäre. (gh)

Dogmen & Wahrheit

Jens Korff

Die dümmsten Sprüche aus Politik, Kultur und Wirtschaft

Und wie Sie gepflegt widersprechen

Westend, Februar 2015

256 Seiten, 14,99 Euro

978-3-86489-086-4



Mit „Wir müssen alles tun, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben!“ wurden „Arbeitsmarktreformen“ begründet. Ob dieses Ziel wirklich sinnvoll ist, fragte seltsamerweise kaum jemand. Das Buch stellt zahlreiche solcher „Dogmen“ vor, häufig vorgebrachte Glaubenssätze, die Wahrheiten verkünden, welche sich bei genauem Hinsehen nur als dumme Sprüche erweisen: über Autos und Ökos, Krieg und Frieden, Arbeit und Freizeit, Arm und Reich, Geld und Macht, Wissenschaft und Wohlstand, Freiheit und Staat, Links und Rechts, Vergangenheit und Zukunft, Kunst und Kultur, Männer und Frauen sowie Tugend und Laster. Es wird offensichtlich, wie unsachlich politische Diskussionen oft sind. (gh)

Familienausbeutung & Hartz IV

Jürgen Borchert

Sozialstaatsdämmerung

Goldmann, November 2014

224 Seiten, 9,99 Euro

978-3-442-15844-7



Richter machen in der Regel keine Politik, sondern sprechen „Recht“. Was sie darunter verstehen, steht im Gesetz. Ob dieses gerecht ist, interessiert Richter in der Regel nicht, den Autor jedoch schon. Ende 2014 mit 65 Jahren pensioniert, hat er wie wohl kein anderer Richter die deutsche Sozialpolitik beeinflusst. Ohne Umschweife legte er seine Finger immer wieder in die seit Jahrzehnten schwärenden Wunden sozialer Ungerechtigkeit und war an mehreren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts beteiligt. Schon in seiner Dissertation hatte er sich gründlich mit den Auswirkungen des deutschen Rentenrechts auf die wirtschaftliche Situation der Familien auseinandergesetzt. Die Verletzung des Generationenvertrags durch die Gesetzliche Rentenversicherung nennt er „Transferausbeutung der Familie“. Er sieht aber auch die Begünstigung hoher Einkommen und von Kapitalgewinnen als eine Ursache der immer stärker klaffenden Schere zwischen Arm und Reich. (jr)

Wachstumswende & Kreativität

Harald Welzer, Dana Giesecke, Luise Tremel (Hrsg.)

Futurzwei

Zukunftsalmanach 2015/16

Geschichten vom guten Umgang mit der Welt
S. Fischer, November 2014

544 Seiten, 16,99 Euro

978-3-596-03049-1



In 83 Geschichten aus Deutschland präsentiert das Buch praktische Gegenentwürfe zur vorherrschenden Ökonomie der schonungslosen Verschwendung unserer knappen Ressourcen. Es zeigt richtungsweisende Projekte, die mit kreativen Ideen wichtige Impulse zum Schutz der Umwelt und zu einer gerechten Gesellschaft leisten. Für die ÖDP könnten sich dabei einige spannende Referenten und kreisverbandsnahe Projekte finden. Dieses konstruktive Werk macht Lust auf die Wachstumswende. (pz)

Geldkonzentration & Macht

Hans Jürgen Krysmanski

0,1%

Das Imperium der Milliardäre

Westend, Januar 2015

288 Seiten, 17,99 Euro

978-3-86489-090-1



In den letzten 15 Jahren haben die reichsten 0,1% der Westeuropäer ihr Vermögen verdreifacht. Das Buch setzt sich mit dieser Finanzelite und ihren Machtstrukturen auseinander. Über die ist wenig bekannt, denn man kann sie nicht mit den üblichen Methoden der Soziologie untersuchen. Der Autor, emeritierter Soziologie-Professor, hat es trotzdem getan und eine Anatomie des Megareichtums erstellt. Es wird klar, dass auch in hochkomplexen Systemen und Strukturen konkret benennbare Akteure am Werk sind, die aufgrund ihres stetig wachsenden Reichtums den Lauf der Welt maßgeblich gestalten – zu ihrem Vorteil. (gh)

Wirklichkeit & Virtualität

Gerald Lembke, Ingo Leipner

Die Lüge der digitalen Bildung

Warum unsere Kinder das Lernen verlernen

Redline, März 2015

256 Seiten, 19,99 Euro

978-3-86881-568-9



Kinder vor dem 12. Lebensjahr mit digitalen Medien zu konfrontieren, ist nicht sinnvoll, sondern schädlich. Die Entwicklung von Medienkompetenz wird nicht gefördert, sondern verhindert. Denn damit sich das kindliche Gehirn richtig entwickelt, braucht es Welterfahrung, muss das Kind Dinge greifen und begreifen. Ohne eine gute Fein- und Grobmotorik, ohne sinnliches Erleben von Zusammenhängen, kann sich kein kritisches und logisches Denkvermögen entwickeln. Ein zu früher Umgang mit digitalen Medien nimmt diesen Entwicklungsschritten wertvolle Zeit weg. Und auch für Kinder ab dem 12. Lebensjahr kann digitales Lernen immer nur eine Ergänzung sein und darf nie das Selberdenken ersetzen. Ein wichtiges Buch für Eltern, Lehrer und Bildungspolitiker. (ub)



Arbeit und Lebensfreude

„Work-Life-Balance? Work-Life-Bullshit!“

Die heutige Arbeitswelt gleicht einem Hamsterrad, in dem wir uns bis zur völligen Erschöpfung abstrampeln. Es gilt deshalb, unser Leben vor der Arbeit zu retten, indem wir beide Sphären entmischen und klar voneinander abgrenzen. Und indem wir beide Sphären in ein Gleichgewicht zurückbringen. „Work-Life-Balance“ lautet das Motto der Stunde. Zu Recht?

Interview mit Thomas Vašek

ÖkologiePolitik: Herr Vašek, Sie sind nicht der Meinung, dass beruflicher Stress unsere physische und psychische Gesundheit ruiniert und eine Work-Life-Balance unsere Lebensqualität steigert. Warum?

Thomas Vašek: Weil die Arbeit nicht neben unserem Leben existiert, sondern ein wesentlicher Bestandteil von ihm ist. Das Gerede von Work-Life-Balance ist Bullshit, weil es uns suggeriert, das wahre Leben begönne erst nach Feierabend. Dahinter steckt die dualistische Vorstellung einer Aufteilung der Welt in ein „Reich der Notwendigkeit“ und ein „Reich der Freiheit“. In der einen Welt plagen wir uns sinnlos ab, in der anderen genießen wir das Leben. Diese Vorstellung teile ich nicht, sondern betrachte sie als „Opium

fürs Volk“, denn sie will die Menschen ruhigstellen, damit sie nicht gegen schlechte Arbeit aufbegehren. Was wir wirklich brauchen, das ist nicht weniger Arbeit, sondern weniger schlechte Arbeit – oder anders ausgedrückt: mehr gute Arbeit. Wir sollten für gute Arbeit

kämpfen, nicht für mehr Freizeit, denn die vergeuden wir ohnehin oft sinnlos.

Was ist gute Arbeit?

Unter guter Arbeit verstehe ich zunächst einmal Arbeit, die unsere Talente entfalten und unsere Per-

sönlichkeit reifen lässt. Das heißt natürlich für jeden Menschen etwas anderes, weshalb auch jeder eine gewisse Verantwortung dafür hat, den für ihn „richtigen“ Job zu finden und auszuüben. In der Moralphilosophie gibt es die Auffassung, dass wir eine ethische Verantwortung

haben, aus unserem Leben „etwas zu machen“: wie ein Künstler etwas daraus zu formen, ihm eine Gestalt zu geben. Das schulden wir unserer Selbstachtung. Wir müssen unser Leben ernst nehmen und es als Herausforderung begreifen und

„Wir brauchen nicht weniger Arbeit,
sondern weniger schlechte Arbeit.“

Wir sollten für gute Arbeit kämpfen.“

annehmen. Natürlich ist dabei eine Überforderung nicht gut, aber eine Unterforderung genauso wenig. Was uns unterfordert, empfinden wir schnell als langweilig und unbefriedigend. Gute Arbeit dagegen stimuliert unsere Kreativität und setzt oft ungeahnte Kräfte frei.

Wenn heute Arbeit als sinnlos empfunden wird, liegt das aber vielleicht trotzdem daran, dass sie sinnlos ist.

Ja, neben der persönlichen Dimension gibt es natürlich noch die soziale Dimension: Arbeit muss auch zum Gemeinwohl beitragen. Sinn entsteht nicht, indem ich nur um mich selbst kreise, sondern nur in Beziehung zu anderen Menschen. Wir brauchen die praktische Auseinandersetzung mit der Welt, mit anderen Menschen, um zu uns selbst zu kommen. Man muss in der Arbeit aber auch einen Wert an sich sehen, nicht nur ein Mittel zum Zweck. Sigmund Freud hat einmal auf die Frage, worin das Geheimnis des Glücks läge, lapidar geantwortet: „In Arbeit und Liebe.“

Inwieweit ist gute Arbeit in einer arbeitsteiligen Wirtschaft möglich?

Die Arbeitsteilung ist kein Problem, sondern sogar der Schlüssel zu einer erfüllenden Arbeit. Denn wir sollten nicht versuchen, Dinge zu tun, die uns nicht liegen, sondern uns auf das konzentrieren, wofür wir Talent besitzen und was uns Freude macht. Die eigenen Stärken zu entwickeln, ist viel sinnvoller, als ständig darum zu kämpfen, die eigenen Defizite zu beseitigen – denn unsere Defizite sind nahezu unendlich, unsere Talente aber überschaubar. Die Entfaltung unserer Talente ist das Beste für uns selbst und das Beste für die Gemeinschaft. Und am besten kann man seine Talente in einer arbeitsteiligen Wirtschaft entfalten, wo andere Menschen genau

Foto: Stefanie Füsslenich



Thomas Vašek, Jahrgang 1968, studierte Mathematik und Volkswirtschaft, arbeitete zunächst als Ressortleiter beim österreichischen Nachrichtenmagazin „profil“, dann als Chefredakteur bei den Wissenschaftsmagazinen „MIT Technology Review“ und „PM-Magazin“, gründete 2011 die Philosophie-Zeitschrift „Hohe Luft“, ist seither auch deren Chefredakteur. Zudem veröffentlichte er mehrere Bücher, zuletzt 2012 „Denkstücke“ und 2013 „Work Life Bullshit“.

www.hoheluft-magazin.de

das sehr gut können, was ich selbst nicht kann und was ich mir nur mit großer Mühe aneignen könnte.

es um gute Arbeit geht, sollten wir Gemeinnutz und Eigennutz nicht gegeneinander ausspielen. Gute Ar-

„Unter guter Arbeit verstehe ich Arbeit,
die unsere Talente entfalten
und unsere Persönlichkeit reifen lässt.“

Ist sinnvolle Arbeit in einer Wirtschaft, die primär nicht das Gemeinwohl, sondern den Eigennutz in den Mittelpunkt stellt, nicht zwangsläufig ein seltener Luxus?

Das glaube ich nicht. Auch das kapitalistische System kann gute, sinnvolle Arbeit schaffen, die einen Nutzen für andere hat. Und nicht jede Tätigkeit fürs Gemeinwohl ist schon per se sinnstiftend für denjenigen, der diese Arbeit macht. Wenn

beit, wie ich sie verstehe, sollte beide Dimensionen haben. Das heißt, sie sollte zu meinem guten Leben beitragen, aber auch zum guten Leben anderer – und sei es nur der Kunde, der Freude an einer Dienstleistung hat, die ich erbringe.

Wie wichtig ist ein gerechter Lohn? Der ist natürlich sehr wichtig, denn er ist Ausdruck von Anerkennung. Ungerechte Arbeitsverhältnisse gilt es zu bekämpfen. Ungerechtigkeit

drückt sich nicht nur in den Lohnunterschieden aus, sondern auch in den unterschiedlichen „inneren Werten“, die durch einen Job vermittelt werden. Das sind Werte wie Authentizität, Kooperation und Erfahrung. Manche Menschen haben Jobs, in denen sie das Gefühl haben,

Jobs. Die einen haben einen befriedigenden Job, der sie weiterbringt im Leben, die anderen verschwenden im Grunde nur ihre Zeit. Das empfinde ich als zutiefst ungerecht. Es kommt nicht nur aufs Geld an. Und keineswegs alle „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse

„Die Arbeitsteilung ist kein Problem, sondern sogar der Schlüssel zu einer erfüllenden Arbeit.“

dass sie ganz „sie selbst“ sein können, dass sie Erfahrungen machen, die ihr Leben bereichern. Andere Menschen haben solche Jobs nicht. Wir haben eben nicht nur eine wachsende Ungleichheit bei den Einkommen, sondern auch eine Ungleichheit in der Qualität der

sind schlecht oder ausbeuterisch. Sie bieten auch die Chance, die Arbeit an die jeweiligen Bedürfnisse und an die Lebenssituation des Arbeitnehmers anzupassen. In jedem Fall sollten wir genau hinschauen: auf die einzelnen Jobs und auf die Menschen, die sie ausüben.



Foto: Rosel Eckstein/pixelio.de

Ein Kerngedanke von Hartz IV ist, dass es grundsätzlich besser ist, irgendeinen Job anzunehmen, als arbeitslos zu sein. Was halten Sie davon?

Diese Kernidee halte ich grundsätzlich für richtig. Viele Studien zeigen, dass Menschen ohne Arbeit oft sehr unglücklich sind. Statt die freie Zeit zu nutzen, um sich sinnvollen Dingen zuzuwenden, verfallen sie häufig in Depression. Das hat erstaunlicherweise gar nicht so viel mit dem Geld zu tun, sondern eher mit dem Verlust von Struktur, von Sinn. Arbeit schafft „wunschunabhängige“ Gründe, also Verpflichtungen. Wer Arbeit hat, der hat einen Grund, morgens aufzustehen und ins Büro zu fahren, und zwar einfach deshalb, weil er es muss, ob er Lust dazu hat oder nicht. Menschen ohne Arbeit fehlen diese Gründe. Deshalb wissen sie oft nicht, was sie tun, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Allerdings möchte ich eine Einschränkung machen: Niemand sollte gezwungen sein, einen entwürdigenden Job anzunehmen, nur um überhaupt Arbeit zu haben. Es gibt sicherlich Formen von Arbeit, die Menschen nicht zumutbar sind. Aber das sind heute eher die Ausnahmen.

Inwieweit braucht es für gute Arbeit überhaupt die traditionelle Form von Erwerbsarbeit? Wäre eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht besser?

Ich bin skeptisch gegenüber einem Grundeinkommen – und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Ein Grundeinkommen ohne Arbeit verstößt aus meiner Sicht gegen Gerechtigkeitsgrundsätze, weil es den nicht arbeitenden Grundeinkommensbeziehern ermöglicht, letztlich auf Kosten jener zu leben, die

arbeiten. Zweitens: Wenn meine These stimmt, dass gute Arbeit wesentlich zu einem guten Leben beiträgt, dann sollten wir vorsich-

Arbeit schaffen können. Vonseiten der Wirtschaft wird das Thema gerade sehr ernst genommen. Aber wir dürfen das nicht nur den Un-

„Wir sollten nicht versuchen, Dinge zu tun, die uns nicht liegen, sondern uns auf das konzentrieren, wofür wir Talent besitzen.“

tig sein, Menschen einen Anreiz zu geben, nicht zu arbeiten. Allerdings bin ich in dieser Frage nicht dogmatisch. Ich könnte mir durchaus vorstellen, eine Art zeitlich begrenztes Grundeinkommen einzuführen, um einmal auszuprobieren, wie die Menschen darauf reagieren.

Gute Arbeit spielt ja in den derzeitigen politischen Diskursen überhaupt keine Rolle. Warum eigentlich nicht?

Ich würde nicht sagen, dass das Thema keine Rolle spielt. Der Diskurs darüber kommt eigentlich immer mehr auf. Das Problem ist, dass wir sehr dazu neigen, die Frage der Arbeit auf Einkommen und Arbeitszeit zu reduzieren. Das ist zu verkürzt. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, was gute Arbeit eigentlich ist – und wie wir unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus solche

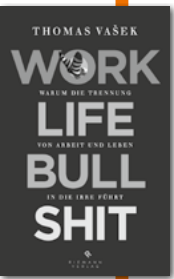
ternehmen überlassen. Gute Arbeit ist auch eine politische Aufgabe. So glaube ich beispielsweise, dass wir eine neue Form von Arbeitsverhältnissen brauchen, die den Arbeitnehmern mehr Freiheit bietet. Jeder sollte das Recht haben, sich für eine gewisse Zeit aus dem Job rauszuzie-

„Gerechter Lohn ist Ausdruck von Anerkennung. Ungerechte Arbeitsverhältnisse gilt es zu bekämpfen.“

hen, um etwas anderes zu machen. Ich meine damit nicht Sabbaticals, die ja von den Unternehmen freiwillig angeboten werden. Ich rede von Rechten, die jeder Arbeitnehmer hat. Ein solcher „Lebens-Arbeits-Vertrag“, wie ich das nenne, würde vieles verändern. Das würde Druck auf die Unternehmen erzeu-

BUCHTIPP

Thomas Vašek
Work Life Bullshit
Warum die Trennung von Arbeit und Leben in die Irre führt
Riemann,
September 2013
288 Seiten, 16,99 Euro
978-3-570-50153-5



gen. Was wir brauchen, das ist nicht „Freiheit von der Arbeit“, sondern „Freiheit in der Arbeit“.

Wie lässt sich da ein Bewusstseinswandel auslösen? Wo ist am besten anzusetzen?

Letztlich beginnt der Bewusstseinswandel am Arbeitsplatz, also bei den arbeitenden Menschen selbst. Jeder von uns sollte sich von Zeit zu Zeit fragen, ob er mit seinem Job zufrieden ist. Und wenn nicht, dann sollte man versuchen, etwas daran zu ändern. Und wenn man merkt, dass man innerhalb des Jobs nichts ändern kann, dann muss man sich eben einen anderen suchen, bevor einem die Arbeit das Leben kaputt macht. Das ist natür-

lich nicht immer einfach. Aber die Verantwortung für gute Arbeit liegt eben auch beim Arbeitenden selbst. Wer ohne Not in einem Job verharrt, in dem er eigentlich todunglücklich ist, der ist auch ein Stück weit selbst daran schuld.

Herr Vašek, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!

Hartz IV und seine Auswirkungen

„Ein Gesetz zur Einschüchterung“

Die Hartz-Reformen haben Deutschland massiv verändert. Durch sie wurden große Teile der Bevölkerung unter Druck gesetzt und diszipliniert. Der Niedriglohnsektor und das Verarmungsrisiko nahmen zu – und der Rechtsextremismus auch. Die zunehmende Demontage des Sozialstaates treibt die Spaltung unserer Gesellschaft voran und gefährdet die Demokratie.

Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Butterwegge, welche Auswirkungen hatten und haben die Hartz-Reformen auf die Arbeitswelt?

Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Es wurden die Mini- und Midijobs eingeführt und die Leih- bzw. Zeitarbeit liberalisiert. Für davon Betroffene brachte das gravierende Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich. Mittels Hartz IV wurden Langzeitarbeitslose noch mehr drangsaliert, die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und härtere Sanktionen verhängt. So hat man Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften genötigt, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sowie Lohn- bzw. Gehaltseinbußen hinzunehmen. Dadurch wurde die Arbeitswelt rauer, der „Herr-im-Hause“-Standpunkt vieler Unternehmer wieder salonfähig und der unter Bundeskanzler Helmut Kohl entstandene Niedriglohnsektor viel breiter. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse ermöglichten der Kapitaleseite höhere Gewinne, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Gürtel enger

schnallen und ihr vorheriges Anspruchsniveau senken mussten.

Inwieweit veränderte sich damit auch unsere Gesellschaft?

Ich spreche nicht allein deshalb von einer „Hartz-IV-Gesellschaft“,

Pfandflaschen und Getränkedosen aufbessern können. Seither gehören Mülltonnen durchwühlende Flaschensammler vielerorts zum Stadtbild. Wer die brisante Mischung von berechtigter Empörung, ohnmächti-

„In der Mittelschicht wächst die Befürchtung, dass der eigene Wohlstand gefährdet ist und ein sozialer Absturz droht.“

weil inzwischen über 15 Mio. Menschen diese Transferleistung in Anspruch nehmen mussten. Längst gibt es etwas, was man „Hartz-IV-Welt“ nennen kann: eine Subkultur im Bereich der Arbeitslosengeld-II-Empfänger samt ihrer Familien, die von Hartz-IV-Kochbüchern über Sozialkaufhäuser und Möbellager bis zu Hartz-IV-Kneipen reicht, wo die Betroffenen unter sich bleiben und ihr Bier zu Niedrigpreisen trinken. Ab 1. Januar 2003 galt zusammen mit den ersten beiden Hartz-Gesetzen auch die Pfandpflicht, sodass Transferleistungsbezieher ihr karges Haushaltseinkommen durch das Sammeln und die Rückgabe von

ger Wut und blankem Hass auf „die Etablierten“ kennt, wie sie wohl nur in Hartz-IV-Beratungsstellen und Versammlungen von Erwerbsloseninitiativen existiert – sofern die Betroffenen nicht schon resigniert und sich ganz aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben –, kommt zu dem Schluss, dass innerhalb der Bundesrepublik zwei Welten oder „Parallelgesellschaften“ existieren und die Brücken dazwischen abgebrochen wurden. Auf der einen Seite entstehen Luxusquartiere, in denen sich die „Superreichen“ hinter den hohen Mauern ihrer Villen verschanzen und von privaten Sicherheitsdiensten bewachen lassen.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Jahrgang 1951, studierte Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaft, Psychologie und Philosophie. Nach verschiedenen beruflichen Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent ist er seit 1998 Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher über Armut, Sozialstaatlichkeit, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Anfang 2015 erschien sein Buch „Hartz IV und die Folgen – Auf dem Weg in eine andere Republik?“.

www.christophbutterwegge.de

Auf der anderen Seite konzentrieren sich die Armen in despektierlich als „soziale Brennpunkte“ oder euphemistisch als „Stadtteile mit besonde-

Angst hervorgebracht hat. Vor allem in der Mittelschicht wächst die Befürchtung, dass der eigene Wohlstand gefährdet ist und ein sozia-

„Das deutsche Kleinbürgertum hat sich in Krisensituationen politisch immer nach rechts orientiert.“

rem Entwicklungsbedarf“ genannten Elendsquartieren der Großstädte.

Inwieweit sind populistische Strömungen wie jüngst die Pegida-Bewegung ein Reflex auf die Hartz-Reformen?

Wer den Sozialstaat demontiert, gefährdet damit auch die Demokratie. Hartz IV war ein Gesetz der Angst, das eine Gesellschaft der

ler Abstieg oder gar Absturz droht. Angst führt zu irrationalen Reaktionen und das deutsche Kleinbürgertum hat sich in Krisensituationen politisch immer nach rechts orientiert. Pegida ist für mich ein regional unterschiedlich stark ausgeprägtes Phänomen, das die mit der AfD schon parteiförmig verfestigte rechtspopulistische Position von Thilo Sarrazin auf der Straße arti-

ONLINETIPPS

Interview mit Christoph Butterwegge „Es gibt vermehrt Armut trotz Arbeit“ Telepolis, 21.11.2014 www.heise.de/tp/artikel/43/43363/1.html

Christoph Butterwegge Eine andere Republik – Hartz IV und die Folgen NachDenkSeiten, 17.11.2014 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23972>

CETA und TTIP als Gefahr für das europäische Sozialmodell NachDenkSeiten, 26.06.2014 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=22160>

Wie Freihandelsabkommen das europäische Sozialmodell angreifen Focus, 23.06.2014 <http://tinyurl.com/nl7udm6>

Deshalb werden die Ursachen von Armut in Deutschland verschwiegen Tagesspiegel, 16.06.2014 <http://tinyurl.com/marx4kv>

Reichtumsförderung ist keine Armutsbekämpfung Focus, 21.05.2014 <http://tinyurl.com/klatvbs>

Warum die Koalition im Kampf gegen Altersarmut versagt Focus, 19.04.2014 <http://tinyurl.com/lpzuk4w>

„Armutsimport“ – Wer betrügt hier wen? Blätter für deutsche und internationale Politik, 04.02.2014 <http://tinyurl.com/kn2etrp>

kuliert hat. Dass die lokale Hochburg der „Pegida-Bewegung“ in Dresden lag, war gewiss kein Zufall. Denn hier hatte es 2004 nicht bloß wie damals in allen ostdeutschen

kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Religion oder Herkunft politisch aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber „Mitbewerbern“

„Der Neoliberalismus schafft einen idealen Nährboden für Standortnationalismus und Sozialdarwinismus.“

Städten Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV gegeben, sondern die NPD auf dieser Protestwelle auch den Einzug in ein Landesparlament geschafft. Was sich einmal in den Köpfen vieler Menschen abgelagert hat, lässt sich von Leuten wie Lutz Bachmann leicht wieder reaktivieren.

Gibt es auch inhaltliche Übereinstimmungen zwischen rechtsextremistischem und neoliberalen Denken?

Durch die Fixierung auf den Leistungswettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen idealen Nährboden für Standortnationalismus, Wohlstandschauvinismus und Sozialdarwinismus. Maßnahmen der Privatisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung zwischenmenschlicher Beziehungen leisten Tendenzen zur Entpolitisierung und Entdemokratisierung massiv Vorschub, weil die Gesellschaft nicht mehr wie bisher politisch zu gestalten, d.h. demokratisch zu entwickeln ist. Wo die Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse als für den „eigenen“ Standort nützlich, ja sogar notwendig legitimiert wird, entsteht ein rassistische Ressentiments begünstigendes Klima. Denn je mehr die Konkurrenz im Rahmen der „Standortsicherung“ verschärft wird, umso leichter lässt sich die

um Arbeitsplätze, Wohnungen, Beziehungspartner und Sozialtransfers instrumentalisieren.

Warum wurden die Hartz-Reformen ausgerechnet von einer rot-grünen Regierung durchgeführt?

Es scheint, als sei dem Sozialstaat nach dem „Sieg über den Staatssozialismus“ der Krieg erklärt worden. „Privatinitiative“, „Eigenverantwortung“ und „Selbstvorsorge“ wurden aufgrund der neoliberalen Hegemonie, d.h. der Meinungsführerschaft des Marktradikalismus neben „Wettbewerbsfähigkeit“, zu Leitbildern eines umfassenden „Um-“ bzw. Abbaus des Wohlfahrtsstaates. Gleichwohl scheiterten mehrere An-

rot-grüne Bundesregierung weder ein stimmiges Konzept noch eine Alternative zum Neoliberalismus besaß, passte man sich diesem aber in der Praxis an, zumal die Wirtschaftslobby sie enorm unter Druck setzte und die „Modernisierer“ in der größten Regierungspartei immer mehr Einfluss gewannen.

Warum regte sich damals und regt sich auch heute so wenig Widerstand?

Das unter dem Kürzel „Hartz IV“ bekannte Gesetzespaket wurde letztlich von einer sozialpolitischen Allparteienkoalition verabschiedet. Wesentlich erleichtert, begünstigt und vielleicht sogar überhaupt ermöglicht wurde der Schulterchluss aller Parlamentsfraktionen von einer marktradikal gestimmten Medienöffentlichkeit, die Gegner der Reform als „Bedenkenträger“, „Betonköpfe“ oder „Besitzstandswahrer“ verunglimpfte. Außerparlamentarisch machte sich negativ bemerkbar, dass die SPD als treibende Kraft auftrat und die Gewerkschaften als größte und handlungsfähigste Organisationen personell eng mit dieser Partei verbunden wa-

„Je mehr die Konkurrenz verschärft wird, umso leichter lässt sich kulturelle Differenz politisch aufladen.“

läufe der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe am entschlossenen Widerstand der SPD-regierten Länder im Bundesrat, die vom damaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine koordiniert wurden. Nach dem Sieg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 erschienen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kurskorrekturen möglich. Da die

ren. Trotzdem gab es massenhaften Widerstand und – wenn auch erst nach Verabschiedung der Reform – Großkundgebungen und Montagsdemonstrationen, besonders in Ostdeutschland. Fast überall entstanden Erwerbsloseninitiativen, wie sich auch Wohlfahrtsverbände, manche Gewerkschaftsgliederungen, Kirchengemeinden und globalisierungskritische Netzwerke zu Anti-Agenda- bzw. Anti-Hartz-Bündnissen, zu Runden Tischen

oder zu Sozialforen vereinigten. Heute haben sich zwar große Teile der Bevölkerung längst an Hartz IV gewöhnt, die unmittelbar Betroffenen sich jedoch nicht damit ausgesöhnt, sondern schlimmstenfalls resigniert. Wenn der Protest gegen Austeritätspolitik und Arbeitsmarktreflexen in anderen EU-Staaten, die mittels deutschen Lohndumpings niederkonkurriert wurden, noch mehr anwächst, kann es hierzulande erneut zum stärkeren Aufbegehren kommen.

Welche Änderungen würden Sie vornehmen, wenn Sie für Arbeits- und Sozialpolitik verantwortlich wären?

Ich würde die Hartz-IV-Regel-

Hartz IV wirklich verdient: Sie muss bedarfsgerecht, armutsfest und repressionsfrei sein, wodurch die Armen und Erwerbslosen aus ihrem Helotendasein befreit würden, das ihnen die rot-grüne Sozialreform mittels strenger Zumutbarkeitsregeln und harter Sanktionsdrohungen auferlegt hat.

Was ist der Unterschied zwischen einer sozialen Grundsicherung und einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Während sich eine soziale Grundsicherung am Bedarf der Hilfebedürftigen orientiert bzw. orientieren sollte, handelt es sich beim bedingungslosen Grundein-

„Es scheint, als sei dem Sozialstaat nach dem ‚Sieg über den Staatssozialismus‘ der Krieg erklärt worden.“

leistungen deutlich erhöhen, eine zusätzliche Pauschale für die Energiekosten einführen und ein Moratorium bei den Sanktionen verkünden. Längerfristig geht es darum, einen inklusiven Sozialstaat zu schaffen und ihn durch Gründung einer solidarischen Bürgerversicherung wieder auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen. Dann wären neben den Arbeitnehmern auch Selbstständige, Freiberufler und Beamte, Abgeordnete und Minister eingebunden. Die finanzielle Solidarität von Besserverdienenden willkürlich deckelnde Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen würde ich auf- bzw. anheben, alle Einkommensarten, auch Kapitaleinkünfte, Diäten sowie Miet- und Pachteinnahmen beitragspflichtig machen. Integraler Bestandteil der Bürgerversicherung wäre eine soziale Grundsicherung, die den Namen im Unterschied zu

kommen um eine Leistung, die allen Bürgern unabhängig von ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zustehen würde. Auf extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird mit der Forderung nach einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert. Dabei muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden, wenn die soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben soll. Durch seine gigantischen Kosten würde das bedingungslose Grundeinkommen sogar die öffentliche Armut erhöhen – wegen der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz. Das bedingungslose Grundeinkommen bräche auch mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates und würde seine Architektur bzw. Struktur zerstören. Seit dem Kaiserreich sind den staatlichen Transferleistungen

BUCHTIPPS

Christoph Butterwegge
Hartz IV und die Folgen
Auf dem Weg in eine andere Republik?
Beitz Juventa,
Januar 2015
290 Seiten, 16,95 Euro
978-3-7799-3234-5



Christoph Butterwegge,
Gerd Bosbach,
Matthias W. Birkwald (Hrsg.)
Armut im Alter
Probleme und
Perspektiven der
sozialen Sicherung
Campus, November 2012
280 Seiten, 19,90 Euro
978-3-593-39752-8



Christoph Butterwegge
Armut in einem reichen Land
Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird
Campus, Januar 2012
400 Seiten, 24,90 Euro
978-3-593-39605-7



nämlich Sozialversicherungen vorgeschaltet, die Standardlebensrisiken – Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit – kollektiv absichern, sofern der versicherte Arbeitnehmer und sein Arbeitgeber entsprechende Beiträge gezahlt haben. Nur wenn dies nicht der Fall oder der Leistungsanspruch bei Arbeitslosigkeit erschöpft ist, muss ein Betroffener auf steuerfinanzierte Leistungen zurückgreifen.

Herr Prof. Butterwegge, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!

Hartz IV, seine Erfinder und sein Zweck

„Die Verarmung war gewollt“

Die Hartz-Reformen sind das Resultat sozialdemokratisch-technokratischen Regierens. Für die Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer wurden sie zum Albtraum. Die Politik feiert eine niedrige Arbeitslosenquote und das Wachstum der Wirtschaft – und schweigt zur zunehmenden Verarmung. Dabei hängen diese Entwicklungen zusammen.

Interview mit Prof. Dr. Helga Spindler

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Spindler, wer steckte hinter Hartz IV?

Prof. Dr. Helga Spindler: Nach dem, was wir heute wissen, war es weniger ein Werk der Hartz-Kommission oder gar des Namensgebers Peter Hartz persönlich, sondern mehr eine geheime Staatsaktion des Bundesarbeitsministeriums und des Bundeskanzleramts – einverständlich koordiniert und gelenkt durch die Bertelsmann Stiftung. Die tragenden politischen Akteure im Hintergrund waren anfangs vor allem Frank-Walter Steinmeier, damals Chef des Bundeskanzleramts, und Gerd Andres, damals Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, unterstützt durch weitere SPD- und IG-Metall-Funktionäre aus Nordrhein-Westfalen. Später stießen Florian Gerster und Wolfgang Clement hinzu, die allerdings von Anfang an ihre Absichten offen kommuniziert hatten, sich nach dem Aufbau des neuen Systems aus unterschiedlichen Gründen nicht lange auf ihren Positionen halten konnten und ihren Platz inzwischen eindeutig im Arbeitgeberlager, Unterabteilung Niedriglohnsegment, gefunden haben. Der damalige Bundesarbeitsminister Walter Riester war eine Randfigur und nicht die treibende Kraft. Wissenschaftliche Vordenker waren schon länger in der Bench-

marking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit im Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und im Wissenschaftszentrum Berlin am Werke. Zur Vorbereitung gab es einen großen Arbeitskreis, der der Öffentlichkeit als „Kommission von unabhängigen Sachverständigen“

„Arbeitslosengeld II“ genannt –, die nicht mehr dem Ziel der Schaffung menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen verpflichtet war. Wichtigster Bestandteil war die ersatzlose Streichung der Arbeitslosenhilfe. Die war zwar in der Höhe ihrer Leistungen meist nicht höher

„Hartz IV war eine geheime Staatsaktion des Bundesarbeitsministeriums und des Bundeskanzleramts, gelenkt durch die Bertelsmann Stiftung.“

verkauft wurde und in dem keine Bundestagsabgeordneten vertreten waren. Ein damaliger Akteur aus dem Bundesarbeitsministerium berichtete später einmal treffend: „Wir haben das als Kuckucksei der Hartz-Kommission untergeschoben.“

Was war die Kernidee des „Kuckuckseis“?

Offiziell ging es nur um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einer Behörde und angeblich um einheitlichere und umfangreichere Hilfen. Doch das war von Anfang nur die Chiffre für erhebliche Leistungsver schlechterungen in der Arbeitslosenversicherung und für eine rechtlosere Sozialhilfe – bewusst irreführend

als die Sozialhilfe, gab den Beziehern aber eine Rechtsstellung mit viel mehr Gestaltungs- und Kombinationsmöglichkeiten. Neben der Senkung für die wenigen, die eine höhere Arbeitslosenhilfe bekamen, wollte man vor allem den Druck auf arbeitserfahrene und deshalb oft selbstbewusstere Arbeitslosenhilfebezieher und ihre Familienmitglieder verstärken. Die durchaus vorhandenen Schwachstellen in der Verwaltung der Arbeitslosenhilfe hätten sich auch ohne Systemänderung beheben lassen.

Warum regte sich so wenig Widerstand?

Im Bundestag wurde nie offen und ehrlich über die Vor- und



Prof. Dr. Helga Spindler, Jahrgang 1948, studierte Jura, arbeitete danach als Rechtsanwältin und promovierte parallel. Von 1982 bis 1999 war sie Professorin für Sozialrecht und Arbeitsrecht am Fachbereich Sozialarbeit der staatlichen Fachhochschule Köln, seit 1999 ist sie Professorin für öffentliches Recht mit Schwerpunkt Sozialrecht und Arbeitsrecht an der Gesamthochschule Essen, die nach der Fusion heute Universität Duisburg-Essen heißt. Daneben ist sie Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift „info also – Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht“.

www.uni-due.de/edit/spindler

Nachteile einer Zusammenlegung debattiert – erst recht nicht über Alternativen. Das Konzept wurde als alternativlos dargestellt und in einem geeigneten Moment durchgepeitscht. Doch nicht nur in SPD-, sondern auch in Gewerkschaftskreisen wird es immer noch als „Vorwärtsreform“, „sozialer Fortschritt“ und „linkes Projekt“ bezeichnet. Das liegt auch an einer dort verbreiteten Glorifizierung von Arbeit und Arbeitsplätzen als höchstem Wert – unabhängig von ihrer Qualität. Die Zwangszuweisung in unterbezahlte und staatlich geförderte Beschäftigung wird als „Erlösung von Arbeitslosigkeit“ gefeiert.

Die Hartz-Reformen werden oft als Grund genannt, dass Deutschland heute wirtschaftlich relativ gut dasteht.

Und verschwiegen wird dabei die wachsende Armut. Der Zusam-

menhang zwischen wachsender Armut und wachsender Wirtschaft bleibt durch die Zahlenspielerien der Statistiken unklar. Manchmal wird verwundert gefragt, warum trotz Wirtschaftswachstum die Armut steigt, dabei ist es eher umgekehrt: Das Wachstum der Armut ist einer der Gründe für das Wachsen

„Die tragenden politischen Akteure im Hintergrund waren anfangs vor allem Frank-Walter Steinmeier und Gerd Andres.“

der Wirtschaft. Das wird nicht gesehen oder bewusst verdrängt und verleugnet.

Über Armut wird auch relativ wenig berichtet.

Ja – und das ist beunruhigend. Es gibt eine Spaltung in der Betroffenheit, aber auch in der Wahrneh-

mung. Und selbst viele, die Armut als Problem sehen, nehmen weder die Dynamik noch das Ausmaß individueller Lebensbeeinträchtigung wahr. Das Thema „Einkommensarmut“ war bei der letzten Bundestagswahl nicht entscheidend, obwohl mit der Mindestlohndebatte ja eine implizite Armutsdebatte geführt wurde, ohne sie jedoch so zu nennen. Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“ deutete das Wahlergebnis gar so, dass die Warnungen vor steigender Armut ein reines Medienkonstrukt seien, eine „dramatisch verzerrte Weltsicht“, die gescheitert und zerbrochen sei.

Woher kommt so ein Wahrnehmungsdefizit?

Armut ist nichts Einheitliches, sondern recht Unterschiedliches. Sie differenziert sich aus – nach Region, nach Branche und nach Beruf. Sie nimmt nicht nur bei An- und Ungelernten und gering qualifizierten Arbeitnehmern zu – was meist achselzuckend hingenommen wird –, sondern auch zunehmend bei Dienstleistern, bei Fachkräften aus Lehrberufen, bei akademisch Ausgebildeten im Erziehungswesen, in der Sozialarbeit und in Verwaltungsberufen, ganz besonders bei Kleingewerbetreibenden und in freien Berufen. Zudem gibt es noch eine

Spaltung zwischen Kernbelegschaften und Berufsanfängern sowie aus der Arbeitslosigkeit kommenden Menschen. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, aber nur für bestimmte Gruppen – das macht die Wahrnehmung schwierig, wenn man nur oberflächlich hinschaut.

Die Politik feiert die niedrige Arbeitslosenquote.

Weil sie eben fälschlicherweise Armut mit Arbeitslosigkeit gleichsetzt. Wäre das so, dann wäre die beste Gegenstrategie tatsächlich die, Menschen irgendwie in Arbeit

zu bringen. Aus diesem Blickwinkel spielte die Frage, welche Arbeit zu welchen Löhnen verrichtet wird, nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb bewerten Sozialdemokraten, Liberale und Konservative die Hartz-Reformen als Erfolg. Ob wir

gesagt, zu welchen Löhnen welche Produkte sich gegen welche Wettbewerber durchsetzen sollen – geschweige denn, was das für Konsequenzen für die Wettbewerber hat. Wollen wir unseren europäischen Nachbarn Marktanteile wegneh-

„Der Zusammenhang zwischen wachsender Armut und wachsender Wirtschaft bleibt durch die Zahlenspielerien unklar.“

mehr oder weniger Armut haben, interessiert sie nach dieser Definitionsverschiebung nicht mehr. Einstimmig gelobt werden die sinkende Arbeitslosenquote und die sinkende Unterbeschäftigungsquote – Zahlen, die man durch statistische Tricks, Umstellung der Erhebungsmethode, Beschäftigung weit unter Qualifikationsniveau und abschreckendes Behördenhandeln beeinflussen kann.

War die zunehmende Verarmung ein Versehen oder gewollt?

Sie war gewollt. Gerhard Schröder selbst erklärte 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum, seine Regierung hätte den Arbeitsmarkt

men? Oder Bangladesch, Indien und China? Schaut man genau hin, sieht man jedoch, dass es oft gar nicht um die Exportwirtschaft geht, sondern um lokale Handwerks-tätigkeiten und Dienstleistungen. Zudem wird bei der ganzen Diskussion um den Mindestlohn so gut wie nie erläutert, warum jetzt gerade diese Lohngrenze angemessen ist und nicht eine andere. Das ist alles immer sehr beliebig und geht nicht von einem menschenwürdigen Existenzminimum aus.

Was sollte Ihrer Meinung nach geschehen?

Wir sollten in Deutschland wieder zu Instrumenten und Systeme

„Niedriglohn ist nur ein Synonym für Armut. Und Hartz IV zwingt die Menschen, Niedriglöhne zu akzeptieren.“

liberalisiert und einen der besten Niedriglohnsektoren Europas aufgebaut. Niedriglohn ist nur ein Synonym für Armut. Und Hartz IV zwingt die Menschen, Niedriglöhne zu akzeptieren.

Warum wollte Schröder einen großen Niedriglohnsektor?

Begründet wird das immer mit dem Argument „Wettbewerbsfähigkeit“. Dabei wird aber nie konkret

men zurückkehren, mit denen wir Erfahrungen haben. Da stehen in erster Linie wieder eine verbesserte Arbeitslosenversicherung und auch eine befristete Einführung von Arbeitslosenhilfe an. Die würden viele wegen ihrer Familienfreibeträge, Vermögensfreibeträge und Rentenversicherung sowie wegen ihrer Verwaltung bei der Arbeitsagentur statt dem Jobcenter bevorzugen.

ONLINETIPPS

Interview mit Helga Spindler
„Armutslöhne haben eine wichtige Funktion“
Telepolis, 05.01.2014
www.heise.de/tp/artikel/40/40612/1.html

Helga Spindler
Hartz IV muss weg – was kommt danach?
Vortrag in Weingarten, 14.06.2013
<http://tinyurl.com/p5s5jijh>

Interview mit Helga Spindler
„Der Staat verzerrt den gesamten Arbeitsmarkt“
Telepolis, 22.10.2012
www.heise.de/tp/artikel/37/37827/1.html

Helga Spindler
Wer steckt hinter Hartz IV? – Die Ghostwriter der Hartz-Kommission
Junge Welt, 16.08.2012
<http://tinyurl.com/owhghwc>

Helga Spindler
Stunde der Technokraten – Zur Einsetzung der Hartz-Kommission
Junge Welt, 22.02.2012
<http://tinyurl.com/q4rtavn>

Helga Spindler
War auch die Hartz-Reform ein Bertelsmann-Projekt?
NachDenkSeiten, 23.09.2009
www.nachdenkseiten.de/?p=4212



Der wahrscheinlich wichtigste Akteur bei der Entwicklung der Hartz-Gesetze: Frank-Walter Steinmeier, SPD

Das Wohngeld sollte der Preisentwicklung angepasst werden. In der Rente sollten der Riesterfaktor und die durch die Erhöhung der Altersgrenze erzeugte Senkung rückgängig gemacht werden. Die Erwerbsminderungsrente muss von den Voraussetzungen und der Höhe her verbessert werden, statt Schwerkranke oder Behinderte mit ständi-

gem Druck und Meldeauflagen zu tyrannisieren.

Reicht das?

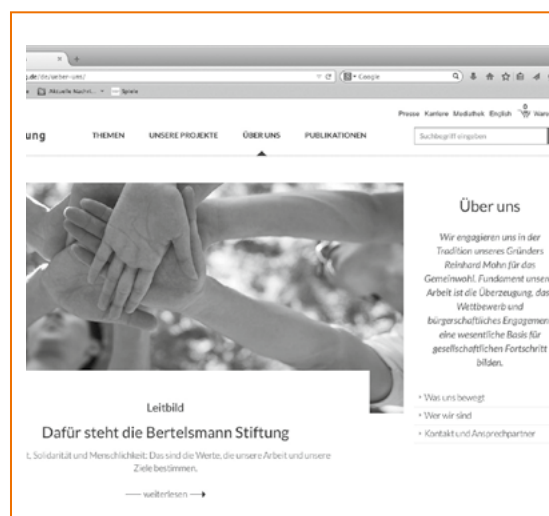
Nein, die Höhe der Grundsicherung darf nicht weiter so nach unten manipuliert werden, wie das bisher geschieht. Der Eckregelsatz muss, wenn man auf der Basis des Statistikmodells bleibt, nach Rücknahme der schlimmsten Abschläge

um 45 Euro – wie der DGB fordert – oder um 58 Euro – wie der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert – erhöht werden. Über möglichst pauschale einmalige Leistungen auch für Bildung und Teilhabe sowie über die bedarfsorientierte Übernahme von Unterkunftskosten muss man sich verständigen.

Ist das denn alles finanzierbar?

Wenn die Armut so weiterwächst wie heute, wird sie sichtbar werden und die Ausgaben würden steigen. Das wird allerdings zu verkraften sein, wenn höhere Löhne gezahlt werden, Selbstständige höhere Honorare erhalten und endlich ein zusätzliches bezahltes Arbeitsvolumen geschaffen wird, statt immer mehr Vollzeitbeschäftigung nur auf Teilzeit zu verteilen. Wenn alles so bleibt wie heute, würden sich die momentan etwa 7,5 Mio. Bezieher in allen Grundsicherungssystemen auf rund 10 Mio. erhöhen. Deshalb müssen wir die Arbeitsverhältnisse stabilisieren.

Frau Prof. Spindler, vielen Dank für das interessante Gespräch. ■



Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung gehört zu den einflussreichsten neoliberalen Denkfabriken in Deutschland. Gegründet hat sie 1977 Reinhard Mohn, der Unternehmenspatriarch des Bertelsmann-Konzerns. 1993 übereignete er die Mehrheit des Aktienkapitals der Bertelsmann AG an die Stiftung. Dadurch sparte er seiner Frau Liz und seinen Kindern Christoph und Brigitte gut 2 Mrd. Euro Erbschafts- oder Schenkungssteuer. Reinhard Mohn hatte immer die Motivation, in die deutsche Gesellschaft zu wirken. Die Bertelsmann Stiftung tritt für mehr Wettbewerb und mehr Effizienz in staatlichen Bereichen wie z. B. im Hochschulwesen oder im Gesundheitswesen ein. In ihren Studien nimmt sie einen betriebswirtschaftlichen Blickwinkel ein und kommt regelmäßig zum Ergebnis, dass „weniger Staat“ besser sei.

Quelle: https://lobbypedia.de/wiki/Bertelsmann_Stiftung

Höhe des gesetzlichen Mindestlohns

Maßstab Menschenwürde

In der langen Diskussion um den Mindestlohn wurde von keiner Seite erklärt, warum nun gerade diese oder jene Lohnuntergrenze angemessen ist. Stattdessen herrschte ziemliche Beliebigkeit. Dabei gibt es eigentlich ein klares Kriterium: Der Mindestlohn sollte ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Doch das ist bei 8,50 Euro/Stunde nicht der Fall.

von Dr. Klaus J. Klumpers

Die Große Koalition hat nun endlich am 1. Januar 2015 einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt – gegen den Rat sogenannter „Wirtschaftsexperten“. Millionenfache Arbeitsplatzverluste und Untergangsszenarien wurden beschworen, die nun nach so kurzer Zeit zwar nicht endgültig vom Tisch sind, doch um die grundsätzlichen Fragen ist es still geworden. Man hat einige handwerkliche Fehler wie z.B. die im Zeitalter der Digitaltechnik unüberbrückbaren Schwierigkeiten der Arbeitszeiterfassung bei einigen Berufen entdeckt, sodass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Gesetzeskern noch etwas verwässern kann.

Mindeststandard gegen Ausbeutung

Allen Unternehmern und auch allen Gewerkschaftern, die den gesetzlichen Mindestlohn für einen unzulässigen Eingriff in die Tarifautonomie halten, sei entgegengehalten, dass es sich hier um Mindeststandards gegen Ausbeutung handelt und nicht um Arbeitsbewertung. Der Erlass einer Geschwindigkeitsbeschränkung im Straßenverkehr ist als staatliche Aufgabe ja auch völlig unstrittig. Zwar schränkt sie die Fahrfreiheit der Bürger ein, doch kann diese Maßnahme nicht dem ADAC als freiwillige Vertretung der



Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

Autofahrer überlassen werden, sondern ist Aufgabe des Gesetzgebers. Nach den Erfahrungen des Nazi-Regimes wurden die Wahrung und der Schutz der Menschenwürde als

fügbaren Netto-Einkommen von 892 Euro/Monat definiert. Somit stellt sich nun die Frage, ob der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde tatsächlich für ein

Beim gesetzlichen Mindestlohn handelt es sich um einen Mindeststandard gegen Ausbeutung und nicht um Arbeitsbewertung.

Artikel 1 ins Grundgesetz geschrieben, haben also höchste Priorität. Der Mindestlohn ist in diesem Kontext zu sehen. Er erfüllt eine zentrale Schutzfunktion – so wie z.B. das Arbeitszeitgesetz oder das Jugendschutzgesetz.

In dem Anfang 2015 erschienenen Armutsbericht der Bundesregierung wird für einen Ledigen die Armutsgrenze mit einem frei ver-

wirtschaftlich abgesichertes Leben in Würde ausreicht. Bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden/Woche und einer Einbeziehung eines bezahlten gesetzlichen Urlaubs ergibt sich aus dem Mindestlohn ein Brutto-Mindestmonatseinkommen von 1.473,22 Euro und für einen Ledigen ohne Kinder und ohne Religionszugehörigkeit ein Netto-Mindestmonatseinkommen von 1.106,16 Euro.

Das Ergebnis liegt klar oberhalb der Armutsgrenze, sodass der Eindruck entsteht, ein Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde sei etwas zu üppig bemessen. Doch jede Medaille hat bekanntlich noch eine zweite Seite.

Spätere Rentenhöhe ist entscheidend

Im Gegensatz zur früheren Beschäftigung von Leibeigenen, die bis zu ihrem Lebensende von ihrem Dienstherrn alimentiert wurden – wie heute nur noch die Beamten –, ist der heutige Arbeitnehmer ein freier Bürger, der deshalb aber auch nur etwas länger als bis zu seinem 65. Lebensjahr diesen Mindestlohn erhalten kann, weil er dann zwangsverrentet wird. Damit stellt sich die drängende Frage, ob der Gesetzgeber bei seinem Schutz der Menschenwürde nur die Zeit als Arbeitnehmer sieht und den Schutz der Menschenwürde der Altersrentner nicht für erforderlich hält oder ob er die Vorsorge vor der Altersarmut als „unbedeutenden handwerklichen Fehler“ schlichtweg vergessen hat.

Aus dem Brutto-Mindestmonatseinkommen ergibt sich ein Brutto-Mindestjahreseinkommen von 17.678,64 Euro. War der Mindestlöhner seit seinem 18. Geburtstag niemals arbeitslos und verdiente nie weniger als den Mindestlohn, dann würde er heute mit einer Erwerbsbiografie von 47,5 Jahren insgesamt eine Rentenanwartschaft in Höhe von 23.9931 Rentenpunkten

besitzen. Das bedeutet bei aktuell 28,61 Euro/Rentenpunkt eine Brutto-Rente in Höhe von 686,44 Euro/Monat. Wenn er an seine Krankenversicherung einen Beitrag von 7,3 % und an seine Pflegeversi-

mutsgrenze von 892 Euro/Monat erreicht und kein Gang zum Sozialamt notwendig wird.

Wer beim derzeitigen Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde die 214,16 Euro/Monat, die er netto

Nach unterbrechungsfreien 47,5 Jahren Arbeit muss ein Mindestlöhner einen Antrag beim Sozialamt einreichen.

cherung als Kinderloser einen Beitrag von 2,6 % zahlen muss, bleibt ihm eine Netto-Rente in Höhe von 618,48 Euro/Monat. Damit liegt er sehr weit unter der aktuellen Armutsgrenze von 892 Euro/Monat.

Sozialamt trotz lebenslanger Arbeit?

Nach unterbrechungsfreien 47,5 Jahren Arbeit muss der Mindestlöhner also gleichzeitig mit seinem Rentenanspruch auch einen Antrag beim Sozialamt einreichen. Wegen Altersarmut ist er bis zu seinem Lebensende auf Sozialhilfe angewiesen. Dies zeigt, dass die Große Koalition in Berlin dem Altersrentner keinen Schutz seiner Menschenwürde gewährt, es sei denn, er empfindet seinen Sozialhilfeanspruch nach 47,5 Arbeitsjahren als seinen ganz persönlichen Arbeitnehmer-Menschenwürde-Schutz. Der gesetzliche Mindestlohn müsste bei 12,26 Euro/Stunde liegen, damit die gesetzliche Netto-Rente die Ar-

über der heutigen Armutsgrenze liegt, vollständig als freiwilligen Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, erhält später eine Netto-Rente von 1.099,27 Euro/Monat statt eine von 618,48 Euro/Monat – vorausgesetzt, er zieht diese freiwillige Mehrleistung über seine 47,5 Arbeitsjahre hinweg durch. Die zu erwartenden Rentenkürzungen sind in den dargestellten Rechnungen selbstverständlich noch nicht eingearbeitet. Das würde vermutlich zu viele Arbeitnehmer endgültig zur Leistungsverweigerung veranlassen. Die Wahlverweigerung praktizieren sie ja schon lange. ■

Dr. Klaus J. Klumpers, Jahrgang 1944, studierte Elektrotechnik und war als Geschäftsführer bei zwei mittelständischen Unternehmen sowie als Universitätsdozent tätig. Seit 2009 bezieht er Altersrente und arbeitet als freiberuflicher Unternehmens-, Gründungs- und Energieberater. In die ÖDP trat er 2005 ein. Seit 2008 ist er Stadtrat in Coburg, von 2013 bis Anfang 2015 war er Vorsitzender des Bezirkes Oberfranken, zudem ist er Mitglied im Bundesarbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen“.



602
603 **Mindestlohn**
604
605 Soziale Gerechtigkeit ist durch eine leistungsgerechte Bezahlung zu erreichen. Leistungsgerechte
606 Entlohnungen dürfen bei Vollzeitarbeit nicht unter der sozialen Existenzsicherung liegen. Für
607 Erwerbstätige fordert die ÖDP einen flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn, der deutlich über
608 der sozialen Existenzsicherung liegen muss.
609

Auszug aus dem aktuellen ÖDP-Grundsatzprogramm –
Download: <http://tinyurl.com/mn3ywl2>

klumpers@oedp.de

Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften

„Löhne drücken, Arbeitsplätze abbauen“

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“, sagte Warren Buffet, der drittreichste Mann der Welt. Die Methoden und Strategien in diesem „Krieg“ recherchierten zwei Kölner Journalisten. Sie stießen auf komplexe Netzwerke und eine hochprofessionell arbeitende Dienstleistungsbranche.

Interview mit Dr. Werner Rügemer

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Rügemer, um was geht es in Ihrem neuen Buch?

Dr. Werner Rügemer: Mein Kollege Elmar Wigand und ich beschäftigen uns schon seit 2009 mit dem sogenannten „Union Busting“. Der Begriff kommt aus den USA und bezeichnet eine Dienstleistungsbranche, die darauf spezialisiert ist, Gewerkschaften kaputt zu machen. Dazu gibt es bereits viele Untersuchungen. Wir wollten wissen, ob es derartige Aktivitäten auch schon in Deutschland gibt. Und wir fanden heraus: Es gibt sie.

Wie sieht diese Dienstleistungsbranche aus?

Die Hauptakteure sind auf Arbeitsrecht und auf Medienrecht spezialisierte Anwaltskanzleien, Detektive, Überwachungsspezialisten, Berater, „gelbe Betriebsräte“ und „christliche Gewerkschaften“. Darüber hinaus gibt es noch zwei weitere wichtige Gruppen, die der Durchsetzung von Arbeitgeber-Interessen dienen: Die erste besteht aus Stiftungen, verdeckt finanzierten Universitätsinstituten und anderen Organisationen. Sie sind für die wissenschaftliche Zusammenarbeit verantwortlich, veranstalten Konferenzen, bilden Arbeitsrichter

und Arbeitsrechtsanwälte aus. Die zweite sind staatliche Institutionen wie die Agentur für Arbeit und die Jobcenter. Sie disziplinieren die Reservearmee der Niedriglöhner und liefern der Leiharbeitsbranche billige Arbeitskräfte zu.

Was sind „gelbe Betriebsräte“ und „christliche Gewerkschaften“?

Das sind Betriebsräte und Gewerkschaften, die in den wichtigen

(AUB), die vom Siemens-Vorstand über Jahrzehnte heimlich finanziert wurde. In der Wissenschaft wird das breite Spektrum solcher nicht-gesetzlicher Betriebsräte – die also nicht aufgrund der Regularien des Betriebs-Verfassungs-Gesetzes zustande kommen – vielfach als „Alternative Vertretungsorgane“ (AVO) bezeichnet. Es gibt daneben 16 Gewerkschaften, die sich im „Christ-

„Den Unternehmen ist es viel wert, einen Betriebsrat zu verhindern oder zumindest zu behindern.“

Fragen loyal mit den Eigentümern und Managern der Unternehmen zusammenarbeiten. Es gibt Betriebsräte, die nicht von der Belegschaft gewählt, aber von der Geschäftsführung zu regelmäßigen Gesprächen und Informationen zusammengerufen werden. Und solche, die auf besonderen Listen kandidieren, die sich von den Gewerkschaften distanzieren und ein harmonisches Verhältnis mit den Chefs wollen. Bekannt geworden ist etwa die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“

lichen Gewerkschaftsbund“ (CGB) zusammengeschlossen haben. Dazu gehören etwa die „Christliche Metallarbeiter-Gewerkschaft“ (CMG) und der „Verein katholischer deutscher Lehrerinnen“ (VkdL), aber auch solche, die sich zwar zu „christlichen Werten bekennen“, dies aber nicht im Namen zeigen, so etwa der „Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband“ (DHV), „Medsonet“ und „Union Ganymed“. Sie sind der Öffentlichkeit kaum bekannt, haben sehr wenige Mitglieder und lange Zeit ein



Dr. Werner Rügemer, Jahrgang 1941, studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Ökonomie. Er bezeichnet sich selbst als „interventionistischen Philosoph“ und ist als Publizist, Berater und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln tätig. Zudem ist er Mitglied im deutschen PEN-Club, im wissenschaftlichen Beirat von Attac und bei Business Crime Control. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel, Bücher, Hörfunk- und Fernsehbeiträge. Zu seinen Kernthemen gehören Unternehmenskriminalität und Korruption. Für sein Werk erhielt er 2002 den Journalistenpreis des „Bunds der Steuerzahler NRW“ und 2008 den „Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik“. 2014 erschien sein zusammen mit Elmar Wigand verfasstes Buch „Die Fertigmacher“.

www.werner-ruegemer.de

„Schläferdasein“ geführt. In letzter Zeit wurden sie neu belebt, weil immer mehr Arbeitgeber sich nicht offen gegen Gewerkschaften stellen wollen, aber solche vorziehen, die niedrigeren Tarifstandards zustimmen.

Was haben die Anwälte und Überwachungsspezialisten für eine Aufgabe?

Sie sorgen z.B. dafür, dass die eigentlich gesetzlich garantierte Betriebsratswahl zum riskanten Abenteuer wird. Es drohen Strafversetzung, Kündigung und Arbeitslosigkeit. Den Unternehmen ist es viel wert, einen Betriebsrat zu

verhindern oder zumindest zu behindern. Sie zahlen hohe Honorare dafür, dass kein Widerstand gegen unbezahlte Überstunden, hohe Fle-

„Die Organisatoren des transnationalen Kapitals legen großen Wert auf gute Beziehungen zu den nationalen Regierungen.“

xibilität, Kürzungen von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld aufkommt. Ob beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen, bei der Aufspaltung in kleinere Einheiten, bei der Auslagerung ins Ausland oder bei Auf-

trägen an Subunternehmen: Immer wird sofort nach Möglichkeiten gesucht, Löhne zu drücken, Arbeitsplätze abzubauen, Betriebsräte zu verhindern oder zu entmachten.

Können Sie das an einem konkreten Beispiel schildern?

Nehmen wir die Steakhauskette Maredo: Die wurde von einem Private-Equity-Fonds – einer sogenannten „Heuschrecke“ – aufgekauft. Wie alle derartigen Investoren wollten sie die Kosten rigoros senken, natürlich auch die Löhne. Und das geht leichter, wenn es keine Betriebsräte gibt. Die gab es in dem Unternehmen eh schon selten. Einer der wenigen hatte sich in der Frankfurter Filiale an der Flaniermeile „Fressgass“ etabliert. Hier gehörten auch die meisten Beschäftigten der Gewerkschaft „Nahrung Gaststätten Genuss“ (NGG) an. Zuerst engagierte die Geschäftsleitung zwei Wirtschaftsdetektiven, die mit einem verdeckten Ermittler und heimlicher Videoüberwachung Belege für Kündigungen beschaffen sollten, etwa wegen eines „Diebstahls“ von Brotresten oder Ähnlichem. Eines Abends nach Betriebsschluss sperrten sie dann mit Unterstützung einer Sicherheitsfirma die überraschten Beschäftigten ein. Es trat die Arbeitsrechtskanzlei Buse Heberer Fromm mit vorbereiteten Selbstkündigungen auf und nötigte die Anwe-

senden, diese zu unterschreiben. Als Beschäftigte und Betriebsräte dagegen gerichtlich vorgingen und es zu öffentlichen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht kam, kümmerte sich die PR-Agentur AltCramer

darum, sie öffentlich zu diskreditieren. Die Medienkanzlei Schertz Bergmann verhinderte die Wiederholung eines kritischen TV-Berichts auf RTL und die Fertigstellung eines vom ZDF geplanten Berichts. Die PR-Agentur Faktenkontor sorgte dafür, dass Maredo in die Umfra-

funktionären. Inzwischen läuft das nicht mehr ganz so plump ab, sondern viel subtiler – so, wie eben beschrieben.

Und wie lange gibt es das in Deutschland?

Eine ausdifferenzierte und vernetzte Branche professioneller

ner + Partner. Seit etwa einem Jahrzehnt haben nun auch große US-Wirtschaftskanzleien wie Freshfields, Clifford Chance, Hogan Lovells, White & Case, DLA Piper und Squire Patton Boggs große Abteilungen mit bis zu 60 Arbeitsrechtsanwälten in Deutschland aufgebaut. Auch britische Wirtschaftskanzleien wie Allen & Overy und Taylor Wessing haben in ihren deutschen Niederlassungen neuerdings arbeitsrechtlich aufgerüstet. Thomas Ubbert von Allen & Overy gilt in Deutschland als Staranwalt, wenn es um das Verbot oder die Einschränkung von Streiks geht. Dem stehen aber deutsche Kanzleien wie CMS Hasche Sigle und Gleiss Lutz nicht nach.

Wer profitiert davon?

Da jedes Unternehmen irgendjemandem gehört, profitiert sehr oft eine kleine Schicht sehr reicher, transnational agierender Kapitalbesitzer. Politiker wie Barack Obama, David Cameron und Angela Merkel verwenden für diese 0,0001% unterwürfig den Begriff „die Märkte“.

Finanzdienstleister wie BlackRock, AXA, JPMorgan Chase, Capital Group, Fidelity Investments, BPCE, Legal & General Group und State Street Corporation organisieren und vermehren ihr Eigentum an Konzernen, Banken, Versicherungen, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren. Sie sind eng miteinander verflochten und organisieren die Kapitalverhält-

Welche Rolle würde das TTIP spielen?

Wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, sind die USA ein denkbar schlechter Verhandlungspartner. Von den acht Kernnormen, die die „International Labour Organisation“ (ILO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, auf der Basis der Menschenrechte beschloss,

„Das TTIP würde dazu führen, dass Konzerne ihre Forderungen nach niedrigeren Löhnen und Arbeitsstandards leichter durchsetzen können.“

nisse der wichtigsten Konzerne, Banken und Versicherungen weltweit. So ist z.B. BlackRock Miteigentümer von 282 der 500 größten Unternehmen der Welt und Großaktionär bei allen 30 deutschen Dax-Konzernen, zudem Miteigentümer der beiden größten Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's. Es wickelte für die US-Regierung die Rettung oder Verwertung von bankrotten Banken und Versicherungen nach der „Finanzkrise“ ab und hatte Berateraufträge für die hochverschuldeten EU-Staaten Spanien, Griechenland und Irland.

Welche Rolle spielt da noch die nationale Politik?

Je weniger sich das transnationale Kapital um das Wohl der nationalen Volkswirtschaften kümmert, je mehr die nationalen Volkswirtschaften unter seinen Aktivitäten leiden, desto mehr muss es sich politisch absichern. Deshalb legen die Organisatoren des transnationalen Kapitals großen Wert auf gute Beziehungen zu den nationalen Regierungen und zu staatlichen Institutionen, denn zum Durchsetzen der eigenen Interessen sind die national organisierten Herrschaftsapparate unverzichtbar.

haben die USA sechs bisher nicht ratifiziert. Diese Haltung spiegelt das Selbstverständnis von US-Konzernen wie Amazon in Deutschland wider. Das TTIP würde dazu führen, dass Konzerne ihre Forderungen nach niedrigeren Löhnen und Arbeitsstandards leichter durchsetzen können. Das gilt nicht nur für US-Konzerne in der EU, sondern auch für Konzerne, die man traditionell als „deutsch“ bezeichnet.

„Fatal wären die geplanten Schiedsgerichte: Sie würden vor allem mit Anwälten global tätiger Wirtschaftskanzleien besetzt.“

So haben Daimler, VW und BMW in den weitgehend gewerkschaftsfreien Südstaaten der USA – z.B. Tennessee und North Carolina – im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte Produktionsanlagen errichtet. Dort profitieren sie von den Löhnen, die niedriger sind als in den Nordstaaten der USA und viel niedriger als in Deutschland. Diese Konzerne sähen es natürlich gerne, wenn die niedrigen US-Standards mithilfe des TTIP auch in der EU wirksam würden. Fatal wären die geplanten

BUCHTIPP

Werner Rügemer,
Elmar Wigand

Die Fertigmacher

Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung
PapyRossa, Oktober 2014
238 Seiten, 14,90 Euro
978-3-89438-555-2



Schiedsgerichte: Sie würden vor allem mit Anwälten global tätiger Wirtschaftskanzleien besetzt. Wenn eine Regierung z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, kann ein Konzern vor solchen Schiedsgerichten auf hohen Schadensersatz klagen, weil dieser Mindestlohn seine erwarteten Gewinne reduziert. Zwar versprechen die TTIP-Befürworter neue Jobs, doch dahinter dürften sich vor allem ungesicherte Tätigkeiten zu Niedriglohnbedingungen verbergen. Nach allen bisherigen Erfahrungen würden

TTIP kontra Kernarbeitsnormen

Auf der Basis der Menschenrechte hat die UN-Sonderorganisation ILO acht Kernnormen für die Arbeit beschlossen.

Ratifiziert haben die USA davon nur folgende zwei Normen:

- Abschaffung der Zwangsarbeit als Disziplinarmaßnahme (Übereinkommen 105)
- Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Übereinkommen 182)

Nicht ratifiziert haben die USA folgende sechs Normen:

- Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts (Übereinkommen 87)
- Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge (Übereinkommen 98)
- Abschaffung der Zwangsarbeit (Übereinkommen 29)

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau (Übereinkommen 100)
- Mindestalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis (Übereinkommen 138)
- Verbot der Diskriminierung wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft (Übereinkommen 111)

Internationale Arbeitsorganisation ILO

ILO Kernarbeitsnormen

www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen

Blog „Arbeitsunrecht in Deutschland“

TTIP stoppen!

<http://arbeitsunrecht.de/ttip-stoppen>

Über Heinz Budes „Gesellschaft der Angst“

„Immer kurz davor, alles zu verlieren“

Wer verstehen will, warum Menschen irrational handeln, kommt nicht umhin, sich mit dem Phänomen „Angst“ zu befassen. Zwar sind ihre Ursachen und konkreten Formen vielfältig, doch auffällig ist: Sie nahm in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zu. Das hat verschiedene Gründe. Entscheidende finden sich in den Veränderungen unserer Arbeitswelt.

von Günther Hartmann

In seinem elegant geschriebenen Buch „Gesellschaft der Angst“ geht der renommierte Hamburger Sozialforscher Heinz Bude der Frage nach, warum sich in unserer Gesellschaft eine Verunsicherung

einigermaßen sorgenfreies Leben zu führen, ist seither der Auslesewettbewerb härter und das Leben wesentlich risikoreicher geworden. Man kann heute sehr viel falsch machen: die falschen Schulen be-

„Man wird nicht mehr durch eine positive, sondern nur noch durch eine negative Botschaft bei der Stange gehalten.“

breitgemacht hat, obwohl es sich in Deutschland noch vergleichsweise gut leben lässt. Er beobachtet mit scharfem Blick die Veränderungen vor allem der wirtschaftlichen und beruflichen Rahmenbedingungen in der Mittelschicht und Unterschicht. Die sehen zwar jeweils recht unterschiedlich aus, hängen letztlich aber zusammen.

Exklusionsdrohung statt Aufstiegsversprechen

Während es bis in die 1990er-Jahre genügte, ein gewisses Maß an Bildung zu erwerben und sich im Beruf halbwegs anzustrengen, um zur Mittelschicht zu gehören und ein

suchen oder die falsche Universität, den falschen Studiengang wählen, den falschen Auslandsaufenthalt, die falschen Freunde, die falschen Praktika, die falschen Unternehmen, den falschen Wohnort, das falsche Stadtviertel. Das Einzelschicksal wird immer mehr zur Konsequenz von glücklichen und unglücklichen Entscheidungen.

Während früher die berufliche Laufbahn mit einem Aufstiegsversprechen verbunden war, dominiert heute eine Exklusionsdrohung. „Man wird nicht mehr durch eine positive, sondern nur noch durch eine negative Botschaft bei der Stange gehalten. Damit geht die Angst



Heinz Bude, Jahrgang 1954, studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie, schlug anschließend eine wissenschaftliche Karriere ein, war von 1992 bis 2014 am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig und ist seit 2000 Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Generations-, Exklusions- und Unternehmerforschung. Er veröffentlichte zahlreiche Fachartikel und Bücher, zuletzt „Bildungsparadoxie – Was unsere Gesellschaft spaltet“ und „Gesellschaft der Angst“.

<http://tinyurl.com/n4qm8zh>

einher, ob der Wille reicht, die Geschicklichkeit passt und das Auftreten überzeugt“, schreibt Bude. „Die Angst kommt daher, dass alles offen, aber nichts ohne Bedeutung ist. Man glaubt, in jedem Moment mit seinem ganzen Leben zur Disposition zu stehen.“

Außen- statt innengeleitete Persönlichkeiten

Verstärkt wird die Angst durch die Wandlung der Persönlichkeitsstruktur: vom innengeleiteten Gewissens- zum außengeleiteten Kon-

taktmenschen. „Der innengeleitete Charakter bemüht sich um eine Weiterung seiner Perspektiven und um die Prüfung seines Gewissens“, erklärt Bude. „Die Angstbewältigung geschieht dann in einem gewissermaßen vertikalen Modus.“

„Angesichts der vielen Luschen, die den Ton angeben, geraten die Verlierer, die leer ausgehen, in Rage.“

Zwar ist das oft nicht einfach, doch am Ende „winkt der Triumph der Ichwerdung, die das Individuum zu einer autonom handlungsfähigen und mit sich selbst identischen Person macht“. Der außengeleitete Charakter dagegen „fühlt sich abhängig vom Urteilsspruch der Altersgenossen, verbündet sich mit den modischen Trends und herrschenden Meinungen, und schweigt im Zweifelsfall lieber, als anzuecken und gegenzuhalten“.

Für den außengeleiteten Charakter ist der Vergleich mit Freunden, Bekannten und Kollegen wichtig. Er orientiert sich an ihnen und ist von ihrer Meinung und Wertschätzung abhängig. Nicht die objektive Situation ist der entscheidende Maßstab für das eigene Selbstwertgefühl, sondern das, was die anderen von einem denken. „Dem außengeleiteten Charakter fehlen die inneren Reserven, die ihn relativ immun gegenüber absurden Vergleichen und wahnwitzigen Verführungen machen können. Hinter dem ungezügeltten Neid verbirgt sich die tiefe Angst, nicht mithalten zu können, außen vor zu bleiben.“

Verteilungsprinzip: Gewinner kriegen alles

Seit den 1990er-Jahren nimmt die Kluft zwischen Erfolgreichen und

Erfolglosen immer mehr zu. Der Konkurrenzkampf wird härter. „The winner takes it all!“, lautet die unbarmherzige Devise. Wenige kriegen immer mehr, der Rest kriegt immer weniger. Doch selbst Leistung garantiert noch keinen

BUCHTIPP

Heinz Bude
Gesellschaft der Angst
Hamburger Edition,
September 2014
150 Seiten, 16,00 Euro
978-3-86854-284-4



„Man hasst das System, die Demokratie und den Kapitalismus gleichermaßen.“

Statuspanik in der erodierenden Mittelschicht

Der Erfolg im Leben ist nicht mehr das automatische Ergebnis der eigenen Talente, Fähigkeiten und Leistungen. Viele hoffnungsvoll ins Berufsleben Gestartete bleiben erfolglos, weil sie irgendwann einmal „aufs falsche Pferd“ setzen. Anfang 2014 hatte ein Viertel der 44 Mio. Selbstständigen einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro – nicht nur Friseure und Kneipiers, sondern auch Anwälte, Architekten, Künstler, Journalisten und Übersetzer. „Ärger, Hass und Ressentiments resultieren aus der Sorge, nicht den sozialen Rang zuerkannt zu bekommen, der einem aufgrund

„Nur manchmal bricht die Wut durch. Dann wird die Kaffeetasse eines Chefs mit dem Bodenlappen ausgeputzt.“

Gefühl der Kränkung und Verbitterung. Wären die Gewinner „Alpha-Typen, an die man selbst nicht heranreicht, dann könnte man sich noch beruhigen. Angesichts der vielen Luschen jedoch, die den Ton angeben, geraten die Verlierer, die leer ausgehen, in Rage“, stellt Bude fest.

von Ausbildung und Qualifikation eigentlich zusteht“, diagnostiziert Bude. Durch eine unüberlegte Entscheidung oder durch Pech landen viele Menschen in prekären Verhältnissen statt in der oberen Mittelschicht. Die Angst vor dem sozialen Abstieg breitet sich aus.

Statusängste sind Zukunftsängste. Bei Eltern führt dies oft zum Gefühl, ihre Kinder seien im öffentlichen Bildungssystem nicht mehr gut aufgehoben. Die Rankings von Bil-

Die Angst dreht sich in diesen Verhältnissen darum, „wie man sich gegen Zwischenchefs, junge Spunde und alte Hasen durchsetzt, wie man sich Ruhepausen zu verschaffen und

rum geht es im Zweifelsfall? Was will ich im Leben? Das sind die Fragen der Angst um sich selbst, die eine große Erschöpfung mit sich bringen können“, konstatiert Bude. „Man fühlt sich gehetzt, getrieben und angegriffen. Alles wirkt stumpf, matt und reizlos. Offenbar kann die Angst, etwas nicht hinzubekommen, sich ab einem bestimmten Punkt in die Angst verwandeln, alles falsch gemacht zu haben. Der Optimierungswahn verdeckt nur die Existenznot. Der gute Rat, Prioritäten zu setzen, vergisst, dass man dazu Prioritäten empfinden muss.“ Prioritäten empfinden – das ist für außengeleitete Persönlichkeiten natürlich ein Problem.

Zur individuellen Orientierungslosigkeit kommen heute auch noch bedrohliche politische Entwicklungen hinzu. Die Angst um den Erhalt der eigenen Position im System wird um die Angst um den Kollaps des ganzen Systems erweitert. Die Finanzkrise von 2008, die Staatsschuldenkrise von 2011, Edward Snowdens Enthüllungen über die NSA von 2013, die Tatsache, dass alle Aktivitäten im Internet wohl irgendwo für ewig gespeichert sind – das erschütterte den Glauben an unsere Gesellschaft zutiefst und übersteigt zudem unser Vorstellungsvermögen. Es tun

„Der gute Rat, Prioritäten zu setzen, vergisst, dass man dazu Prioritäten empfinden muss.“

in der Freizeitgestaltung. Man will alles und alles gleichzeitig. Doch das geht auf Dauer nicht gut. „Die Mobilisierung des Könnens in alle Richtungen und auf allen Ebenen wird von der plötzlich auftauchenden Frage nach dem Wollen auf Grund gesetzt. Wozu das alles? Wo-

sich immer neue Abgründe auf. Die Menschen verlieren ihren Glauben an unser politisches System. Angst breitet sich aus. Doch Angst kostet viel Energie, denn der Instinkt rät zur Flucht, der Verstand jedoch zwingt zum Standhalten. Das erschöpft. ■

„Die Mobilisierung des Könnens wird von der plötzlich auftauchenden Frage nach dem Wollen auf Grund gesetzt. Wozu das alles?“

dingsstudien und die damit einhergehende Verbreitung pädagogischer Fachbegriffe machen die Eltern zusätzlich verrückt. Bildungsplan greift um sich. Man meidet Schulen, auf denen man eine Mehrheit der Kinder aus Elternhäusern vermutet, die nicht den gleichen Wert auf eine gute Bildung legen wie man selbst. Man flüchtet durch den Wechsel des Wohnorts oder durch die Wahl einer Privatschule in Milieus, wo man sich unter Seinesgleichen vermutet. So nimmt die gesellschaftliche Segregation immer mehr zu.

Täglicher Überlebenskampf in der Unterschicht

Geringverdiener sind heute weniger in der Industrie, sondern vor allem in der Dienstleistungsbranche beschäftigt: Gebäudereinigung, Paketzustellung, Sicherheit, Pflege, Gastronomie, Verkauf. Dort wird wenig bezahlt, aber viel verlangt. Eine Familie ernähren kann man bei 1.000 Euro im Monat nur mit Hartz-IV-Aufstockungen. Da sich in dieser Branche die Produktivität nicht durch Automatisierung steigern lässt, können die Unternehmer ihren Profit nur steigern, indem sie immer mehr Druck auf ihre Mitarbeiter ausüben. Gibt es gesetzliche Lohnerhöhungen, muss die gleiche Arbeit oft in kürzerer Zeit erledigt werden. Den dauerhaften Stress macht der Körper nicht lange mit.

Über Friedhelm Hengsbachs „Teilen, nicht töten“

„Die Rede über Werte widert mich an“

Die Soziale Marktwirtschaft ist fundamental gefährdet. Deshalb brauchen wir dringend einen Kurswechsel und eine neue Kultur des Teilens. Geteilt und neu verteilt werden muss der erarbeitete Wohlstand, aber auch die Arbeit selbst. Das fordert einer der bedeutendsten Vertreter der Katholischen Soziallehre – und beruft sich dabei auf Papst Franziskus.

von Bernhard Suttner

Es ist erstaunlich, wie interessant es sein kann, sich angeblich überholte Konzepte in Erinnerung zu rufen und unter neuen Aspekten aktuell zu interpretieren: In den 1960er- und 1970er-Jahren gab es eine intensive und kontro-

„gottgewollt“ sind und nicht die „beste aller ökonomischen Welten“ darstellten. Und irgendwann war es dann mit all dieser Kritik am real existierenden Kapitalismus vorbei. Es kamen Kohl, Schröder und Merkel, es kam das Ende des „real

Angesichts der vielfachen Spaltungen und Polarisierungen empfiehlt Hengsbach einen „egalitären Kapitalismus“.

verse öffentliche Diskussion über „privaten Reichtum“ und „öffentliche Armut“, über die „Mitbestimmung der Arbeitnehmer“, die „Verkürzung der Arbeitszeit“ und die „Humanisierung der Arbeitswelt“. Nicht nur die radikale Linke diskutierte „Alternativen zum Kapitalismus“; auch die an christlicher Sozialethik interessierten Kreise entdeckten „scharfe Stellen“ in alten und neueren päpstlichen Sozialenzykliken und realisierten, dass die bei uns herrschenden ökonomischen Verhältnisse nicht unbedingt

existierenden Sozialismus“, es kam der im „Washington Konsensus“ definierte Siegeszug des entfesselten Wettbewerbs, es kam die von Arbeitgeberverbänden finanzierte Propaganda der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ und mit all dem der Aufstieg des marktradikalen Liberalismus zur herrschenden Lehre. Der große alte Mann der christlichen Sozialethik in Deutschland, der emeritierte Professor und Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach, hat nun ein kleines Buch vorgelegt (hübsch handlich, im Postkartenfor-

mat, sieht aus wie ein Gebetbuch), in dem er unter dem Titel „Teilen, nicht töten“ für eine Aktualisierung der abgelegten Themen plädiert. Es ist eine Abrechnung mit unserem gewohnten Wirtschaftssystem, erklärtermaßen motiviert auch durch das Lehrschreiben „Evangelium gaudium“ von Papst Franziskus.



Foto: privat

Friedhelm Hengsbach SJ, Jahrgang 1937, trat 1957 in den Jesuitenorden ein und studierte Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften. Von 1985 bis 2005 war er Professor für Christliche Sozialwissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/Main, von 1992 bis 2006 leitete er das Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher, zuletzt sein „Teilen, nicht töten“.

Kritik an zunehmender Ungleichheit

Die drei großen skandalösen Ungleichheiten unserer Zeit, von Hengsbach mit empirisch überzeugenden Zahlen dargestellt, könnten nicht länger achselzuckend ak-

zeptiert werden: Erstens kaffe in Deutschland ein Abgrund zwischen der 10%-Minderheit „exklusiv Reicher“ auf der einen Seite und dem unteren Viertel auf der anderen. Während die einen mit allen Möglichkeiten der Lebensgestaltung

menschen ausgerichtet und dazu befähigt. Der von marktradikalen Ökonomen behauptete rein egoistische Grundcharakter des Menschen sei eine ideologische Behauptung, mit der man das ganze Leben dem Wettbewerbs- und Konkurrenz-

Durchsetzung dieser Verteilungslogik macht ein marktorientiertes Wirtschaftssystem erst zum Kapitalismus. Die Arbeitsentgelte, die Abgaben für Naturverbrauch und die Entlohnung der gesellschaftlichen Beiträge (zu denen Hengsbach ausdrücklich und an mehreren Stellen des Buches auch die nicht bezahlten Leistungen der privaten Haushalte bzw. der Familien zählt) werden im Kapitalismus nur als Kostenfaktoren gesehen und müssen klein gehalten werden, wenn es um die Verteilung der Anteile an der Wertschöpfung geht. Der „rheinische Kapitalismus“ habe versucht, die kapitalistische Verteilungslogik zu entschärfen. Seine in den letzten Jahrzehnten erfolgte Mutation zur angloamerikanischen Form des Finanzkapitalismus habe die klassische Verteilungslogik wieder in Kraft gesetzt und so die soziale Ungleichheit und die (welt-)gesellschaftliche Polarisierung wachsen lassen.

Hengsbach stellt so unmissverständlich die Gerechtigkeitsfrage

Teilen der Erwerbsarbeitszeit:

30 Wochenarbeitsstunden mit gestaffeltem

Lohnausgleich müssten genügen.

gebändigten Kapitalismus („rheinischer Kapitalismus“ oder „soziale Marktwirtschaft“) sei längst dem angloamerikanischen Finanzkapitalismus gewichen, der die simple kapitalistische Verteilungsregel global durchgesetzt hat: Von den vier vorrangigen Ressourcen, die man für unternehmerische Wertschöpfung benötigt, werden drei mit vergleichsweise kleinen Entgelten abgespeist. Die Ressource Kapital eignet sich hingegen den Löwenanteil des Wertschöpfungserlöses an. Die

und damit auch die Friedens- und Überlebensfrage. Denn der Friede ist eine Frucht der Gerechtigkeit (das steht schon bei Jesaja) und der Umkehrschluss darf gewagt werden: Die Ungerechtigkeit bringt nicht nur Wanderungen, sondern damit verbunden auch das Sterben, das Töten und den Krieg.

Plädoyer für einen Sinneswandel

Es ist ein altmodischer Lösungsansatz, den Hengsbach empfiehlt:

das Teilen. Wer sich das Teilen als Grundsatz einer stark egalitären Gesellschaft nicht vorstellen kann, wird sich an das Töten (und Sterben lassen, nicht nur im Mittelmeer) gewöhnen müssen. Hengsbach beruft sich hier auf Papst Franziskus, der gesagt hat, dass „eine ausgrenzende Wirtschaft tötet“. Allerdings ist Hengsbach kein Verfechter des St.-Martin-Prinzips, also des privaten Almosenverteils. Die Armen haben Rechte, die von den Reichen erfüllt werden müssen. Nur die Steige-

von Postwachstumsorientierung erkennen: 30 Wochenarbeitsstunden mit gestaffeltem Lohnausgleich müssten genügen, meint er. Kollektiv verminderte Erwerbsarbeit würde die Arbeitslosigkeit in der EU reduzieren und den Produktivitätsfortschritt nicht bloß in mehr Einkommen, sondern endlich auch in „beziehungsintensive Festzeit“ verwandeln, Konsumsog und Wachstumsschub durchkreuzen, die Wachstumsspitze ausbremsen und die Umweltzerstörung verlang-

Kollektiv verminderte Erwerbsarbeit würde den Produktivitätsfortschritt in „beziehungsintensive Festzeit“ verwandeln.

rung des „öffentlichen Reichtums“ (z.B. durch Vermögenssteuern) auf Kosten der kaum noch vorstellbaren privaten Vermögensexplosionen in den Oberschichten nicht nur der industrialisierten Gesellschaften kann die unserer Zeit angemessene Form des Teilens sein: Wenn der Staat als gemeinwohlsichernde Instanz die nötigen Mittel hat, besteht die Chance, die ärgsten friedensgefährdenden Ungleichheiten zu bekämpfen und die öffentlichen Güter (Gesundheit, Bildung, Umweltsanierung) für alle zu bezahlen. Der Markt alleine wird das nicht nur nicht liefern, sondern alles noch verschärfen, wenn ein schwacher Staat weder Regeln durchsetzen noch die öffentlichen Güter ausreichend vorhalten kann. Damit die Staaten aber wieder „reicher“ werden können, braucht es die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, dass es gut ist, den Staat nicht ausbluten zu lassen.

Im Kapitel über das nötige „Teilen der Erwerbsarbeitszeit“ lässt Hengsbach Sympathie für eine Art

samen. Zeitwohlstand sei mittlerweile wichtiger als die Steigerung der „irrsinnigen Messzahl Bruttosozialprodukt“, die der Autor gerne „geschreddert“ sähe!

Auch die Schwachen haben Rechte

Nicht alle Leser werden allen Vorschlägen Hengsbachs zustimmen wollen. Vor allem sein Eintreten für ein „anderes Europa“, für eine „schrittweise“ zu entwickelnde

Zeitwohlstand ist mittlerweile wichtiger als die Steigerung der „irrsinnigen Messzahl Bruttosozialprodukt“.

„verbindliche Transfer- und Sozialunion“, die ökonomische Lasten gemeinsam schultert, wird nicht unbedingt jeden begeistern. Bedenkenswert sind diese Überlegungen dennoch.

Beeindruckt hat mich vor allem auch das Nachwort, in dem der Jesuit Hengsbach das wohlfeile

BUCHTIPP

Friedhelm Hengsbach
Teilen, nicht töten
Westend,
November 2014
128 Seiten, 12,00 Euro
978-3-86489-069-7



Gerede von den „christlich-abendländischen Werten“ abkanzelt. Das Beschwören von „Wertgemeinschaften“, das Reklamieren von „Visionen und Sendungen“ oder gar die Rede von der „Teilhabe“ der Schwächeren sei vor allem dazu geeignet, die Tatsache zu verkleistern, dass die benachteiligten Menschen schlicht und einfach Rechte haben und diese Rechte ohne alles Getue und Gerede von den bislang Bevorzugten respektiert werden müssen: „Diejenigen, die an den Rand gedrängt, ausgegrenzt oder gar im Mittelmeer versenkt werden, haben Rechte – zu überleben, beteiligt und befreit zu werden. Und die Reichen, Starken und Gesunden sind dazu verpflichtet, diese Rechte einzulösen. Die öffentlichen Haushalte müssen finanziell so ausgestattet

sein, dass der Staat und vor allem die Kommunen diese Rechte einlösen können.“

Und so endet diese kleine widerspenstige Schrift eines ziemlich zornigen Endsiebzigers: „Wir sollten nicht Güter herstellen, die andere und uns töten. Wir sollten die Güter der Erde miteinander teilen.“ ■

Zu den geplanten Freihandelsabkommen

Kommunen wachen auf und positionieren sich

Bei den Verhandlungen um die Freihandelsabkommen geht es auch um den Handel mit öffentlichen Dienstleistungen sowie um Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Auf kommunaler Ebene regt sich zunehmend Widerstand. Nach einem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände versuchte die Bundesregierung die Kritiker mundtot zu machen.

von Günther Hartmann

Zahlreiche Kommunen haben inzwischen erkannt, dass die geplanten Freihandelsabkommen ihre Souveränität und ihr Selbstverständnis bedrohen. Weit über 100 Kommunen haben bereits Resolutionen dazu beschlossen. Die Bundesregierung scheint das nervös zu machen, zumal viele Kommunen ihren Bundestagsabgeordneten kritische Stellungnahmen zukommen ließen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags verschickte deshalb Anfang März 2015 einen Infobrief, der den Kommunen praktisch jegliches Recht abspricht, über das Thema zu diskutieren oder sich gar dazu zu äußern – ein äußerst plumper Versuch der Einschüchterung, der aber zeigt, dass die Kritik und der Widerstand inzwischen Wirkung zeigen.

Gemeinsame Position kommunaler Spitzenverbände

Für Eindruck gesorgt haben dürfte vor allem ein Positionspapier, das die kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Städtetag“, „Deutscher Landkreistag“ und „Deutscher Städte- und Gemeindebund“

(DStGB) sowie der „Verband kommunaler Unternehmen“ (VKU) gemeinsam erarbeiteten und im Oktober 2014 veröffentlichten. Es befasst sich ausführlich und kompetent mit den TTIP-Knackpunkten und geht dabei weit über die bisherigen Stel-

lungnahmen verschiedener Kommunen und kommunaler Verbände hinaus. Gleich am Anfang weist es darauf hin, dass das TTIP erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden, mit sich bringt. Und es stellt gleich einmal klar: „Beeinträchtigungen dieser für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen müssen ausgeschlossen werden.“ Anschließend geht es dann detailliert auf einzelne Knackpunkte ein und stellt klare Forderungen.

Forderung: Organisationsfreiheit bei Daseinsvorsorge

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass die Kommunen für die Leistungen der Daseinsvorsorge ihrer Bürger die jeweils beste Organisationsform wählen dürfen. „Marktzugangspflichten im Rahmen von Freihandelsabkommen, wie sie beispielsweise im TTIP vorgesehen werden sollen, sind jedoch geeignet, diese kommunale Organisationsfreiheit auszuhehlen“, betonen die kommunalen Spitzenverbände. „Sollten typische kommunale Dienstleistungen wie die Trinkwasserversorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden, würde die derzeit garantierte umfassende Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerich-

tete einheitliche Verfahren ersetzt.“ Die in Deutschland vielfach übliche Eigenerbringung durch kommunale Unternehmen und Einrichtungen könnte nämlich künftig nicht mehr erlaubt sein. Daher fordern die kommunalen Spitzenverbände, „dass die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgenommen wird“.

Forderung: kein Investorenschutz, keine Schiedsgerichte

Regeln zum Investitionsschutz betrachten die kommunalen Spitzen-

verbände bei Abkommen zwischen Staaten mit rechtsstaatlicher Tradition und ausreichendem Rechtsschutz vor nationalen Gerichten als überflüssig. Investoren dürfe nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, „ihnen unliebsame, aber demokratisch legitimierte und rechtsstaatlich zustande gekommene politische und administrative Maßnahmen

Forderung: Erhalt von Umwelt- und Verbraucherschutz

Standards und Marktregulierungen beim Umwelt- und beim Verbraucherschutz könnten als nicht-tarifäre Handelshemmnisse angegriffen und ihr Abbau gefordert werden, obwohl es sich hier um keinen Protektionismus handelt, sondern um

Die Möglichkeit einer hohen Schadensersatzforderung würde die Entscheidungen der öffentlichen Hand enorm beeinflussen.

(z. B. Regulierung von Fracking zum Schutz der Trinkwasserressourcen) vor internationalen Schiedsgerichten anzugreifen“. Obwohl solche Schiedsgerichte nur Schadensersatz verhängen und keine Rücknahme von Maßnahmen anordnen können, würde doch schon die Möglichkeit einer hohen Schadensersatzforderung die Entscheidungen der öffentlichen Hand bereits im Vorfeld enorm beeinflussen. Die kommunalen Spitzenverbände fordern deshalb klipp und klar, „im TTIP und den übrigen derzeit in der Verhandlung befindlichen Abkommen auf spezielle Investitionsschutzregelungen zu verzichten“.

die Umsetzung eines gesellschaftlichen Konsens. „Die Anstrengungen zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und zur Schaffung regulatorischer Kohärenz dürfen daher nicht dazu führen, dass der Handlungsspielraum der EU oder der Mitgliedstaaten, z. B. in ihrer Umweltpolitik bestimmte als notwendig erachtete erhöhte Standards oder von Vertragspartnern abweichende Regulierungsansätze beizubehalten oder neu einzuführen, eingeschränkt wird“, betonen die kommunalen Spitzenverbände und fordern, „dass bei unterschiedlichen Schutzniveaus die in der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf keinen Fall mit ei-

Die kommunale Daseinsvorsorge muss von den Marktzugangspflichten ausgenommen werden.

VERANSTALTUNGSTIPP

Große Podiumsdiskussion zum Freihandelsabkommen

Mittwoch, 18.06.2015, 19 Uhr

Amerikahaus, Großer Saal,
Karolinenplatz 3, 80333 München

mit Prof. Klaus Buchner (ÖDP), William E. Moeller (US-Generalkonsul), Silvia Liebrich (SZ), Bertram Brossardt (vbw), Roman Huber (Mehr Demokratie)

www.oedp-muenchen.de/aktuelles



KOMMUNEN & TTIP

Dierk Wahlen/ Deutscher Bundestag
Infobrief: Befassungs- und Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen im Hinblick auf internationale Freihandelsabkommen
Februar 2015
<http://tinyurl.com/qa2wben>

Kommunale Spitzenverbände
Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen
Oktober 2014
<http://tinyurl.com/k76xt7h>

Deutscher Städtetag
Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge
Februar 2014
<http://tinyurl.com/lzto8f3>

Thomas Fritz/Campact
TTIP vor Ort – Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen
September 2014
<http://tinyurl.com/plul7fj>

nem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen reduziert werden dürfen“.

Bedrohung von kommunalen Umweltprogrammen

Zwar ist die Umweltpolitik in erster Linie eine nationale und keine kommunale Angelegenheit, trotzdem haben auch Kommunen die Möglichkeit, hier eigene Impulse zu setzen und z. B. Förderprogramme zu beschließen, die umweltfreund-

liches Verhalten belohnen. So bezuschusst z.B. die Stadt München das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen mit 30 Cent pro kg verbautes Material. Viele Kommunen interessieren sich zurzeit für dieses Modell und würden es wohl in den nächsten Jahren ebenfalls einführen – wenn ihnen nicht plötzlich hohe Schadensersatzzahlungen drohen. Denn natürlich ist so ein



„Vielleicht ist es manchmal schwieriger in Deutschland, weil wir ein Land sind, das reich und hysterisch ist.“ Sigmar Gabriel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos über die Durchsetzbarkeit des Freihandelsabkommens TTIP

SIGMAR GABRIEL & TTIP

Michael Bauchmüller, Nico Fried

Gabriel zieht rote Linie für TTIP-Abkommen

Süddeutsche, 21.03.2015
<http://tinyurl.com/oo6867b>

Jens Berger

Will Sigmar Gabriel uns für dumm verkaufen?

NachDenkSeiten, 10.03.2015
www.nachdenkseiten.de/?p=25356

Sigmar Gabriel

5 Gründe, warum TTIP gut für uns ist

Bild, 06.03.2015
<http://tinyurl.com/pzoss5v>

Thorsten Wolff

Sigmar Gabriels Schreiben an die SPD-Mitglieder

Mit Halbwahrheiten zum Freihandelsabkommen?
NachDenkSeiten, 02.02.2015
www.nachdenkseiten.de/?p=24825

Christian Reimann

TTIP und die Dreifaltigkeit von Sigmar Gabriels SPD

NachDenkSeiten, 09.10.2014
www.nachdenkseiten.de/?p=23530

Förderprogramm eine Verzerrung des freien Marktes. Wenn nun ein amerikanischer Konzern zuvor in die Herstellung von Baustoffen aus nicht-nachwachsenden Rohstoffen investiert hat, reduziert das seine Gewinnerwartung und er kann eine Kommune deshalb auf Schadensersatz verklagen. Abschreckende Beispiele gibt es genug. Zurzeit laufen weltweit in den schon existierenden Freihandelszonen Klagen mit einem Streitwert von rund 13 Mrd. Euro. Meistens gewinnen die Konzerne. Das Profitinteresse der Investoren steht durch die Verträge über dem Recht demokratisch legitimierter Regierungen und lässt sich über die Schiedsgerichte mit hohen Strafzahlungen durchsetzen.

Gabriels „rote Linie“ – und was davon zu halten ist

Nachdem er sich noch im Januar 2015 auf dem Weltwirtschaftsforum

in Davos über die TTIP-Kritik lustig gemacht und uns Deutsche als „reich und hysterisch“ bezeichnet hatte, scheint Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel Ende März 2015 eine Kehrtwende zu vollziehen. „Was die SPD nicht will, wird auch nicht kommen“, sagte er in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung. „Wir werden keine Sozialstandards absen-

ken und auch keine Umwelt- und Verbraucherschutzstandards.“ Das hört sich ja schon mal gut an. Wenn man sich allerdings die von ihm vorher verbreiteten Halbwahrheiten und Nebelkerzen in Erinnerung ruft, kommen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Aussagen. Und eine wichtige Frage hat er völlig ausgeklammert: die, ob es künftig auch möglich sein wird, unsere Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards zu verbessern.

Zurzeit laufen weltweit in den schon existierenden Freihandelszonen Klagen mit einem Streitwert von rund 13 Mrd. Euro.

Gemeindliche Selbstverwaltung und Transparenz

Kein Ausschluss der Öffentlichkeit!

In mehreren Kommunen wird zurzeit diskutiert, ob Aufsichtsratsitzungen von städtischen Unternehmen, die in den Rechtsformen des Privatrechts betrieben werden, wie Stadtratsitzungen, grundsätzlich öffentlich sein sollten. Die Verwaltungen und vor allem die Innenministerien der Bundesländer wehren sich dagegen vehement.

von Hermann Striedl

Das Verwaltungsgericht Regensburg stellte am 2. Februar 2005 in einem Urteil fest, dass es den Gemeinde- bzw. Stadträten freigestellt ist, bei eigenen GmbHs mit weniger als 500 Beschäftigten die Aufsichtsratsitzungen öffentlich zu gestalten – selbst bei einer Minderbeteiligung von privaten Gesellschaftern. Nicht entschieden hat es darüber, was bei GmbHs mit mehr als 500 Beschäftigten und bei Aktiengesellschaften gilt, und auch nicht über die Transparenz des Verwaltungshandelns.

Offene Fragen zum Privatrecht

Die rechtskräftige, durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof obergerichtlich bestätigte Entscheidung trifft faktisch einen winzigen Ausschnitt aus den verfassungsrechtlichen Problemen im Zusammenhang der gemeindlichen Selbstverwaltung. Nicht entschieden ist über folgende Fragen:

■ Wie weit darf eine Gemeinde Aufgaben der Selbstverwaltung, insbesondere Aufgaben der Daseinsvorsorge, durch kommunalbeherrschte juristische Personen des Privatrechts erbringen?

■ Wie weit darf eine Gemeinde Aufgaben an die Privatwirtschaft übergeben, ohne noch eine wirksame Kontrolle zu haben?

■ Genügt es der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Transparenz des Verwaltungshandelns, dass nur allgemeine Angelegenheiten öffentlich verhandelt werden, wirtschaftliche wegen der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse jedoch nicht?

Seit Jahren wird um das vom Grundgesetz geforderte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ge-

rungen. Für sie ist es inzwischen selbstverständlich, primär als Kaufleute zu handeln, als juristische Personen des Privatrechts, als GmbHs oder als Aktiengesellschaft – angeb-

lich aus Wettbewerbsgründen. So wollen sie sich den demokratischen und sozialstaatlichen Grundsätzen entziehen und eine Kontrolle durch die Bürger, insbesondere auch durch die als Bürgervertretung gewählten Gemeinderäte, ausschließen.

Praxis widerspricht Grundgesetz

Die gängige Praxis widerspricht allerdings dem Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht fordert die Transparenz des staatlichen Handelns. Der Staat und so auch die Gemeinden sind verpflichtet, sozialstaatlich, demokratisch und öffentlich kontrollierbar zu handeln. Doch selbst dort, wo die Gemeinde öffentlich-rechtlich handelt, bleibt die Öffentlichkeit, bleiben die Gemeinderäte von den wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen.

Das Bundesverfassungsgericht fordert die Transparenz des staatlichen Handelns.

sen, sobald es um wirtschaftliche oder um persönlichkeitsberührende Angelegenheiten geht.

Weder Staat noch Gemeinden dürfen ihre soziale und demokratische Verantwortung aufgeben. Die Kommunen müssen die ihnen übertragenen Angelegenheiten im Interesse ihrer Bürger erledigen. Nach wie vor gilt die Forderung unseres Grundgesetzes, dass die

Der Staat und so auch die Gemeinden sind verpflichtet, sozialstaatlich, demokratisch und öffentlich kontrollierbar zu handeln.

gewählten Vertreter für die Gemeindeverwaltung zuständig sind! Nach wie vor gilt für die Kommunen die Grundforderung für transparentes staatliches Handeln!

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Dämmwahn?

Die letzten Monate erschienen in zahlreichen Medien kritische Beiträge über die Wärmedämmung von Gebäuden. Mit dem Pathos der Empörung wurde das Thema zum Skandal aufgebauscht – doch dazu taugt es nicht. Eine nüchterne Betrachtung zeigt: Die Sachverhalte waren schlecht recherchiert, Fachwissen blieb außen vor, der gesunde Menschenverstand auch. Von Aufklärung keine Spur.

von Günther Hartmann

Dämmwahn“, „Volksverdämmung“, „zu Tode gedämmt“, „verdämmt in alle Ewigkeit“ – das sind nur einige der Wortspiele, die in Artikeln und Filmberichten als Titel herhalten mussten, um gegen die Wärmedämmung als Energieeffizienzmaßnahme zu wettern. Von „Schwindel“, „Betrug“ und einem „falschen Spiel der Lobbyisten“ war oft die Rede. Die inhaltlichen Aussagen reichten von „Wärmedämmung spart keine Energie“ über „die vorher errechneten Einsparungen traten nicht ein“ bis hin zu „Wärmedämmung ist unwirtschaftlich und lohnt sich nicht“. Wie sich denn nun aber die Ziele Energiewende und Klimaschutz besser erreichen lassen – diese Frage wurde seltsamerweise niemals gestellt, geschweige denn beantwortet. Deshalb ist es an der Zeit, das Thema „Energetische Sanierung“ einmal ganz unaufgeregt und ohne paranoide Ängste zu betrachten.

Keine Energieeinsparung?

Dass Wärmedämmung keine Heizenergie spart, ist schon rein phy-

sikalisch unmöglich. Die Frage ist nur: Wie viel Heizenergie spart sie? Idealerweise besteht eine Energetische Sanierung aus mehreren auf-

erweist sich das Dämmen als die effizienteste Maßnahme. Zudem gilt: Investiert man zunächst in eine neue Heizungsanlage, dann ist die-

Ob sich die energetische Sanierung für den Bauherrn finanziell lohnt, hängt auch von der Energiepreisentwicklung ab.

einander abgestimmten Maßnahmen: aus der Dämmung des Dachs und der Fassade, dem Austausch der Fenster sowie einer Modernisierung der Heizungsanlage. Welche Maßnahmen in welchem Umfang sinnvoll sind, lässt sich pauschal nicht sagen, sondern muss bei jedem Gebäude durch entsprechende Berechnungen ermittelt werden. Das Ergebnis hängt ab von den baulichen Besonderheiten, dem gewünschten Ziel und dem zur Verfügung stehenden Budget. Meist

se nach einer später durchgeführten Wärmedämmung überdimensioniert und arbeitet unwirtschaftlich. Deshalb ist es sinnvoll, zunächst gut zu dämmen und erst dann eine neue Heizungsanlage auf den reduzierten Wärmebedarf auszulegen.

Errechnete Einsparung tritt nicht ein?

Dass die errechnete Energieeinsparung in der Realität nie eintrifft, liegt in der Natur der Sache: Errechnet wird der theoretische Bedarf vor



Titelseite des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 01.12.2014

und nach der Sanierung, nicht der tatsächliche Verbrauch, den der hängt stark vom Nutzverhalten ab. Das Normberechnungsverfahren

*Wollen wir das Klima nur dann schützen,
wenn wir einen finanziellen Gewinn daraus ziehen?
Wie viel ist uns unsere Zukunft wert?*

ren dient dazu, verschiedene Gebäude vergleichbar zu machen. Nur „benutzerbereinigte“ Ergebnisse zeigen objektiv die energetische Qualität eines Gebäudes an. Bei identischen Wohnungen beträgt der Verbrauch der verschwendetsten Nutzer immer ein Vielfaches von dem der sparsamsten. Und nach Energetischen Sanierungen tritt noch ein weiteres Phänomen auf: Das Verhalten der Nutzer ändert sich. Die Wohnräume werden nun nicht mehr auf 19°C, sondern oft auf 23°C oder gar mehr geheizt. So lässt sich auch im tiefsten Winter ein kurzärmeliges T-Shirt tragen – und die Heizkosten betragen trotzdem weniger als vorher. Warum sich also einschränken? Die Kostensparnis verführt zur Verschwendung, da sich die Rückkoppelung auf den eigenen Geldbeutel verringert hat.

„Rebound-Effekt“ heißt das im Fachjargon. Forschungsstudien dazu gibt es kaum. Eine der wenigen veröffentlichten im Jahr 2011 die beiden Aachener Wissenschaftler Reinhard Madlener und Maximilian Hauertmann unter dem Titel „Rebound Effects in German Residential Heating“. Sie stellten einen Rebound-Effekt von 12% bei Eigenheimbesitzern, 40% bei Mietern und 49% bei Mietern unterer Einkommensschichten fest. Das verblüfft, lässt sich aber erklären: Eigenheimbesitzer befassen sich mit

der Thematik intensiver und wissen deshalb besser über den Einfluss ihres Verhaltens Bescheid. Zudem haben sie ihre Ersparnisse oder einen

dafür aufgenommenen Kredit investiert, weshalb sie motiviert sind, sich sparsam zu verhalten, damit sich die Maßnahme rechnet. Mietern dagegen wird die Energetische Sanierung vom Vermieter aufoktroiert, weshalb ihr Interesse an der Thematik gering ist – und ihre Motivation zu sparsamem Verhalten

Welche Schlussfolgerung lässt sich daraus ziehen? Die getätigten Investitionen sollten nicht auf die Miete, sondern auf die Heizkosten umgelegt werden. Das Heizen darf sich durch die Energetische Sanierung nicht verbilligen. Nur wenn es weiterhin eine deutlich spürbare Rückkopplung zwischen dem eigenen Verhalten und der finanziellen Belastung gibt, besteht eine hohe Motivation zu sparsamem Verhalten.

Maßnahmen unwirtschaftlich?

Dass die Maßnahmen zur Energieeinsparung unwirtschaftlich sind, ist durchaus möglich. Ob sich die Investition für den Bauherrn fi-

*Wirtschaftlichkeit könnte auch bedeuten:
mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel
Energie und CO₂-Emissionen einsparen.*

ebenso. Bei den unteren Einkommensschichten kommt hinzu, dass sie sich vorher tatsächlich gewaltig einschränken und an kalten Wintertagen oft Temperaturen deutlich unter 19°C ertragen mussten.

nanziell lohnt, hängt auch von der Energiepreisentwicklung ab. Die ist schwer vorhersagbar – und es ist reiner Zufall, dass sie in den letzten Jahren parallel zum Klimawandel anstieg. Beide Entwicklungen



Ausschnitt aus der „heute show“ vom 14.11.2014

haben nichts miteinander zu tun. Der Preis ergibt sich aus Angebot und Nachfrage. Momentan haben wir ein Überangebot an Erdöl und deshalb sank der Heizölpreis. Für den Klimaschutz ist das jedoch schlecht, denn die CO₂-Emissionen steigen dadurch. Die entscheidenden Fragen lauten folglich: Wollen wir das Klima nur dann schützen, wenn wir einen finanziellen Gewinn daraus ziehen? Und: Wie viel ist uns unsere Zukunft wert? Bezeichnenderweise ist der zurzeit von den Medien oft interviewte „Dämmstoffkritiker“ Konrad Fischer auch ein erklärter „Klimaskeptiker“. Gäbe es keinen Klimawandel, dann wäre seine Kritik berechtigt, doch der wissenschaftliche Konsens sieht leider anders aus.

Wirtschaftlichkeit könnte allerdings auch bedeuten: mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel Energie und CO₂-Emissionen einsparen. Es kommt ganz auf die Perspektive an: ob wir Klimaschutzmaßnahmen betriebswirtschaftlich oder volkswirtschaftlich beurteilen, ob wir dabei dem Eigennutz oder dem Gemeinwohl Priorität einräumen. Adam Smith vertrat zwar die Auffassung, eine „Unsichtbare

sondern muss es steigern – und das nicht zufällig, sondern geregelt. Dafür braucht es verlässliche

in ihrem Artikel 151 Absatz 1 eine klare Antwort: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Der Staat hat also nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, ins Marktgeschehen einzugreifen, sobald das Gemeinwohl gefährdet ist. Zum Schutz des Klimas muss er für Rahmenbedingungen oder konkrete Maßnahmen sorgen, die zur Senkung der CO₂-Emissionen führen.

Was konsequent ausgeblendet wird

Der Gebäudebereich einer der wichtigsten Herausforderungen bei der Energiewende, denn der Anteil der Energie, die zum Heizen und zur Warmwasserbereitung aufge-

wendet wird, beträgt fast 40% am deutschen Gesamtenergieverbrauch. Hier liegt ein hohes Einsparpotenzial und es sind keine technischen Innovationen notwendig. Allerdings blenden die Medienberichte, politischen Debatten, Verordnungen und Förderprogramme eine simple Tatsache bisher völlig aus: Schon das Bauen an sich bedeutet einen hohen Energieaufwand. Bei heutiger Standardbauweise ist der so hoch wie der Heizenergiebedarf für mehrere Jahrzehnte – und bisher nirgendwo geregelt. Um die Herstellungenergie deutlich zu senken, drängt sich ein Baustoff auf: Holz. Denn Holz wird nicht wie die anderen Baustoffe mit hohem Energieaufwand künstlich hergestellt, sondern mit geringem Energieaufwand geerntet und wei-

terverarbeitet. Allerdings ist die Holzbauweise oft etwas teurer, da in der langen Wertschöpfungskette viel handwerkliche Arbeit notwendig ist. Die Ziegel-, Zement- und

CO₂-Vermeidungskosten von Bauen mit Holz untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass dies eine der wirtschaftlichsten Methoden ist, CO₂-Emissionen zu senken – wirt-

Die CO₂-Vermeidungskosten von Bauen mit Holz sind niedriger als die von Windkraft und Photovoltaik.

Stahlindustrie dagegen sind von der EEG-Umlage befreit.

Noch deutlicher fällt der Unterschied zwischen den Baustoffen bei der CO₂-Bilanz aus: Holz setzt beim Wachsen kein CO₂ frei, sondern bindet es. Der Münchner Architekt Holger König, Pionier auf dem Gebiet der Lebenszyklusbetrachtung, hat vor Kurzem die

schaftlicher als Windkraft und Photovoltaik. Es wäre also für den Klimaschutz sinnvoll, hier anzusetzen und das Bauen mit Holz genauso zu fördern wie die Erneuerbaren Energien. Denn mit jedem hier investierten Euro wird die größte Menge CO₂ reduziert. Doch darüber wird von der Politik bisher nicht einmal diskutiert. Die Hersteller energieintensiver Baustoffe würden starke Umsatzeinbußen erleiden – und schafften es bisher, dies mit guter Lobbyarbeit zu verhindern. Durch die Befreiung von der EEG-Umlage erhielten sie sogar einen klaren Wettbewerbsvorteil.

Dieser Artikel erschien erstmals am 21.01.2015 im Online-Magazin „Telepolis“: www.heise.de/tp/artikel/43/43792/1.html

Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Fachjournalist tätig und befasst sich dabei vor allem mit der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in Architektur und Stadtentwicklung. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.

www.guenther-hartmann.de

BauNetz
halb 4
RSS NEWSLETTER

ALLE MELDUNGEN MEISTGELESENE BESTKOMMENTIERTE

20.02.2015
Monument gegen den Dämm-Wahn Über die Antivilla von Arno Brandhuber
Von Luise Rellensmann

Für ihn ist keine Baulücke zu eng, die Weiternutzung keiner Bauruine zu abwegig. **Arno Brandhuber** jongliert mit Verordnungen und Restriktionen, die viele Architekten eher als hemmend begreifen. Sein neuestes Projekt, das er mit den Partnern **Markus Emde** und **Thomas Schneider** realisierte, ist die Antivilla am Krampnitzsee bei Potsdam. Der Wochenendwohnsitz für Brandhuber und Exilort für Berliner Künstler ist eine Case Study für nachhaltiges Bauen in extremer Form und soll vor allem eines: dem grassierenden Dämm-Wahnsinn die Stirn bieten.

Millionenschwere Anwesen mit Seeblick, Günther Jauch und Wolfgang Joop sind die gängigen Assoziationen, die einem beim Klang der Worte „Villa“ und „Potsdam“ in den Kopf kommen. All das ist Brandhubers Projekt nicht. Statt neben neoklassizistischen Stadtvillen steht seine Antivilla zwischen Satteldachhäusern mit Jägerzaun – mitten im ehemaligen Grenzgebiet. Der Bau ist die umgenutzte Ruine der ehemaligen Trikotagenfabrik VEB Ernst Lück – grau geschlämmter DDR-Rauputz statt eierschalenfarbener Säulenpracht. Es ist das Gegenstück zum noblen Anwesen in Babelsberg oder der Berliner Vorstadt, „anti-location“ inklusive.

Artikel im Online-Fachmagazin „BauNetz“ vom 20.02.2015

Die Verordnungen und Förderprogramme blenden eine Tatsache aus: Schon das Bauen an sich bedeutet einen hohen Energieaufwand.

Hand“ würde immer dafür sorgen, dass das Eigennutzstreben dem Gemeinwohl dient. Beim Umweltschutz ist dies jedoch sicher nicht der Fall – zumindest so lange nicht, wie der Einzelne die negativen Folgen seines Tuns bequem auf die Allgemeinheit abwälzen kann.

Das Eigennutzstreben darf das Gemeinwohl nicht reduzieren,

Rückkopplungsmechanismen. Was schlecht für das Gemeinwohl ist, muss durch entsprechende Rahmenbedingungen teuer werden – und was gut für das Gemeinwohl ist, billiger. Doch ein Eingreifen des Staates ins Marktgeschehen ist heute verpönt. Inwieweit ist es überhaupt erlaubt? Zumindest die Bayerische Verfassung gibt darauf

TELEPOLIS POLITIK · WISSENSCHAFT · ENERGIE & KLIMA · KULTUR · MEDIEN · MAGAZIN
WOCHENSCHAU · ENERGIE & KLIMA-NEWS · ENERGIESPAR-RECHNER

Langsam dämmert es den Dämmern
Bernhard Wiens 05.12.2014
Das Vertrauen in Styropor bekommt Risse, der Architekt und Baugutachter Konrad Fischer über den "Dämmwahn"

Eine Milliarde Quadratmeter Dämmstoff sind an Deutschlands Fassaden bereits verklebt und verdübelt. Bis 2050 sollen 840 Mrd.€ nach den Normen der Energie-Einsparverordnung verbaut sein. Doch trotz allen CO₂-Bewusstseins wachsen bei Hauseigentümern die Zweifel. Für wen lohnt sich dämmen? Telepolis sprach mit einem der schärfsten Kritiker des "Dämmwahns", dem Architekten, Baugutachter und Denkmalexpertern **Konrad Fischer**.

Die (giftige) Imprägnierung wäscht sich aus, die Algen kommen. Redwitz/Oberfranken. Bild: Konrad Fischer

► Wie kamen Sie zum Thema "Dämmwahn"? Was war der Auslöser?
Konrad Fischer: Bei einem Auftrag für ein Massivziegelhaus in den 90ern kam mir eine Verschärfung der Regularien zum Wärmeschutz ins Gehege. Ich erreichte eine vorschriftenkonforme Befreiung von den Auflagen und konnte so dämmstofffrei planen und bauen. Bald darauf stieß ich auf Prof. Claus

Interview im Online-Magazin „Telepolis“ vom 05.12.2004

Geplanter Müll

Ein nüchterner Kämpfer für die Wachstumswende

In Berlin kämpft Stefan Schridde mit Erfolg gegen den geplanten Murks von Produkten und damit gegen die Wegwerfmentalität der Produzenten. Eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft wünscht er sich und macht immer größere Schritte, der Schridde – auch im politischen Berlin.

von Pablo Ziller

Wer wissen will, wie eine Postwachstumsökonomie in der Praxis konkret aussehen könnte, der sollte bei seinem nächsten Berlinbesuch einen Abstecher in Stefan Schriddes Murks-Center im Berliner Ortsteil Tempelhof einplanen. In diesem Informations- und Veranstaltungsraum präsentiert der Autor des Buches „Murks? Nein Danke!“ und Gründer des gleichnamigen Vereins seinen praxisnahen Debattenbeitrag zum Thema geplante Obsoleszenz. Hinter dieser, wie er selbst zugibt, sehr sperrigen Begrifflichkeit verbirgt sich ein den meisten Menschen bekanntes Phänomen von bewusster Täuschung des Konsumenten durch die Industrie: Der Verbraucher erwirbt ein Produkt und schon nach kurzer Zeit geht dieses (geplant) kaputt. Danach sind keine Ersatzteile verfügbar oder selbst kleinere Reparaturen sind unmöglich und so ist der Verbraucher schon nach kürzester Zeit fast dazu gezwungen, das Produkt im Müll zu entsorgen und sich erneut ein Gerät der gewünschten Funktion anzuschaffen. Durch dieses Verhalten des von Handel und Industrie betrogenen Konsumenten entsteht laut Stefan Schridde ein

Verlust für unsere Volkswirtschaft von 100 Milliarden Euro pro Jahr und darüber hinaus auch eine Riesensumme an hoch problematischem Müll. Die bewegenden Bilder dieses Mülls im Film „Kauf für

einer kürzlich veröffentlichten Studie zu verkünden, dass es das „Phänomen“ der geplanten Obsoleszenz nach wie vor nicht bestätigen könne. Ja das ist wohl ein politischer Irrwitz, vor allem für den Mann

Der Verbraucher erwirbt ein Produkt und schon nach kurzer Zeit geht dieses (geplant) kaputt.

die Müllhalde“, vor allem des in Afrika entsorgten Elektroschrotts, welcher dann von Kinderhänden über offenem Feuer „recycelt“ wird, waren für Schridde im Jahre 2011 der Anlass zu seinem Engagement. „Schluss mit dem Murks!“, sagte er sich und sein Arbeitsauftrag, welcher aus vielen Unter-, Teil-, Zwischen- und Überarbeitungsprojekten besteht, war geboren. Denn Schridde weiß, wie man ein Projekt angeht.

Nun ist es nicht so, dass Stefan Schridde für sein Engagement keine öffentliche Aufmerksamkeit erhalten würde. Ganz im Gegenteil. Vom Bundestag bis zum Fernsehen, überall war er schon präsent. Und dennoch wagt es das Umweltbundesamt selbst im Jahre 2015, also vier Jahre nach Schriddes Idee, in

oder all jene, die Schriddes Murks in Tempelhof besucht haben.

Denn dort zeigt er nicht nur die bekannten Klassiker wie nicht austauschbare Akkus bei elektrischen Zahnbürsten oder auch eingebauten Zählwerke bei Tonerkartuschen für Drucker. Nach einer gewissen Druckzahl ist Schluss, egal ob die Patrone noch Tinte hat oder nicht! Schluss! Aus! Murks! Wie solch offensichtliche Verschwendung und Täuschung des Konsumenten durch die oberste deutsche Umweltbehörde bisher nicht erkannt werden konnte, ja sogar weitere Jahre an Forschung benötigt, das bleibt auch nach dem Gespräch mit Schridde im Nebel des Umweltbundesamtes. Schridde selbst sieht die Ursache bei individuellen Einstellungen von Einzelpersonen in Behörden und



Foto: ÖDP Bundespressstelle

Stefan Schridde thront über dem ganzen Murks im Berliner Murks-Center.

Ministerien. Denn Schridde mag keine Verschwörungen und spricht klar und sachlich, aber zumeist ohne Punkt und Komma und nur von den Dingen, die er wirklich weiß. Das macht ihn sympathisch und womöglich erreicht er mit diesem sehr nüchternen und wohl abgewogenen Engagement am effektivsten die Veränderung, die er sich wünscht: das Ende geplanter Obsoleszenz.

Anfangs rieten ihm seine privaten PR-Strategen noch von dem sperrigen Begriff der Obsoleszenz ab, doch er setzte sich über den Rat hinweg und erweiterte diesen noch um den im gesamten deutschen Sprachraum bekannten Begriff des „Murkses“. Umgekehrt lenkte er mit dem Begriff der Obsoleszenz viel Aufmerksamkeit auf sich, da

ihn Journalisten erst einmal neugierig fragten, „wat dat denn sei“. Und wumms war der nächste Artikel da!

Seit 2012 gibt es seine Website, auf der auch einzelne Produkte kritisch von den Nutzern hinsichtlich des Themas der Obsoleszenz begutachtet werden. Mehr als 24.000 Facebook-Nutzer folgen seinen Infos. Tendenz stark steigend. Mit diesem Netzwerk zusammen hat er es in kürzester Zeit schon weiter gebracht als die Stiftung Warentest, die er im Gespräch ebenso vorsichtig kritisiert wie andere Institutionen in diesem Bereich. Schridde hat sich auch schon mit den Warentestern getroffen und diese sehen nun so langsam ein, dass bei ihren Tests das Thema der geplanten Verfügbarkeit bisher ja gar keine Rolle gespielt hatte,

vielmehr suggeriert wurde, die Produkte seien auf Leib und Nieren getestet und ganz besonders haltbar.

Und selbst beim Lautsprecher der Deutschen Wirtschaft, dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), ist er schon auf offene Ohren gestoßen. Die kamen ihm

Er hat auch gar kein Problem, mit seiner pubertierenden Tochter bei der Laden-Kette der geplanten Mode-Obsoleszenz mit dem Namen Primark einzukaufen.

dann zwar gleich mit „Schridde, wollen sie etwa mehr Regularien?“, aber darauf konnte er ganz gelassen kontern. Als ehemaliger Konzernbeschaffer weiß Schridde schließlich

BUCHTIPP

Stefan Schridde
Murks? Nein danke!
Was wir tun können, damit die Dinge besser werden
256 Seiten, 19,95 Euro
978-3865816719



genau, dass Unternehmen selbst auf die Einhaltung von Regularien in ihrem eigenen Materialeinkauf verweisen würden. Er weiß aus seiner eigenen beruflichen Laufbahn, dass jedes Produkt zumindest Ergebnis geplanter Produktentwicklung sein „sollte“. Alles andere ist nämlich weder für das Unternehmen noch für den Entwickler wünschenswert. Von daher ist die geplante Obsoleszenz, vorausgesetzt es passiert kein Fehler in der Produktion oder in der Entwicklung, immer das Ergebnis von wohl überlegter Produktentwicklung. Und so zeigt Schridde mithilfe der IG Metall und als Lehrbeauftragter mittlerweile auch dem deutschen Ingenieursnachwuchs den ganzen eigens entwickelten Murks – und dieser Nachwuchs staunt nicht schlecht und lernt vielleicht sogar etwas für sich daraus. Denn wenn der Konsument nicht

mehr bestellt, sondern die Industrie ihm die murksen Produkte vorsetzt, obwohl sie dem Konsumenten eigentlich nicht gefallen, dann ist das laut Schridde „wie in der DDR“.

Selbst philosophieren kann man mit ihm. Es stellt sich in der Folge ja zwangsläufig die Frage, was eigentlich „Privateigentum“ heutzutage noch bedeutet, wenn einem der Hersteller nicht einmal mehr die Reparatur erlaubt, beispielsweise indem ein berühmter Hersteller von Mobiltelefonen seine Batterien bereits ab Werk im Gehäuse verklebt. Eingeklebter Murks ist das! Die geplante Obsoleszenz, da ist sich Schridde ganz sicher, schadet uns allen, also auch der Industrie, und dient allein der Gier und den Neurosen des Managements dieser Unternehmen. Schridde ist sich mit der ÖDP auch einig, dass die Wirtschaft immer den Interessen der Gesellschaft untergeordnet sein sollte, und so lange dem nicht so ist, kämpft er weiter, zum Beispiel gegen sich selbst auflösende Schuhsohlen. Wat für'n Murks!

Politisch kommt derzeit einiges in Bewegung. Frankreich hat vor Kurzem als erstes Land die geplante Obsoleszenz als Straftatbestand anerkannt. Für die Bundesrepublik wirbt Schridde vor allem für klare Kennzeichnungen auf den Produkten; zum Beispiel sollen Ersatzteile vom Hersteller nur eine gewisse Zeit vorgehalten oder Batterien nicht mehr verklebt werden. Denn Schridde ist nicht der Meinung,



Es gibt bei elektrischen Zahnbürsten kaum ein Modell mit austauschbarer Batterie.

der Konsument wolle die geplante Obsoleszenz. Das möge zwar bei jüngeren Menschen in gewissen Bereichen so sein, doch umgekehrt sei erwiesen, dass sich der Mensch ab einem gewissen Alter nach mehr Haltbarkeit in einem allumfassenden Sinn sehne. Und eben deshalb hat er auch gar kein Problem, mit seiner pubertierenden Tochter bei der Ladenkette Primark, mit geplanter Mode-Obsoleszenz (bei Primark am Alex gibt es Schuhe für acht Euro und Schlüpfen für unter einem Euro), einzukaufen. „Das muss sie auch mal ausprobieren dürfen“, sagt Schridde. Und zwei

Schridde ist sich mit der ÖDP auch einig, dass die Wirtschaft immer der Gesellschaft untergeordnet sein sollte.

Wochen später waren die Schuhe just defekt. Murks also. Der geplante Lerneffekt in der Erziehung seiner Tochter war damit aber perfekt. Er wünscht sich, dass die Kommunen dringend bürgerschaftliche Initiativen wie Repaircafés stärker mit kostenlosen Räumlichkeiten unterstützen. Mit Haltbarkeit könnten auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden, womit er auch das Arbeitsplatzargument der Industrie von der Hand weist. Schließlich hätte dieses Land auch schon viele Arbeitsplätze durch die Unmöglichkeit von Reparaturen verloren. Denn wo sind die ganzen Autowerkstätten heute hin? Auch hätten die Menschen am Ende seines Kampfes gegen den Murks mehr Geld für zum Beispiel haushaltsnahe Dienstleistungen übrig, anstatt dieses in noch mehr Murks zu verballern.



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

Schuhsohlen, die sich im Schrank liegend selbst auflösen, werden ebenfalls im Murks-Center präsentiert.

Für die Zukunft arbeitet Schridde weiter an seiner Wanderausstellung, weiteren Murks-Centern und der Gründung einer Stiftung. Auch plant er ein Mu(rk)seum in Berlin,

wo er die Thematik einem internationalen Publikum näherbringen kann. Und obendrauf kommt eine Preisverleihung für den „Murks des Jahres“. Wer also einen echten Pragmatiker des Postwachstums (Kreislaufwirtschaft) persönlich erleben will, der lädt ihn am besten mal zu einer Veranstaltung in den eigenen ÖDP-Kreisverband ein.

www.murks-nein-danke.de

Website mit allen Informationen. Hier kann man Murks melden, dem Förderverein beitreten oder mitdiskutieren.

Website des geplanten Murkseums in Berlin:

www.murkseum.de

Kontakt zu Stefan Schridde:
Tel. + 49 (0) 30/ 25 58 03 21
vorstand@murks-nein-danke.de

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

Liebe ÖDP-Mitglieder und solche, die es werden wollen,

der Bundesvorstand hat die ersten Monate seiner Amtszeit intensiv gearbeitet. In einer Klausurtagung, einer weiteren Vorstandssitzung und beim Landesvorstandstreffen vor dem Bundesparteitag vom 10. bis 12. April im hessischen Dietzenbach haben wir die Voraussetzungen für strategische Entwicklungsoptionen geschaffen. Ziel ist ein frisches, undogmatisches und wirksames neues Image. Zudem arbeiten wir auf allen Ebenen an einer perfekten „Konfliktlinie“, die es künftig ermöglicht, die ÖDP als eigenständige politische Kraft mit wenigen Kernthemen und „klarer Kante“ sichtbar zu machen.

Zu keiner Zeit Ihres Bestehens wurde die ÖDP durch aktuelle Veröffentlichungen namhafter Autoren derart bestätigt wie gegenwärtig. Die Tragik hierbei: Ob nun Prof. Peach, Prof. Welzer oder Friedrich Schmidt-Bleek, alle behaupten unisono, dass es in Deutschland keine wachstumskritische Partei gibt. Sie sind sich gleichermaßen einig, dass eine solche Partei, würde sie gegründet, auch gewählt würde.

Einspruch: Diese Partei muss man nicht gründen. Sie existiert seit 1982 und heißt Ökologisch-Demokratische Partei, ÖDP. Man muss sie nur wählen und unterstützen.

Der Kampf in der Weltwirtschaftspolitik wird intensiver und konfliktreicher. Die bestehende Handelspolitik ist mit ein Hauptgrund für die wachsende Konflikt- und Kriegsgefahr. Im Mittelpunkt steht heute der Versuch, sich mit den Handels- und Investitionsschutzabkommen TTIP transatlantisch und mit TPP transpazifisch für die globale Wirtschaftsschlacht zu rüsten. Es besteht die berechtigte Sorge, dass dies ins Militärische übergreifen könnte. Die Wortprägung der amerikanischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton von TTIP als „ökonomischer Nato“ lässt diesen Gedanken durchaus zu. Die Alternative muss eine andere Weltordnung sein: **demokratisch, sozial, ökologisch und friedlich. Also das Gegenteil von TTIP & Co.**

Unsere Gesellschaft braucht eine **neue Wachstumspartei**, eine Partei für mehr Gerechtigkeit, mehr Gemeinwohl, mehr Bildung, mehr Chancengleichheit, mehr Demokratie, mehr Zeitwohlstand, mehr Rücksicht, mehr Ehrlichkeit, mehr ... mehr ... Mehr ÖDP.



Lassen wir abschließend Jean Ziegler, den bekannten Schweizer Soziologen und Globalisierungskritiker zu Wort kommen. Er sagte: „Wir leben in einer kannibalischen Weltordnung, die sich durch zwei Dinge auszeichnet: eine unglaubliche Monopolisierung von politischer, ökonomischer und ideologischer Macht in Händen weniger. Auch wenn die Menschen sich ohnmächtig fühlen. Eines stimmt: Diese absurde Weltordnung ist von Menschen gemacht, also kann sie von Menschen auch gestürzt werden.“

Ich wünsche mir, dass wir alle Teil dieses wichtigsten Umsturzes seit Menschengedenken werden.

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Bundesvorstand geht in Klausur

Der neu gewählte ÖDP-Bundesvorstand hat sich mit den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom 20. bis 22. Februar 2015 zu seiner ersten Klausurtagung getroffen und zahlreiche aktuelle Themen und Probleme rund um die ÖDP diskutiert. Die Klausur fand am inzwischen „traditionellen“ Tagungsort Kloster St. Josef in Neumarkt (Oberpfalz) statt.

Dort ging es neben einer sehr langen Tagesordnung natürlich auch darum, dass sich der neue Bundesvorstand erst einmal „findet“. Eines der ersten harten Beschlüsse war die Verabschiedung des Entwurfs für den Haushaltsplan, der auf dem Dietzenbacher Bundesparteitag am 10./11.04.2015 beschlossen werden muss. Durch eine überdurchschnittlich hohe Schlusszahlung im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung kann der Bundesvorstand alle wesentlichen Ausgaben auch in Zukunft weitgehend finanzieren. Trotzdem wird der begonnene Sparkurs weiter fortgesetzt, um genügend Rücklagen für anstehende Wahlen in den nächsten Jahren zu bilden.

Flächendeckender Wahlantritt

Als wichtigen Meilenstein vor der Europawahl 2019 sieht der Bundesvorstand die Teilnahme der ÖDP an der Bundestagswahl 2017 an. Hier wurde beschlossen, möglichst flächendeckend in allen 16 Bundesländern mit eigenen Landeslisten anzutreten (im Gegensatz zur EU-Wahl gibt es bei der Bundestagswahl nicht die Möglichkeit einer Bundesliste). Dazu soll nun zeitnah mit den einzelnen Landesverbänden über mögliche Hilfestellungen und Unterstützung gesprochen werden. Damit markiert der neue Vorstand ganz klar den bundespolitischen Anspruch der ÖDP, auch wenn wir immer wieder die eigene Leistungsfähigkeit kritisch hinterfragen und unsere Kräfte konzentrieren müssen. Damit die ÖDP für die anstehenden Wahlen und Kampagnen leistungsfähiger wird, wird sich der Bundesverband in Abstimmung mit den Landesverbänden stärker um den Strukturaufbau kümmern, d.h. die Gründung neuer Kreis- und Ortsverbände oder aber auch Schulungen sind wichtige Anliegen.

ÖDP braucht Markenkern

Auf der Klausurtagung wurde außerdem sehr ausführlich über unseren Markenkern diskutiert. Dazu wurden Anregungen des Bezirksverbands München ebenso vorgestellt wie bisherige Analysen, z.B. die ÖDP-Mitgliederbefragung aus dem Jahre 2008 und die nachfolgenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Prof. Dr. Uwe Kranenpohl.

Des Weiteren haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Geschäftsverteilungsplan auf den aktuellen Stand gebracht und diesen dem Bundesvorstand vorgestellt. In diesem Plan werden nun auch die Aufgaben der Bundesvorstandsmitglieder entsprechend ergänzt. Ebenso war die Mitgliederbetreuung ein Thema auf dieser Klausur.

Abschließend war klar, dass einige Tagesordnungspunkte liegen geblieben sind, diese wurden aber auf einer folgenden Bundesvorstandssitzung ebenso abgearbeitet. Dazu zählen die Verbesserung der Kommunikation in der Partei und die konsequentere Vernetzung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seitens unserer Bundespressestelle in Berlin mit den Landesverbänden und dem EU-Abgeordnetenbüro.

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. 0 61 31/ 67 98 20,
Fax 0 61 31/ 67 98 15,
Mobil 01 60/ 87 10 542

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

immer noch beschäftigen uns die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Glücklicherweise formiert sich Widerstand aus vielen Ecken gegen diese undemokratischen Verträge. Jüngst haben z.B. Hochschulvertreter eine Stellungnahme gegen TTIP veröffentlicht, in der sie ihre Befürchtungen zum Ausdruck bringen, die Freihandelsabkommen könnten die Bildung noch weiter kommerzialisieren. Zum Schaden von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und allen, denen ein unabhängiges Bildungssystem wichtig ist.

Über die Gefahren von TTIP habe ich vor Kurzem im Internetportal EurActiv einen Artikel publizieren können. Ich skizziere im Text unter anderem die Risiken, die von den privaten Schiedsgerichten ausgehen, und warne davor, dass Deutschland einen großen Teil seiner Souveränität abgeben würde, wenn TTIP verabschiedet wird. Den kompletten Text können Sie hier lesen: <http://tinyurl.com/p98u4zo>

Dass nur Theorie im Kampf gegen die Freihandelsabkommen nicht ausreicht, konnte ich Anfang Februar unter Beweis stellen. In Brüssel organisierten die Gegner der Freihandelsabkommen eine Demonstration, an der ich mit meinen Mitarbeitern Paul Diegel und Simone Lettenmayer teilgenommen habe. Bei strahlendem Sonnenschein ging ich in der ersten Reihe zusammen mit vielen Kollegen aus meiner Fraktion, unter anderem mit Claude Thomes, einem engagierten Grünen aus Luxemburg.

Wie es mit TTIP und den anderen Freihandelsabkommen weitergeht, darüber halte ich Sie auf meiner Homepage www.klausbuchner.eu auf dem Laufenden.

Ein weiteres Thema, das mich in den vergangenen Wochen begleitet hat, war der Tierschutz. Zum einen habe ich eine Anfrage an die EU-Kommission gestellt und um eine Stellungnahme bezüglich des Vogeltores auf Malta gebeten. Das Problem: In vielen Mittelmeerländern



Europaabgeordneter Prof. Buchner (Mitte) mit seinen Mitarbeitern Paul Diegel (links) und Simone Lettenmayer (rechts)

und insbesondere auf Malta werden Singvögel gejagt und dann in Restaurants als Delikatesse angeboten. In der Antwort der EU-Kommission stand, dass diese sich bei Malta beschwert habe, mehr könne sie nicht ausrichten.

Zum anderen habe ich eine Petition unterstützt, die sich gegen Lebendexporte von Tieren in der EU ausspricht. Denn: Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2014 wurden 1.728.288 Rinder und Schafe aus der EU exportiert – hauptsächlich in den Mittleren Osten, Nordafrika und die Türkei. Sobald die „Schlacht- oder Zuchttiere“ das Hoheitsgebiet der EU verlassen, sind sie nicht mehr durch EU-Transport- und Tierschutzgesetze geschützt. Transporte aus der EU in die oben genannten Regionen können bis zu 14 Tage dauern und die Transportbedingungen entsprechen weder den Bedürfnissen der Tiere noch den EU-Gesetzen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

K. Buchner

Klaus Buchner

Screenshot of the ÖDP website homepage. The header features the ÖDP logo and the text 'Ökologisch-Demokratische Partei Bundesverband'. Below the header is a search bar and a navigation menu. The main content area includes a news section titled 'AKTUELLES' with a sub-heading '49. Bundesparteitag der ÖDP in Dietzenbach (Hessen)'. There is also a section for a petition titled 'Unterschriftensammlung gegen TTIP und CETA' with a 'STOP TTIP!' graphic and a 'Jetzt unterschreiben!' button. The footer contains the website address 'www.oedp.de'.

Das Team von Prof. Dr. Klaus Buchner stellt sich vor



Büro Berlin

Abgeordnetenbüro Buchner
Ebelingstr. 8 | 10249 Berlin
+49 (0) 30/ 42 08 67 00

Claude Kohnen

E-Mail: kohnen@klausbuchner.eu

Ausbildung: Politikwissenschaftler M.A.

Interessen: Wenn neben meinem Beruf und der Betreuung meiner beiden kleinen Kinder (fünf und zwei Jahre) Zeit bleibt, treibe ich Sport. Besonders gerne praktiziere ich Yoga.

Funktion/Aufgaben im Team: Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Übergeordnete Koordinierung der Pressearbeit, Ansprechpartner für Journalisten, Auswertung der für den Politikbereich relevanten Presse, wissenschaftliche Zuarbeit, Netzwerkbildung mit anderen Mitarbeitern von Europaabgeordneten.

Ich arbeite für Klaus Buchner, weil ich seit 2010 Mitglied der ÖDP bin und meinen Teil dazu beitragen will, das erste überregionale Parlamentsmandat in der Geschichte der Partei zum Erfolg zu führen.

Florence von Bodisco

E-Mail: bodisco@klausbuchner.eu

Ausbildung: Politikwissenschaftlerin M.A., Mediatorin

Interessen: Yoga, Literatur, Psychologie.

Funktion/Aufgaben im Team: Leiterin des Berliner Büros Kontakt zur deutschen Politik, politisch-strate-

gische Beratung, Kontakt zur Bundes-ÖDP, Beantwortung von Bürgeranfragen, Kontakt zu Verbänden, Organisation und Planung von Veranstaltungen im Berliner Büro.

Ich arbeite für Klaus Buchner, weil ich ihn seit vielen Jahren kenne und schätze. Für mich ist Klaus Buchner ein integrierender Politiker. Es müssten sich mehr Menschen wie er engagieren, um so den Bürgern wieder Vertrauen in die Politik zu geben.



Büro München

Abgeordnetenbüro Buchner
Sirius Business Park
Rupert-Mayer-Str. 44 | 81379 München
+49 (0) 89/ 78 00 55 77
+49 (0) 172/ 954 27 00

Angelika Demmerschmidt

E-Mail: dammerschmidt@klausbuchner.eu

Ausbildung: Ethnologin M.A.

Tätigkeiten: Moderatorin und Redakteurin (Hörfunk, TV), Medien- und Präsenztrainings, Initiative und Organisation einer großen Hilfsaktion für Osteuropa.

Interessen: Meine Familie ist mein größtes Hobby! Mit Freunden über Politik und Gesellschaft diskutieren, Sport, Literatur.



Funktion/Aufgaben im Team: Veranstaltungen, Kampagnen, Kontakt zu Verbänden und zur Münchner Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Medien-Briefing, Organisation von Bürgersprechstunden.

Ich arbeite für Klaus Buchner, weil ich mich ausgesprochen gerne für einen Politiker einsetze, welcher so starke Werte hat und darüber hinaus ein absolut überzeugendes und ehrliches Programm. Ich sage Ja zum vereinten Europa und von daher unterstütze ich Prof. Buchner umso lieber.

Büro Brüssel/Straßburg

MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner
Europäisches Parlament
Rue Wiertzstr. 60 | 1047 Brüssel | Raum 04E205
Brüssel +32 (0) 2/ 28 - 377 39
Straßburg +33 (0) 3/ 881 - 757 39

Simone Lettenmayer

E-Mail: simonemaria.lettenmayer@europarl.europa.eu

Ausbildung: Mediengestalterin Digital und Print (IHK), Medienfachwirtin (IHK)

Interessen: Reisen, Gestalten, Politik und Geschichte, Geldsystemtheorie, Arbeitnehmerschutz, Psychologie, Soziologie, Direkte Demokratie, Energiepolitik.

Funktion/Aufgaben im Team: Betreuung des Menschenrechts-Ausschusses, Organisation Besuchergruppen, Planen von Terminen und Vorträgen, Interview-



vorbereitung, Social Media, verantwortlich für Website, Erstellen von Drucksachen und Informationsmaterial, Finanzen und Budgets.

Ich arbeite für Klaus Buchner, weil ich stolz darauf bin, an so einer politisch wertvollen Aufgabe mitarbeiten zu können. Prof. Buchner setzt sich seit über 30 Jahren in der Politik ein und es macht Spaß, ihn bei diesem sinnvollen Projekt zu unterstützen.

Paul Diegel

E-Mail: paul.diegel@europarl.europa.eu

Ausbildung: MSc Politics and Government in the European Union

Interessen: Reisen, Basketball, Poker, Makroökonomie, Europäische Politik, Internationale Beziehungen, Finanzmarktregulierung, Musik von Jimi Hendrix.

Funktion/Aufgaben im Team:

Politischer Berater. Koordinierung der Ausschüsse und der Iran-Delegation, Vorbereitung der offiziellen parlamentarischen Reisen, Zusammenarbeit mit Mitarbeitern und Mitgliedern der Fraktion, Betreuung der Praktikanten.

Ich arbeite für Klaus Buchner, weil ich mit der überwältigenden Mehrheit seiner politischen Ansichten übereinstimme und jeden Tag das Gefühl habe, daran arbeiten zu dürfen, das Leben aller EU-Bürger ein klein wenig zu verbessern. Ich bin fest von der Europäischen Idee überzeugt und kann mir keinen besseren Arbeitsplatz als das Europäische Parlament vorstellen.



Spendenbriefe des ÖDP-Bundesverbandes

„Ja, wollen die denn nur mein Geld?“

In regelmäßigen Abständen erhalten unsere Mitglieder und Interessenten persönliche Briefe per Post, in denen sie zu finanziellen Zuwendungen an die Partei aufgerufen werden. Den Hintergrund dieser Briefe möchten wir Ihnen hier noch mal ausführlich darlegen.

von Pablo Ziller

Ab und an erreicht uns beim Bundesverband die Frage, weshalb wir unsere Mitglieder und Interessenten regelmäßig per Post um finanzielle Zuwendungen bitten, obwohl die Mitglieder doch die Partei regelmäßig mit einem satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag unterstützen. An dieser Stelle möchten wir Ihnen die Hintergründe dieses Vorgehens erläutern.

Das Wort „Fundraising“ kommt aus der englischen Sprache und bedeutet auf Deutsch so viel wie

chen Nachwuchs in diesem Bereich garantieren. Meist wird dies zusätzlich zu den regulären Mitgliedsbeiträgen als weiteres Betätigungsfeld erachtet, so auch bei der ÖDP.

Fundraising beim ÖDP-Bundesverband bedeutet konkret vier Spendenbriefe im Jahr. Manche Landesverbände verschicken darüber hinaus noch einen eigenen Brief. Wie wichtig die dadurch generierten Einnahmen für die Partei sind, zeigt die folgende Ausführung.

Im Jahr 2014 haben auf der Einnahmenseite die Mitgliedsbeiträge

deutlich unter dem von den großen Parteien liegt. Die SPD kam demnach im Jahr 2012 auf einen Spitzenanteil durch Mitgliedsbeiträge von 32 % ihrer Gesamteinnahmen, denn eine Mitgliedschaft in der SPD kostet ihre Mitglieder überdurchschnittlich viel Geld. Auch CDU (28 %), CSU (26 %), Grüne (22 %) und Die Linke (31 %) haben allesamt erheblich höhere Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen als die Ökologisch-Demokratische Partei, denn sie staffeln ihre Beiträge stärker am Einkommen und bieten ihren Mitgliedern teilweise keine Schnupper- oder Familienmitgliedschaften an. Auch die Regelungen zur Beitragsenkung sind unterschiedlich gestaltet.

Vergleicht man die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge der Bundestagsparteien mit denen der sogenannten Kleinparteien, so ergibt sich aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2012 folgendes Bild: Demnach generieren die Piraten rund 32 % ihrer Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge. Freie Wähler (17 %), NPD (12 %), Tierschutzpar-

Einnahmen deutscher Parteien durch Spenden in Prozent der Gesamteinnahmen von natürlichen und juristischen Personen im Jahr 2012 im Vergleich/Quelle: Deutscher Bundestag	
ÖDP	48,85
CDU	13,28
SPD	6,94
Grüne	10,23
Die Linke	6,46
CSU	16,36
FDP	17,20
Piraten	32,55
Freie Wähler	27,9
Tierschutzpartei	30,08
Familienpartei	49,87
NPD	17,55

tei (17 %) und Familienpartei (3 %) bewegen sich dagegen deutlich unter dem Anteil der großen Parteien. In dieser Statistik kommt die ÖDP noch auf einen Wert von 15 %, denn dies war vor der Beitragsreform und lag somit im Mittelfeld der Kleinparteien.

Bei den Spenden ergibt sich dagegen ein umgekehrtes Bild. Hier zeigt sich, dass unsere Partei für das Jahr 2012 überdurchschnittlich hohe Einnahmen aus freiwilligen Spenden generieren konnte. Nur die Familienpartei kann hier mit der ÖDP mithalten, erhielt ihre Spenden jedoch auch von juristischen Personen (z.B. GmbH).

Im Gegensatz zu fast allen anderen Parteien verzichtet die ÖDP dagegen auf die Annahme von Konzernspenden und begrenzt auch die Höhe der Einzelzuwendungen auf

und Firmenspenden unabhängige Politik zu ermöglichen.

Daher hat sich der ÖDP-Bundesverband in den vergangenen Jahren stärker im Bereich Fundraising engagiert und ebenfalls versucht, für Einzelprojekte gezielt Geld von seinen Mitgliedern und Interes-

gement unserer Mitglieder und Interessenten nicht nur für die Partei nachhaltig auszahlt, denn wir können dadurch gezielt für eine ökologische Politik werben und weiter in die Aufbauarbeit der Partei investieren. Auch das Engagement der Spender wird bei der

Spenden an politische Parteien werden vom Staat für Spender wie Empfänger honoriert.

senten einzuwerben. Durch unsere verstärkten Aktivitäten im Bereich Fundraising konnten wir dank Ihrer Unterstützung die Spendeneinnahmen von 30.000 Euro im Jahre 2007 auf bis zu 68.000 Euro im Jahr 2013 steigern. Das Spenden an politische Parteien honoriert der Staat

Steuererklärung nachhaltig vom Staat gewürdigt und eine von Konzernspenden unabhängige Politik wird damit gewährleistet.

Deshalb freuen wir uns auch weiterhin über Ihr finanzielles Engagement. Umgekehrt sollten Sie bei reichhaltigen Spenden immer an Ihre Steuererklärung denken.

Wie viel Sie übrig haben, das entscheiden Sie natürlich ganz alleine. Fühlen Sie sich also keinesfalls von unseren Aufrufen unter Druck gesetzt. Auch nutzen wir die Briefe, um Sie persönlich über aktuelle Projekte auf dem Laufenden zu halten. Nun hoffen wir, dass wir Ihnen durch diesen Artikel die Sinnhaftigkeit dieses Instruments verdeutlichen konnten.

Im Jahr 2014 haben auf der Einnahmenseite die Mitgliedsbeiträge ca. 18 % der Gesamteinnahmen der ÖDP ausgemacht.

maximal 10.000 Euro pro Jahr (Verheiratete 20.000).

Diese Maßnahmen, die wir als ÖDP als wichtige Bausteine im Sinne einer unabhängigen und transparenten Politik erachten, führen zu begrenzteren Spielräumen, Einnahmen für die Partei zu generieren. Gleichzeitig werden bei uns Parteitage ebenfalls nicht von Sponsoren unterstützt, die FDP ließ sich einst einen Parteitag von der Zigarettenindustrie finanzieren, und auch die Parteizeitung in Ihren Händen ist gänzlich frei von Werbung.

All dies führt dazu, dass wir versuchen, die Kosten, die die effektive Parteilarbeit der ÖDP nun mal mit sich bringt, auf viele Schultern zu verteilen und so eine von Groß-

gleichwohl für beide Seiten: Zum einen erhalten die Spender einen Steuernachlass von bis zu 52,6 % für Spenden bis zu 1.600 Euro bzw. 3.200 Euro pro Jahr bei Abgabe einer Steuererklärung. Der Empfänger der Spende, also in diesem Fall die ÖDP, erhält umgekehrt vom Staat rund 0,30 Eurocent pro eingegangenen Spendeneuro. Dadurch erhielten wir beispielsweise im Jahr 2013 zusätzliche staatliche Mittel von rund 20.000 Euro aufgrund des herausragenden Spendenaufkommens unserer Mitglieder und Interessenten. Das erklärt auch, weshalb Rückspenden eine solche hohe Bedeutung für die Partei haben.

Diese Ausführungen zeigen, dass sich das freiwillige finanzielle En-

Das Wort „Fundraising“ kommt aus dem Englischen und bedeutet auf Deutsch so viel wie „Mittelbeschaffung“.

„Mittelbeschaffung“. Mittlerweile verfügen zahlreiche zivile Organisationen über Abteilungen, die sich aktiv um diesen Themenbereich innerhalb der jeweiligen Organisation kümmern. Selbst Studiengänge zu diesem Thema werden inzwischen angeboten und sollen den fachli-

ca. 18 % der Gesamteinnahmen der ÖDP ausgemacht. Ein Vergleich aus den Rechenschaftsberichten der Parteien des Jahres 2012 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor; abrufbar auf www.bundestag.de) mit den damals im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, dass dieser Wert

Fundraising für Ihren Kreisverband?

Unser Mitarbeiter Pablo Ziller – verantwortlich für den Bereich Fundraising der ÖDP – berät Sie gerne, ob telefonisch oder direkt vor Ort. Melden Sie sich doch unter pablo.ziller@oedp.de oder unter Tel.: 0 30/ 49 85 40 50.



Landesverband Bayern

Becker und Mangold übergeben Anti-TTIP-Papier an US-Botschafter

Rund 100 Teilnehmer haben Mitte Dezember 2014 vor dem Passauer Landratsamt mit einer Menschenkette gegen die Freihandelsabkommen TTIP und TiSA demonstriert. Anlass war ein Besuch von US-Botschafter John B. Emerson im Landratsamt Passau. Nachdem sich dieser in das Goldene Buch des Landkreises eingetragen hatte, übergab eine ÖDP-Delegation dem US-Diplomaten ein Anti-TTIP-Positionspapier. Die stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Agnes Becker, Kreistagsfraktionsvorsitzende Anita Hofbauer und

Passaus Zweiter Bürgermeister Urban Mangold brachten die fassungslose CSU-Prominenz damit derart in Rage, dass sich sogar CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer einschaltete und beim Passauer SPD-Oberbürgermeister über dessen ÖDP-Vize beschwerte – ohne Erfolg für Scheuer, aber mit großem Medienecho für die ÖDP. Die SZ nahm den Passauer ÖDP-Politiker sogar in ihre Rubrik „Held der Woche“ auf.

Die ÖDP sieht in TTIP und TiSA eine Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und kriti-

siert, dass durch die Freihandelsabkommen Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften als Handelshemmnisse betrachtet werden können. US-Unternehmen könnten vor privaten Sonderschiedsgerichten EU-Staaten verklagen, wenn sie durch solche Gesetze ihren Gewinn reduziert sehen. Außerdem befürchtet die ÖDP, dass öffentliche Krankenhäuser, die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand sowie Entsorgungsbetriebe unter weiteren Privatisierungsdruck geraten.

Verhandelt wird bei TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Freihandelsabkommen zu unterstützen. Die ÖDP-Aktion vor dem Passauer Landratsamt richtete sich deshalb hauptsächlich gegen die Haltung der deutschen Bundesregierung. Der Passauer MdB und CSU-Generalsekretär Andreas

Scheuer konnte sich deswegen wochenlang gar nicht mehr beruhigen. In der „Passauer Neue Presse“ beklagte er sich über „die Art und Weise, wie in Passau US-Botschafter durch einen Bürgermeister empfangen werden“.

Besonders verärgert zeigte sich die CSU auch darüber, dass ÖDP-Politiker Mangold selbst mit dem US-Generalkonsulat vereinbart hatte, nach der Menschenkette ein Positionspapier gegen TTIP im Saal des Landratsamtes an den US-Botschafter zu überreichen. Für die entsetzten CSU-Politiker war das kaum zu ertragen.



Urban Mangold, Zweiter Bürgermeister von Passau, hat sich unflätig verhalten – findet zumindest die CSU. FOTO: OH

Held der Woche

Puha, da hat sich Urban Mangold, dieser unverfrorene Kerl, ja wirklich einiges erlaubt. Als vor ein paar Tagen der US-Botschafter John B. Emerson in Passau zu Besuch war, wagte es der Zweite Bürgermeister doch glatt, den ehrenwerten Gast mit unerfreulichen Themen zu konfrontieren. Noch bevor sich Emerson im Goldenen Buch von Stadt und Landkreis verewigen konnte, wurde er von Mangold und dessen ÖDP-Mitstreitern mit einer Menschenkette empfangen, die friedlich gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP und TiSA protestierte. Damit nicht genug: Im Landratsamt überreichte Mangold dem Botschafter auch noch ein Positionspapier. Die ÖDP befürchtet, dass Vorschriften zum Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz durch TTIP auf der Strecke bleiben könnten. Die Übergabe hatte Mangold übrigens schön brav mit dem US-Generalkonsulat abgestimmt.

Emerson reagierte darauf, wie man es von einem hochrangigen Diplomaten erwarten darf: Gestählt durch zahlreiche Termine des Abbitteleistens in der NSA-Affäre, quittierte er Mangolds Anliegen mit einem entspannten Lächeln. So zu sehen auf einem Foto, für das sich der Botschafter bereitwillig mit mehreren ÖDP-Leuten ablichten ließ. Nicht zu erkennen ist darauf, dass Emerson diese Aktion für ungehobelt gehalten hätte.

Zum Glück gibt es noch Andreas Scheuer, im Hauptberuf Passauer Bundestagsabgeordneter, CSU-Generalsekretär und Fachmann für Diplomatie. Er echauffierte sich über „die Art und Weise“, wie in Passau US-Botschafter durch einen Bürgermeister begrüßt werden. Was den politischen Knigge angeht, macht Scheuer so schnell keiner etwas vor: Zuletzt lobte er etwa den neuen thüringischen Ministerpräsidenten als „Top-Agent einer Ex-Stasi-Connection“. In Sachen Mangold wolle er nun bei dessen Chef nachhaken. Wenigstens einer, der weiß, was sich gehört. **wiw**

Süddeutsche Zeitung, 20.12.2014



Foto: Mediendank

Übergabe eines Positionspapiers im Passauer Landratsamt an US-Botschafter Emerson durch (von rechts) die Stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Agnes Becker, Bezirksvorsitzender Urban Mangold und ÖDP-Kreistagsfraktionsvorsitzende Anita Hofbauer

3. ÖDP-Sommerncamp

Vom 3. bis 6. September 2015 findet auch in diesem Jahr wieder ein Sommerncamp in Schönwald im Schwarzwald statt. Bitte beachten Sie hierzu den **beigelegten Flyer** mit allen Informationen.

Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um eine zeitnahe Anmeldung.

Umgezogen? Neue Kontonummer?

Helpen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

Neue Adresse:

Vorname, Name _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Neue Bankverbindung:

IBAN _____

BIC _____

Name der Bank _____

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1, 97070 Würzburg,
Fax: 09 31 / 4 04 86 -29, E-Mail: mitgliederverwaltung@oedp.de

Baden-Württemberg

Landtagswahl 2016 steht im Fokus

Die Vorbereitung zur Landtagswahl März 2016 geht mit großen Schritten voran. Zur Zeit der Abfassung dieser Zeilen sind in 16 von 70 Wahlkreisen die Bewerber(innen) und Ersatzbewerber(innen) aufgestellt, womit die Sammlung der notwendigen 150 (plus 20 Stück Puffer) Unterstützungsunterschriften pro Wahlkreis beginnen kann. In etwa gleich vielen Wahlkreisen stehen die Aufstellungen unmittelbar bevor. Allerdings haben wir auch in einigen Wahlkreisen Schwierigkeiten, die erforderlichen drei stimmberechtigten Mitglieder zusammenzubekommen. Entweder wohnen dort keine drei Mitglieder oder sie sind beruflich viel auf Reisen oder krank. Daher möchten wir Sie an dieser Stelle dringend bitten, uns mitzuteilen, ob Sie in folgenden Wahlkreisen (Wahlkreisname und -nummer) Personen kennen, die der ÖDP nahestehen und bereit sind, (Schnupper-)Mitglied zu werden, um so die Aufstellung der Bewerber(innen) zu ermöglichen:

Böblingen 5; Esslingen 7; Geislingen 11; Hohenlohe 21; Aalen 26; Bruchsal 29; Bretten 30; Ertlingen 31; Rastatt 32; Baden-Baden 33; Wiesloch 37; Schwetzingen 40; Pforzheim 42; Offenburg 51; Kehl 52; Balingen 63.

Welche Gemeinden zu diesen Wahlkreisen gehören, können Sie unter www.oedp-bw.de in der linken Menüspalte in der Rubrik „Landtagswahl 2016“ nachschauen.

Auch in diesem Frühjahr nimmt die ÖDP Baden-Württemberg wieder deutlich sichtbar und kreativ an der Kundgebung zum Fukushima-Jahrestag bei dem AKW Neckarwestheim teil. Damit fordern wir die unverzügliche Abschaltung der verbleibenden Atommeiler und machen deutlich, dass das Thema Atomkraft weiterhin aktuell ist. Und es bleibt die Frage, ob es je eine sichere Endlagerung des Atomabfalls geben wird.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel. 07 11/ 6 36 46 44, info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel. 0 71 21/ 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

Bayern

Aschermittwoch: ÖDP kritisiert TTIP und völlig verfehlte Energiepolitik der CSU

„Widerstand ist nur sinnvoll, wenn man ein überzeugendes alternatives Konzept anbieten kann. So wie es Horst Seehofer macht, geht es nicht“, erklärte Energie-



Die Landshuter ÖDP-Stadträtin Christine Ackermann (links) und Kreisvorsitzender Lorenz Heilmeyer (rechts) mit den diesjährigen Aschermittwoch-Rednern: Stellvertretender Landesvorsitzender Stephan Treffler, Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und Energiewende-Experte Prof. Dr. Michael Sterner

wendeexperte Prof. Dr. Michael Sterner als Gastredner beim Politischen Aschermittwoch der ÖDP in Landshut. Der Wissenschaftler ist sich mit der ÖDP einig, dass ein mengenmäßig begrenztes Förderprogramm für dezentrale Stromspeicher geschaffen werden muss, um die erzeugte regenerative Energie vor Ort zu nutzen. Diese dezentrale regenerative Speicherung soll dann kombiniert werden mit einer überregionalen Vernetzung und im Bedarfsfall zuschaltbaren Gaskraftwerken. Die bayerische ÖDP unterstützt diesen Kombinationskurs, fordert aber den klaren Vorrang für dezentrale Speicher. Wichtig sei, „dass die verantwortlichen Politiker den Bürgern die Energiewende ehrlich erklären als Generationenprojekt, das dem Klimaschutz dient, Wertschöpfung wie Arbeitsplätze in unsere Heimat holt und die Abhängigkeit von Energieimporten beendet“, fordert der stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Stephan Treffler.

Horst Seehofer stelle sich aber „an die Spitze des Widerstands gegen alles und hat kein klares Konzept. Das ist eine Gefahr für das Gelingen der Energiewende und eine Gefahr für Bayern“, so Treffler.

Wenn die Bereitstellung von Speicherkapazität durch Anreize gefördert wird, werde es nach Ansicht der ÖDP für diese Technik die gleiche wirtschaftliche Dynamik geben wie beim regenerativen Strom durch die Einspeisevergütung. Hierfür gäbe es bereits eine Fülle von Techniken für mittelfristige und Kurzzeitspeicherung. ÖDP-Gastredner Prof. Sterner ist einer der Erfinder der Speichertechnologie „Power-to-Gas“.

Gabriela Schimmer-Göresz trat erstmals als neu gewählte ÖDP-Bundesvorsitzende beim Aschermittwoch

der ÖDP auf. Sie kritisierte die CSU-Entscheidung, die extrem in der Kritik stehenden privaten Schiedsgerichte nicht zum Ablehnungskriterium für das TTIP-Freihandelsabkommen zu machen. Die Parteivorsitzende befürchtet, dass die Demokratie als „Handelshemmnis“ mittels der Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA gegen eine Konzerndiktatur getauscht wird und erntete den Beifall der Besucher mit dem Ausruf: „Wer hat uns verraten? CDU/CSU und Sozialdemokraten!“

Die Reden gibt es als Texte www.oedp-bayern.de/medien und als Videos unter <http://tinyurl.com/ml7doeh>

ÖDP Bayern sucht weiter Politischen Geschäftsführer

Thomas Prudlo übernimmt übergangsweise. Rainer Forster, in der letzten Ausgabe von ÖkologiePolitik als neuer Politischer Geschäftsführer und damit Nachfolger von Urban Mangold vorgestellt, kann aus persönlichen Gründen seinen neuen Arbeitsplatz bei der ÖDP doch nicht antreten. Diese Nachricht erreichte uns erst nach Redaktionsschluss. Der ÖDP-Landesvorstand wird demnächst erneut über die Stellenbesetzung entscheiden. Übergangsweise wird der frühere ÖDP-Bundesgeschäftsführer Thomas Prudlo die Aufgaben eines politischen Geschäftsführers übernehmen – angesichts seiner weiteren beruflichen Verpflichtungen jedoch nur mit rund 40 Stunden im Monat.



Thomas Prudlo

Die vorrangigen Aufgaben für Thomas Prudlo sind die Entwicklung von Kampagnen, die mittelfristige Planung der ÖDP Bayern für die wahlkampffreie Zeit sowie die Erstellung eines Aufbaukonzepts für die Kreisverbände. Das neue Büro in München arbeitet zunächst in provisorischen Räumen. Nach dem endgültigen Standort wird noch gesucht.

Am neuen Bürostandort in München wird künftig nicht nur der neue Politische Geschäftsführer arbeiten, sondern räumlich getrennt auch die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Mitarbeiterin von MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner, Angelika Demmerschmidt. Hauptaufgabe von Angelika Demmerschmidt ist, die Arbeit unseres Europaabgeordneten in den Verbandspublikationen zu platzieren. Daneben ist sie in der Zusammenarbeit mit Thomas Prudlo Verbindungssachse der ÖDP Bayern

zum Europaabgeordneten. Aus der parlamentarischen Arbeit lassen sich so die Themen herausfiltern, die zu lokalisierbaren Initiativen ausgebaut werden können.

Die Telekommunikationsdaten der neuen Geschäftsstelle waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Die vorübergehende Postanschrift lautet:

*Rupert-Mayer-Str. 44, 81379 München
E-Mail: politik@oedp-bayern.de*

Berlin

Geschäftsstelle erhält neuen Anstrich

Politik ist auch ein Handwerk. Und so arbeiten die Landesvorsitzenden der ÖDP Berlin Dr. Matthias Nitschke und sein Stellvertreter Ronny Kraft derzeit intensiv an der Geschäftsstelle des ÖDP-Landesverbandes im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg.

Über die Jahre hat sich hier einiges angesammelt, was nun gesichtet und neu sortiert werden muss. Es weht ein frischer Wind im Berliner Landesverband, was man den neu geweißelten Wänden gleich ansehen kann. Ziel der ganzen Renovierungsaktion ist, die Landesgeschäftsstelle und gleichzeitig Bundespressestelle attraktiver für die Öffentlichkeit zu machen. Bisher war es den Mitgliedern nicht möglich, in den Räumlichkeiten Sitzungen abzuhalten – doch das soll sich jetzt ändern. Ein Konferenztisch ist bereits angeschafft und auch eine kleine Küchenzeile, im Frühjahr ist dann noch der Außenbereich dran. Auch der Bundesverband, welcher sich das Büro mit dem Landesverband teilt, unterstützt uns hierbei.

In Zukunft wird damit die Geschäftsstelle, auch für ÖDP-Mitglieder auf Reise in die Bundeshauptstadt, eine interessante Anlaufstelle werden. Zu einer Tasse Biokaffee verbunden mit einem politischen Berliner Stadtgespräch sind Sie dann herzlich willkommen!

*ÖDP Landesverband Berlin
Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Tel.: 030 /49 85 40 50, E-Mail: info@oedpberlin.de*

Hamburg

ÖDP Hamburg weiter im Aufwind

Auf ihrem Landesparteitag am 08.12.2014 hat die ÖDP Hamburg turnusmäßig ihren Landesvorstand gewählt. Dabei wurde der bisherige Landesvorsitzende Volker Behrendt ebenso im Amt bestätigt wie sein Stellvertreter Benjamin Krohn und der Landesschatzmeister

Klaus-Christian Becker. Neu vertreten im Landesvorstand sind der Schriftführer Martin Krause und als Beisitzer Klaus Friese. Weiterer Schwerpunkt des Landesparteitags war die Vorbereitung der Bürgerschaftswahl. In einer zweistufigen Umfrage hatten die Mitglieder Themen für die Wahl einbringen und gewichten können. Eine hohe Rücklaufquote von ca. 50 % hat gezeigt,



Der neue Landesvorstand (v.l.n.r.): Martin Krause, Benjamin Krohn, Volker Behrendt, Klaus-Christian Becker, Klaus Friese

wie groß das Interesse an der inhaltlichen Mitgestaltung ist, auch wenn viele zu physischen Treffen keine Zeit haben.

Die Bürgerschaftswahl am 15.02.2015 verlief dann ebenfalls sehr erfreulich: Die ÖDP hat gegen den Trend der kleinen Parteien um 30 % zugelegt und erzielte mit 0,4 % ihr historisch bestes Ergebnis bei einer Bürgerschaftswahl in Hamburg. Mit 0,8 % auf der Landesliste und 1,4 % auf der Wahlkreisliste im Bezirk Bergedorf wurde wieder der Wahlkampfsschwerpunkt im Südosten der Stadt deutlich. Aber auch die anderen Stadtteile legten merklich zu, was vermutlich auf die Social-Media-Kampagne in den letzten zehn Tagen vor der Wahl zurückzuführen ist. Auf Facebook und über Twitter (Hashtag: #kursmensch) wurden ganz gezielt Kandidaten und Themen beworben.

Wir freuen uns nicht nur über das gute Wahlergebnis, sondern auch über die vielen neuen Mitglieder, die wir in den letzten Monaten für unsere Politik begeistern konnten. Auch hier ist eine Steigerung von 30 % zu verzeichnen. Das eröffnet uns die Möglichkeit, durch vermehrte inhaltliche Arbeit und regelmäßige Veranstaltungen gute Alternativen zu der nur an der Wirtschaft orientierten Arbeit des SPD-Senats zu entwickeln und in die öffentliche Meinung einzubringen.

ÖDP Hamburg, Curt-Bär-Weg 118, 21035 Hamburg
Tel.: 01 76/ 573 95 893, info@oedp-hamburg.de

Hessen

ÖDP Hessen wählt neuen Vorstand

Vorstandsnachwahlen und strategische Überlegungen standen im Mittelpunkt des Landesparteitags ÖDP in Hessen. In Frankfurt bestätigten die Mitglieder die 37-jährige Angela Binder, wohnhaft in Linsengericht, die bisher kommissarische Landesvorsitzende gewesen war, im Amt. Außerdem votierten die Mitglieder für den 51-jährigen Produktmanager Udo Arenz aus Kelkheim als 1. Stellvertreter. Denis Becker (37) aus Kassel, kaufmännischer Angestellter im strategischen Einkauf, hat nun das Amt des 2. Stellvertretenden Landesvorsitzenden inne. Schatzmeister bleibt der Industriekaufmann Jürgen Reuß aus Frankfurt. Als Beisitzerin blieb im Amt Marika Speckmann aus Marburg, wiedergewählt wurde die Jurastudentin Melanie Schwarze (23), wohnhaft in Biedenkopf. „Die begonnene Strategieentwicklung, um die ÖDP Hessen wahl- und sichtbar zu machen, möchten wir gerne fortsetzen“, so die Landesvorsitzende zu den Zielen des Vorstands.

Neben den Vorstands-Nach- und Delegierten-Wahlen diskutierten die Mitglieder auch über die Konzeption eines neuen Landesprogramms sowie die strategische Ausrichtung und Arbeitsweise innerhalb der Partei. Zu Gast waren Werner Roleff von der ÖDP Köln und der 1. Stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP, Volker Behrendt, der von der aktuellen Arbeit auf Bundesebene berichtete.

Die neuen und alten Vorstandsmitglieder dankten allen Teilnehmern insbesondere auch für die rege strategische Diskussion sowie die Bereitschaft der Mitglieder, teils von weit her oder trotz knapper Zeit anzureisen und sich auch noch gegen Ende des langen Tages sehr konstruktiv einzubringen.

In den letzten Wochen beteiligte sich die ÖDP Hessen intensiv an der Planung des Rahmenprogramms zum Bundesparteitag am 11./12. April im hessischen Dietzenbach. Dazu zählte vor allem der Protestmarsch mit öffentlichen Kundgebungen, bei dem über die Auswirkungen der Freihandelsabkommen wie TTIP auf die Kommunen aufgeklärt wurde.

Mitglieder- und Interessententreffen in verschiedenen Regionen sind nach dem Globalen Aktionstag gegen TTIP am 18. April geplant, an dem neben einer Demoteilnahme in Darmstadt andernorts Infostände stattfinden. Termin-Informationen werden auf der Webseite www.oedp-hessen.de bekannt gegeben.

ÖDP Hessen, Karlstr. 11, 63589 Linsengericht
Tel.: 0 60 51/ 7 28 00, info@oedp-hessen.de

Nordrhein-Westfalen

NRW zeigt sich geschlossen

Ende Februar begann die Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz ihre NRW-Tour durch fünf Kreisverbände. Die Kreisverbände luden sie primär zu partei-internen Gesprächen ein, in denen vor allem der letzte Bundesparteitag aufgearbeitet und die zukünftige Zusammenarbeit diskutiert wurde. Beim Thema Kreisverbände hat NRW erneut Zulauf erhalten. Seit dem 22.02.2015 arbeitet der Kreisverband „Region Düsseldorf und Niederrhein“ unter der Führung von Carina Peretzke an kommunalpolitischen Themen und Projekten. Als Stellvertreter wurde Felix Peretzke, als Kreis-schatzmeister Dr. Herbert Einsiedler und als Beisitzerin Sybille Klemp gewählt.

Viel Lärm verbreiten die Flughäfen Köln und Düsseldorf. Die ÖDP kämpft in Köln für ein Nachtflugverbot und in Düsseldorf gegen die Ausweitung der Starts und Landungen. Mit anderen Flugobjekten beschäftigen sich die Parteifreunde in Aachen. „Fliegende“ Legionellen aus den Kühltürmen des Braunkohlekraftwerks Weisweiler haben die Ökodemokraten im Visier. Kraftwerk aus, bis die Gefahr beseitigt ist, fordert die ÖDP.



Carina Peretzke und NRW-Landesvorsitzender Benjamin Jäger

Dass nicht jedermann Glossen versteht, erfuh die Ratsgruppe ÖDP/Piraten in Münster. Ihre Glosse zur Gender-Politik verstand zwar die Münsteraner Presse, die Medien außerhalb konnten aber Glosse und reale Forderung nicht unterscheiden. Wenn man betrachtet, was derzeit so alles im politischen Raum gefordert wird, ist diese Unterscheidung auch schwierig.

Nachdem Ökodemokraten geschlossen gegen das AKW Tihange in Belgien demonstrierten, bereitet der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden am 25.04.2015 einen Aktionstag vor, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen und die ÖDP-NRW auch zwischen den Wahljahren zu etablieren.

ÖDP NRW, Weseler Str. 19–21, 48151 Münster
Tel.: 02 51/ 760 267 45, E-Mail: info@oedp-nrw.de

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Juni 2015.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29,
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Volker Behrendt,
Angela Binder, Florence von Bodisco,
Ulrike Brandhorst (ub), Prof. Dr. Klaus Buchner,
Matthias Dietrich, Gabriela Schimmer-Göresz,
Benjamin Jäger, Urban Mangold,
Dr. Claudius Moseler, Dr. Matthias Nitschke,
Dr. Johannes Resch (jr), Hermann Striedl,
Bernhard Suttner

Interviewpartner

Prof. Dr. Christoph Butterwegge,
Dr. Klaus J. Klumpers, Dr. Werner Rügemer,
Prof. Dr. Helga Spindler, Thomas Vašek

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. 0 30/ 49 85 40 50, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Markus Hollemann zieht Kandidatur als Umweltreferent zurück

Foto: markus-hollemann.de



Eine Verleumdungskampagne aus dem rot/grünen Lager hat Markus Hollemann, 42 Jahre alt und seit 2009 Bürgermeister in der baden-württembergischen Gemeinde Denzlingen, dazu bewogen, seine aussichtsreiche Bewerbung um das Amt des Umweltreferenten in der Stadt München zurückzuziehen.

Die CSU, größte Fraktion im Münchner Stadtrat mit dem Vorschlagsrecht zur Besetzung des Postens, hatte entgegen den üblichen parteipolitischen Gepflogenheiten Markus Hollemann (ÖDP) aufgrund seiner Qualifikation für das Amt auserkoren. Eigentlich hätte es ein großer Erfolg auch für die ÖDP werden können. Der Umweltreferent Münchens ist für ca. 900 Mitarbeiter zuständig. In das Referat fallen Themen wie Gesundheit, Energie, Luftreinhaltung und Gewässerschutz bei einem Etat von rund 120 Millionen Euro. Dass daraus letzten Endes leider nichts wurde, lag an den politischen Kontrahenten. Diese hatten in der passiven Mitgliedschaft Hollemanns im gemeinnützigen Verein Aktion Lebensrecht für Alle e.V. (ALfA) einen Hinderungsgrund gesehen und dies, obwohl führende Politiker, Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus Union und SPD dem Dachverband BVL dieser Organisation ebenfalls angehören. ALfA setzt sich überkonfessionell unter anderem für das Lebensrecht von Ungeborenen, für Inklusion und gegen Euthanasie ein.

„Ich bin generell für mehr Solidarität für Menschen in Not. Wie viele andere Vereine auch, bietet die ALfA eine lösungsorientierte Beratung von Frauen im Schwangerschaftskonflikt an, bei der der Wunsch der Frauen, ihr Kind nicht abzutreiben, entsprechend finanziell und mit weiteren Hilfsangeboten unterstützt wird“, erklärte Hollemann dazu.

Gesprächsangebote wurden abgelehnt, woraufhin Hollemann seine Kandidatur für das Amt zurückzog. Die Vorgänge in München wurden von einem großen, teils unfairen Medienecho begleitet.

Bundesarbeitskreis Kommunalpolitik

Der Bundesarbeitskreis Kommunalpolitik hat sich im Januar konstituiert. Zu den Aufgaben des Arbeitskreises gehören laut Beschluss des Bundesparteitags: die Beobachtung der Bundesgesetzgebung auf Veränderungen mit Auswirkungen auf die Kommunalpolitik und Aufbereitung entsprechender Informationen für die Mandatsträger, Beratung der kommunalen Mandatsträger der ÖDP, beratende Mitarbeit am kommunalpolitischen Infodienst und Schulungen für kommunale Mandatsträger (in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Büro und den Landesverbänden).

Wir werden ein Netz mit kompetenten Ansprechpartnern in den Bundesländern aufbauen, welche bei Fragen in der Kommunalpolitik weiterhelfen. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit folgenden Themen: Bauen, Natur- und Landschaftsschutz, Bergrecht, Bildung, Asylrecht, Europarecht und seine Auswirkungen auf die Kommunen und Konnexitätsprinzip als Grundlage für die Verlagerung von staatlichen Aufgaben von Bundes- und Landesebene auf die Kommunen.

Als Vorsitzender wurde Helmut Kauer gewählt, seine Stellvertreter sind Johannes Schneider und Klaus Wagner. Als Beisitzer wurden Heide Weidemann, Wilhelm Bothar und Claudius Moseler gewählt. Das Amt als Schriftführer übernimmt Walter Konrad.

Mitarbeiterinnen und Mitstreiter sind immer willkommen. Kontakt über bak.kommunal@oedp.de

Veranstaltungen der ÖDP München

Montag, 27.04.2015, 19 Uhr

Gabriela Schimmer-Göresz (ÖDP):

Ein System siegt sich zu Tode?

Evangelisches Forum, Großer Saal,
Herzog-Wilhelm-Straße 24

Mittwoch, 20.05.2015, 19 Uhr

Prof. Christian Kreiß: **Murks? Nein danke!**

Hochschule für Philosophie München,
Kaulbachstraße 31a

Mittwoch, 18.06.2015, 19 Uhr (Siehe Seite 37)

Podiumsdiskussion zum Freihandelsabkommen TTIP

Mehr Infos zur ÖDP München:

www.oedp-muenchen.de
www.facebook.com/oedpmuenchen

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
 Schnuppermitglied
 Förderndes Mitglied

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Handy

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtstag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommersgasse 1 | 97070 Würzburg
Tel. 09 31 / 4 04 86 - 0 | Fax 09 31 / 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
 ermäßigten Beitrag von 1,00 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
 Ich zahle freiwillig 12,00 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

X
Datum, Unterschrift

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung!

Unsere Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01 | BIC: BFSWDE33MUE

Vielen Dank!

Zusammengestellt von Pablo Ziller

49. Bundesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei im hessischen Dietzenbach

(11.04.2015) Auf dem 49. Bundesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) haben sich am heutigen Samstag über 200 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet in Dietzenbach bei Frankfurt am Main zusammengefunden. In ihren Rechenschaftsberichten bekräftigten die Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und der Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner die strikte Ablehnung der geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA und riefen die Bevölkerung zum aktiven Widerstand gegen diese auf: „Entweder wir kämpfen heute für Rechtsstaat und Demokratie oder wir verlieren beides“, sagte dazu Klaus Buchner vor den versammelten Delegierten. Die Art und Weise, wie die Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA im Geheimen geführt würden, sei „ein Schlag ins Gesicht unserer Demokratie“, so Buchner.

Die Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz ging in ihrer Rede auf die Aussagen verschiedenster wissenschaftlicher Autoren ein. In Deutschland fehle es an einer Partei, welche die Kritik am derzeitigen allein herrschenden Postulat des Wirtschaftswachstums vertreten würde und betonte: „Diese Partei, liebe Delegierte, muss man nicht gründen, sie existiert bereits seit 1982 und heißt ÖDP.“ In der Verbreitung der wachstumskritischen Botschaft und der konzeptionellen Ausarbeitung dieser sieht die Bundesvorsitzende die Hauptaufgabe ihrer Partei für die kommenden Jahre. „Unsere Gesellschaft braucht eine neue Wachstumspartei und zwar für mehr Gerechtigkeit, Frieden, Chancengleichheit, Bildung, Demokratie und noch so vieles mehr.“ Generalsekretär Dr. Claudius Moseler betonte in seiner Rede, die Schlagkraft und Kampagnenfähigkeit der Partei weiter zu erhöhen.

Am Nachmittag unterbrachen die Delegierten den Parteitag für einen Protestmarsch unter dem Motto „TTIP – Globale Entscheidungen beeinflussen unseren Alltag“. Die Pressekonferenz des Parteitags fand am Sonntag,

den 12. April um 12 Uhr mit den ÖDP-Parteispitzen im Bürgerhaus Dietzenbach statt.

ÖDP: Familienfeindliche Politik zerstört Zukunftschancen

(01.04.2015) Angesichts der zunehmenden Lebenserwartung der Älteren und des seit über 30 Jahren anhaltenden Geburtenrückgangs warnte Altbundespräsident Roman Herzog 2008 vor einer „Rentnerdemokratie“, da das Wählergewicht der Älteren wachse und gleichzeitig das der Jüngeren sinke. Obwohl diese Warnung damals in Meinungsumfragen mehrheitlich für unberechtigt gehalten wurde, stimmten ihr doch die Unter-35-Jährigen mehrheitlich zu.

Die aktuelle sozialpolitische Entwicklung zeigt, wie berechtigt die Warnung Herzogs war. Während den älteren Wählern milliardenschwere Wahlgeschenke gemacht werden (z.B. Rente mit 63), werden Familien im Jahr 2015 mit einer Kindergelderhöhung von 4 (vier) Euro abgespeist. Das ist das Minimum, das verfassungsrechtlich geboten ist.

Der Vorsitzende des ÖDP-Bundesarbeitskreises für Familie, Soziales und Gesundheit, Dr. Johannes Resch, meint dazu: „Die Warnung Herzogs vor einer ‚Rentnerdemokratie‘ ist schon längst Wirklichkeit geworden. Ihre Wurzeln reichen allerdings bis zur Rentenreform 1957 zurück. Damals wurde ein Umlageverfahren eingeführt, das die Kinder einer Generation verpflichtet, allen Erwerbstätigen dieser Generation im Alter Renten zu bezahlen. Der Rentenanspruch wurde also nicht an den Aufwand für Kindererziehung gebunden, wie es einem sachgerechten Generationenvertrag entsprochen hätte, sondern wurde allein an Erwerbsarbeit gekoppelt. Seitdem profitieren Eltern – wirtschaftlich gesehen – von ihren Kindern weniger als ihre kinderlosen Nachbarn, die in der Regel mehr erwerbstätig sein können. Diese Enteignung der Eltern hat der Familie als Lebensform die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Seitdem wurden Kinder immer mehr zum Auslöser von Armut und kinderlose Lebensformen erhielten zunehmend eine gesellschaftliche Leitfunktion.“

Resch weiter: „Sicher hat die Überbewertung der Erwerbsarbeit zulasten der Kindererziehung durch

unser Rentenrecht kurzfristig zum beispielhaften wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Die wegen des Geburtenrückgangs gesparten Kinderkosten haben niedrigere Löhne ermöglicht. Das war Grundlage für die gewaltigen deutschen Exporterfolge mit Riesengewinnen für die Finanzwirtschaft. Aber das ging auf Kosten der Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Wenn Eltern immer mehr unter wirtschaftlichem Druck genötigt werden, beide voll erwerbstätig zu sein, haben sie zwangsläufig weniger Zeit für Kinder.

Das Ergebnis sind nicht nur weniger Kinder. Darüber hinaus haben Eltern immer weniger Zeit, um ihren Kindern die Geborgenheit und Sicherheit zu vermitteln, die Grundlage für ein erfolgreiches Leben ist. Beides bedroht auf längere Sicht nicht nur die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, sondern die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft schlechthin. Statt dieser Entwicklung gegenzusteuern, indem den Eltern wieder mehr Freiraum und Zeit für ihre Kinder gegeben wird, wird die Verstaatlichung der Kindererziehung propagiert, die die Eltern aber nicht ersetzen kann. Das mag wenigen karriereorientierten Eltern entgegenkommen.

Alle Meinungsumfragen zeigen aber, dass die große Mehrheit der Eltern ihre Kinder zumindest in den ersten drei Lebensjahren lieber selbst betreuen würde, wenn sie das Geld zur Verfügung hätte, dass der Staat zur Finanzierung eines Krippenplatzes aufwendet. Die staatliche Gleichstellungspolitik, die möglichst alle Eltern zu Vollzeit-Erwerbstätigen machen will und das Familienleben in Freizeitmischen verdrängt, ist Bevormundung und mit dem Gleichberechtigungsgesetz des Grundgesetzes nicht vereinbar. Vor allem schadet es den Kindern.“

ÖDP begrüßt Stellungnahme des Deutschen Städtetags

(16.01.2015) ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler begrüßt die neue Stellungnahme des Deutschen Städtetags zur Befassungskompetenz der Kommunen zu den aktuell diskutierten Freihandelsabkommen. Dutzende Gemeinden haben Resolutionen beschlossen, in denen die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trade in Services Agreement) unter



Dr. Johannes Resch

Hinweis auf das gefährdete Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und der Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge (z.B. Wasserversorgung, Krankenhäuser, Stadtwerke) abgelehnt wird.

Hintergrund der Stellungnahme ist, dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags aktuell die Ansicht vertritt, dass es den Städten und Gemeinden verboten sei, sich mit diesem Thema zu befassen, da es sich nicht um Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft handle. „Dies ist der plumpe Versuch, die Kommunen zu verunsichern und einzuschüchtern“, kommentiert Moseler, der auch dem Mainzer Stadtrat angehört, den Vorgang. „Der Deutsche Städtetag schreibt (wie im Übrigen auch der Deutsche Landkreistag) klipp und klar, dass die dort vertretene Rechtsauffassung unzutreffend ist. Daher hat sich z.B. gestern der Mainzer Stadtrat gegen die negativen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge mehrheitlich ausgesprochen.“

Auch die ÖDP hat diesen unsäglichen Vorgang im Grundsatz prüfen lassen: Kommunen steht sowohl eine Verbandskompetenz als auch eine Befassungskompetenz zu. Damit geht der kommunale Wirkungskreis über die reine Aufgabenerledigung hinaus: „Es besteht kein Zweifel, dass die Gefährdung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden durch die geplanten Freihandelsabkommen droht. Die teilweise gemachte Einschränkung, dass ein konkreter örtlicher Bezug gerade für die Gemeinde, die sich mit dem Thema befassen will, gegeben sein muss, ist derart unlogisch und nicht nachvollziehbar, dass sich ein Eingehen hierauf erübrigt“, so der Richter a.D. Hermann Striedl (Regensburg).

Striedl weiter: „So bestimmt Art. 93 Z.4b GG: „Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über Verfassungsbeschwerden von Gemeinden und Gemeindeverbänden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach Artikel 28 durch ein Gesetz.“ Dies bedeutet, dass Gemeinden nicht nur das Recht zur Selbstverwaltung haben. Gemeinden haben sogar die Möglichkeit, das BVerfG anzurufen, wenn ein wesentliches Merkmal, nämlich das Selbstverwaltungsrecht, durch ein Gesetz (oder gleichzusetzen durch einen völkerrechtlichen Vertrag) verletzt wird. Diese Rechte haben nichts mit dem Selbstverwaltungsrecht zu tun. Es sind andere Rechte, die der Gemeinde als solcher zustehen.“

„Die ÖDP ruft daher alle Kreise, Städte, Gemeindeverbände und Gemeinden auf, die negativen Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge zu benennen und dagegen ein politisches Zeichen zu setzen“, so Moseler abschließend.



Gabriela Schimmer-Göresz

Zum Artikel „Was um Gottes willen ist Gender Mainstreaming?“

Missachtung mütterlicher Präferenz

Die Autorin schildert, dass Gender-Mainstreaming nichts anderes will, als die Ebenbürtigkeit von Mann und Frau zu erreichen. Ein löbliches Unterfangen, denn in vielen Entwicklungsländern gibt es diesbezüglich ein riesiges Defizit. Ebenbürtigkeit heißt, das generativ-feminine ebenso wie das männliche Potenzial von Frauen und Männern in gleicher Weise zu akzeptieren, zu fördern und vor Diskriminierung zu schützen. Ebenbürtigkeit kann demnach nicht heißen, von Frauen ein maskulines Lebenskonzept zu fordern. Es handelt sich um eine eindeutige Missachtung mütterlicher Präferenz für die Familie, also um übelste Diskriminierung im Zeichen von Gender-Mainstreaming.

Tatsächlich liegt bei der Umsetzung von Gender-Mainstreaming in Europa m.E. ein kardinaler Irrtum vor, nämlich dass Frauen gleich zu ticken haben wie Männer und umgekehrt. Und dieser Irrtum beeinträchtigt unser Leben von der Umgangssprache (Guten Tag, Herr Professorin! – Uni Leipzig) über die krank machende Mehrfachbelastung von Millionen von Müttern (Sklaverei) bis hin zu deren Defizit im Geldbeutel.

Der Lackmустest für Gender-Mainstreaming wird die Zustimmung zu einer gerechten Entlohnung von Familienarbeit durch die Europäischen Regierungen sein. Hier wird sich zeigen, wie ernst es Gender-Mainstreaming mit der Ebenbürtigkeit ist oder ob Ebenbürtigkeit nur zu einem hübschen Mäntelchen für eine menschenverachtende Ideologie verkommen ist.

Bärbel Fischer, 88299 Leutkirch

Kein Gefallen für die ÖDP

Frau Stankus tut der ÖDP mit ihrem Ansinnen meiner Ansicht nach keinen Gefallen. Hier wird verharmlost, was Dale O'Leary 1997 in ihrem Buch „The Gender Agenda“ als ihr Ergebnis aus der Pekinger Weltfrauenkonferenz formuliert hat (FAZ, 23.10.2014). Wer Augen hat, der lese. Warum sollen wir also diesen Gang auf des Messers Schneide betreiben? Wir können unsere Forderung beispielsweise nach einem Erziehungsgehalt und nach (globaler) Gerechtigkeit durchaus eigenständig vertreten, ohne uns auf ein „Instrument“ zu berufen, deren Dokumente auch von denen genutzt werden, die genau das Gegenteil von dem wollen, was uns lieb und teuer ist, nämlich die Ach-

tung vor dem Leben und die Integrität der Familie. Und wir können uns dazu positionieren, dass die Politik Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Bereich Steuergerechtigkeit/Familie immer noch nicht ausreichend umgesetzt hat und vieles anderes, ohne jemanden an die Zustimmung zu einem Dokument aus den 90er-Jahren zu erinnern.

Thomas Bergmann, 88339 Bad Waldsee

Überschrift negatives spirituelles Geschlecht

„Mit Zitaten aus einem 20 Jahre alten Dokument“ beweist die Theologin Stankus in „Ökologie Politik“ (Feb. 2015, S. 44ff), dass Gender-Mainstreaming nur gut ist. Wer dagegen ist, „verdreht“, macht eine „Verwechslung“, „verkürzt auf die Genitalzone“.

Das Buch von Gabriele Kuby „Die globale sexuelle Revolution“ belegt vielfach die Quellen. Frau Kuby wurde von Papst Benedikt XVI. ermuntert. Frau Stankus hingegen belegt fast nichts.

Es ist mehr als eine Verharmlosung, wenn Frau Stankus Tarnbegriffe wie „Reproduktive Gesundheit“, die die Estrela-Gruppe in der EU zur Durchsetzung des Rechts auf Abtreibung verwendet, ausnahmslos verteidigt. Im Gegenteil: Die Eltern müssten gewarnt werden. z.B. vor den rot-grünen Bildungsplänen in BW und vor dem unsäglichen Sexualkunde von Frau Prof. Truider. Es ist uns unverständlich, wie „Ökologie Politik“ Frau Stankus auf „aktuellem Stand“ sieht. Was hat es für einen Sinn, ein Erziehungsgehalt zu fordern, wenn die Kinder(!) in ihrer sexuellen Identität durcheinander gebracht werden und die Eltern dazu schweigen sollen?

Frau Stankus sieht nur ein „spirituelles Geschlecht“. Als Eltern einer behinderten Tochter erfuhren wir durch Angriffe Dritter, dass es auch ein negatives spirituelles Geschlecht gibt.

Johannes und Gertrud Brunner, 87700 Memmingen

Thema verfehlt

Es ist schon merkwürdig, wie Frau Stankus den Leserinnen und Lesern ihres Artikels suggerieren will, dass dieser Begriff von der Öffentlichkeit überwiegend missverstanden wird und dass aus diesem Grunde – oder einfach aus Bequemlichkeit und Unverantwortlichkeit – ungebührlich gegen ihn polemisiert wird. Diese These begründet sie ausschließlich mit dem Rückgriff auf das Aktionsprogramm der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahre 1995. Meine Frau und ich haben uns

seit Jahren mit Gender Mainstreaming (im Folgenden mit GM abgekürzt) beschäftigt und wir sind der Meinung, dass die Antwort aus der Feder von Frau Stankus das von ihr selbst gestellte Thema völlig verfehlt.

Durch die Fokussierung auf einen einzigen Aspekt läuft ihre Darstellung auf eine gefährliche Desinformation hinaus. Schon ihr Ansatz ist unzulässig: Statt von dem (von GM-Anhängern und GM-Gegnern akzeptierten) Verständnis des Begriffs auszugehen, ist für Frau Stankus einzig die Frage wichtig, ob die GM-Kritik in Übereinstimmung mit den (vor zwei Jahrzehnten in Peking formulierten) Zielen zu bringen ist. Ihr Artikel hätte deshalb die Überschrift erfordert: „Wie die gute Idee des GM seit ihrer Prägung missverstanden und von ihren Gegnern (wir würden hinzufügen: und Befürwortern) missbraucht worden ist.“ Die Themaverfehlung von Frau Stankus erstaunt umso mehr, da sie sich gleichsam zu einer „Kennerin“ hochstilisiert, die es auf sich nimmt, sich mit dem umfangreichen Material der Frauenkonferenz von Peking auseinanderzusetzen, während ihre zahlreichen Gegner – darunter „als seriös geltende Medien“ – der Uninformiertheit oder sogar der unverantwortlichen Schlamperei bezichtigt werden. Leicht würden meine Frau und ich diesen Leserbrief auf die Länge des Artikels von Frau Stankus ausdehnen können, doch das wird uns diese Zeitschrift nicht erlauben.

Franz und Friedrun Wille, 87724 Ottobeuren

Spirituelles Geschlecht

Nachdem am Ende des Artikels auch noch ein „spirituelles Geschlecht“ aufgeführt wurde, fragte ich mich: Reichen die 60 Geschlechter bei Facebook noch nicht?

Am Wichtigsten finde ich jedoch folgende zwei Fragen: Was ist für die ÖDP-Mitglieder im „Gender-Zeitalter“ eine Familie? Und: Aus welchen Geschlechtern besteht für die ÖDP eine Familie?

Petra Franek, 86199 Augsburg

Stellungnahme der Autorin

Ich war gebeten worden, einen Beitrag zu einem Heft über Manipulation durch Medien zu schreiben. Ich wählte in Bezug auf Gender Mainstreaming eine Internetseite mit einer Definition des Konzepts, die sich ausdrücklich auf die Pekinger Frauenkonferenz von 1995 beruft. Kein einziges der erwähnten abstrusen Elemente ließ sich jedoch in den Konferenzdokumenten finden! Ähnliche Definitionen in der FAZ oder bei

Gabriele Kuby beziehen sich in gleicher Weise unberechtigt auf diese Konferenz. Da das Thema im Süden die ÖDP stark belastet, ist eine Klärung notwendig.

Einige haben mir Gabriele Kuby als Autorität entgegeng gehalten. Gabriele Kuby identifiziert sich nachweislich mit der oben erwähnten Internet-Seite. Ihrer Ansicht nach intendiert das Pekinger Dokument sexuelle Freiheiten und Abtreibung; dort aber heißt es: „Auf keinen Fall sollte der Schwangerschaftsabbruch als eine Familienplanungsmethode gefördert werden.“ Ebenso unterstellt Kuby der Konferenz einen Kampf „für ... die Auflösung von Ehe und Familie“ – ausdrücklich heißt es aber an zentraler Stelle: „Die Familie ist die Grundeinheit der Gesellschaft und soll als solche gestärkt werden. Sie hat Anspruch auf umfassenden Schutz und Unterstützung“ („Globaler Rahmen“ 29).

Natürlich braucht die ÖDP kein solches Konzept, aber ein Konzept, das fordert, dass „Mutterschaft, Elternschaft und die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung ... weder als Grund für Diskriminierung dienen noch die volle Teilhabe der Frauen in der Gesellschaft einschränken (dürfen)“, kann mit der Unterschrift der Regierungen als politischer Hebel dienen – das zeigen die Schlussakte von Helsinki und der Zerfall des Ostblocks.

Ein Artikel, der nicht bloße Meinung bleiben will, muss sich auf Nachweisbares stützen. Das war auf kurzem Raum für die gesamte Geschichte des Konzepts nicht möglich. Dazu nur so viel: Allein die Tatsache, dass sich das Gender-Mainstreaming-Konzept zum Diversity-Management weiterentwickelt hat, zeigt, dass es nur von der biologischen Verschiedenheit von Mann und Frau ausgehen kann: Wurden ursprünglich die biologisch bedingten, verschiedenen Bedürfnisse von Mann und Frau zum Thema gemacht, so sind es jetzt außerdem die verschiedenen Bedürfnisse vieler gesellschaftlicher Gruppen (Rentner, Studenten, Migranten, Familien ...) bei Stadtplanungs-, Arbeits- und vielen anderen Prozessen. Diese Gruppen sollen gerade in ihrer Verschiedenheit zu ihrem Recht kommen.

Christine Stankus

Zum Artikel „Das System der Zweifler“

Klima-Panikmacher

Die baden-württembergische Landesregierung möchte 1.200 Windkraftwerke im Lande errichtet sehen. Treibende Kraft ist die Behauptung des IPCC, hauptsächlich das bei der Nutzung von fossilen Energieträgern

emittierte Kohlendioxid (CO₂) habe einen Anstieg der mittleren Lufttemperatur in gefährlich hohem Maße zur Folge. Das ist eine Hypothese, die in den 80er-Jahren in die Welt gesetzt wurde. Wie das bei der Wissenschaft so üblich ist, werden Hypothesen geprüft, und es ist ganz normal, dass dabei wissenschaftliche Kollegen zu anderen Ansichten kommen. Unangenehm wird es, wenn in diese Diskussion von nicht wissenschaftlicher Seite angegriffen wird. Das ist schon ziemlich früh geschehen; da hatte in der BRD die Debatte um die Nutzung der Atomkraft noch ihre Nachwehen. Dazu seien zwei Beispiele angeführt:

1. 1993 berichtete auf einer Tagung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Schutz der Erdatmosphäre der amerikanische Professor Sherwood Idso von seinen Forschungen über die Auswirkungen eines erhöhten CO₂-Gehalts auf die Pflanzenwelt. Er hatte herausgefunden, dass eine Verdoppelung des CO₂-Gehalts das Wachstum und den Ernteertrag der Pflanzenwelt um etwa ein Drittel vergrößert. Erstaunlicherweise wird dadurch auch der Verlust an Wasser je Blatteinheit um ein Drittel gesenkt; ein Mehr an CO₂ würde also eine merkliche Regeneration verdorrter Regionen unterstützen. Dass eine solche Erkenntnis aber offenbar politisch nicht erwünscht war, zeigt die Reaktion der stellvertretenden Vorsitzenden dieser Kommission, Liesel Hartenstein: Sie warnte nämlich die Vertreter der Presse davor, diese Forschungsergebnisse „ungefiltert“ bekannt zu machen.

2. Auf der gleichen Linie liegt, dass dem Präsidenten der Akademie für Umweltfragen (einer Vereinigung von Kritikern der gängigen Treibhausthesen), Prof. Dr. Helmut Metzner (Tübingen), zustehende Gelder einfach gesperrt wurden. In einem Brief an die damals zuständige Umweltministerin Dr. Angela Merkel hat sich Prof. Dr. Gerhard Gerlich (Braunschweig) 1996 über diese Blockierung wissenschaftlicher Arbeit beklagt.

An derartigen Vorgängen kann man m.E. ablesen, dass der Streit um die Wirkung des CO₂ längst kein akademischer mehr ist, dass es vielmehr um handfeste Interessen geht, mögen sie nun in die Politik durch Finanzinstitute oder aus der Wirtschaft hineingetragen worden sein. So in den 60er-Jahren hieß es einmal: „Ein Kernkraftwerk ist die größte Wertkonzentration, die es je im klassischen Maschinenbau gegeben hat.“ An den zum Bau erforderlichen Krediten ließ es sich damals also gut verdienen. Das könnte auch heute die Triebfeder für den Ausbau der Windkraft sein, denn die Wind-Energie wird in nur geringer Dichte angeboten und deswegen sind außerordentlich große Anlagen

notwendig, um wenigstens einen Teil davon einzufangen. Die Kosten für Meeres-Windstrom liegen – mit Anbindung – bei 15 Ct/kWh (für Strom aus russischem Erdgas dagegen nur bei 5,5 Ct/kWh). Trotzdem wird suggeriert, wir bräuchten Stromtrassen vom Meer nach dem Süden. Auch daran wäre viel zu verdienen. Als Ersatz für den Atomstrom, auf den ja verzichtet werden soll, brauchen wir beides nicht! Bei konsequenter Anwendung der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung – etwa wie in Dänemark – könnte man in Deutschland spielend leicht auf beides verzichten und dabei noch 145 TWh/Jahr an Primärenergie einsparen; das ist bei einem Gesamtbedarf an Endenergie von 2.500 TWh/Jahr ein sehr respektable Brocken! (Zahlen von 2012)

Bei der Klimadebatte steht also viel auf dem Spiel. In dieser Situation stellen Sie mit „Die Machiavellis der Wissenschaft“ ein Buch in einer Weise vor, dass man den Eindruck gewinnt, dass Sie den Aussagen des IPCC (trotz Widersprüchen¹ und „Climategate“ – als an Klimafragen Interessierter werden Sie davon wissen) unbesehen Glauben schenken. Was macht Sie so sicher? Mir fiel auf, dass in der Buchbesprechung auf wissenschaftliche Aussagen der Klimamodell-Kritiker nicht eingegangen wird; von menschlichen Eigenheiten ist die Rede, und von viel Geld (als wären die Atomindustrie [Strom und Waffen] und die Verwalter der Emissionsrechte weniger reich als die, die von der Bereitstellung fossiler Energien leben). Als Historiker mögen die Autoren ja Wissenschaftler sein, aber als ein Beitrag zur eigentlichen Sache, nämlich der zulässigen Nutzung der fossilen Energiequellen, stellt sich mir deren Buch nicht dar.

Für die gegenwärtig zu treffenden Entscheidungen kommt es aber doch wohl auf die sachliche Auseinandersetzung an. Dafür sei zunächst noch einmal auf die Internet-Adressen verwiesen, die ich in meinem Leserbrief genannt hatte (siehe Seite 69 des o.g. ÖDP-Journals). Hier übernahm ich Prof. Tscheuschners Hinweis, dass der Treibhauseffekt experimentell noch nicht nachgewiesen worden sei. Das sei ergänzt durch den Hinweis, dass (umgekehrt) experimentell nachgewiesen wurde, dass er nicht bzw. nur in vernachlässigbarem Maße vorhanden ist. Siehe <http://tinyurl.com/ojn99mc>, Seite 6 f. Es sei noch eine weitere Internet-Adresse hinzugefügt: „<http://tinyurl.com/pafzaw8>“. Dem hier und in diesem Umfeld Gesagten ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Schließlich sei auf eine praktische Erfahrung verwiesen: 1991 geschah eine besonders große vulkanische Eruption (Pinatubo). Klima-Panikmacher sagten sei-

nerzeit eine große Katastrophe vorher, da es Schätzungen gab, dass der Vulkan in dem einen Monat seiner Aktivität so viel CO₂ in die Atmosphäre pumpe, wie wir in 100 Jahren durch fossile Brennstoffe verursacht hatten! Dieses CO₂ wurde jedoch innerhalb eines Jahres durch Regen aus der Atmosphäre ausgewaschen und vor allem im Meer gespeichert! (Die Speicherung im Meer ist ein sehr wichtiger Vorgang; er hat zur Folge, dass bei einem allgemeinen Temperaturanstieg ein Teil des im Meer gelösten CO₂ ausgast, sodass seine Konzentration in der Luft zunimmt, und umgekehrt sinkt seine Konzentration in der Luft, wenn das Meerwasser kühler wird und mehr CO₂ aufnimmt – die Temperatur ist also der primäre Vorgang!).

Jürgen Typke, 71522 Backnang

¹ Der „Chef-Modellierer“ des IPCC (K. Trenberth) hat einmal unvorsichtigerweise geäußert, dass man „das Klima“ gar nicht modellieren könne, da es sich ja um ein chaotisches System handle. Diese Aussage ist aber nicht in den IPCC-Reports und schon gar nicht in deren „Summary for Decisionmakers“ zu finden.

Klimawandel-Leugner sind raffiniert

Herzlichen Dank an die Redaktion, dass sie auf das von Professorin Naomi Oreskes zusammen mit Erik M. Conway verfasste Buch „Die Machiavellis der Wissenschaft. Das Netzwerk des Leugnens“ hingewiesen hat. Das ist auch dringend notwendig, weil die Machtwerke der skrupellosen Klimawandel-Leugner so raffiniert sind, dass sogar ÖDP-Mitglieder, wie der Leserbrief von Jürgen Typke beweist, darauf reinfallen. Spendengelder erhalten die verantwortungslosen Klimawandel-Leugner wohl nicht nur von der Tabak- und Ölindustrie.

Helmut Friedrich, 50129 Bergheim



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Juni 2015** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Zum Interview
„Täuschungsmuster gibt es viele“

Dr. Thilo Bode hat Vergangenheit bei Zigarettenindustrie

Zu dem Interview mit dem Pressesprecher von „foodwatch“ fehlt meines Erachtens eine wichtige Hintergrundinformation: Ihr Gründer und Geschäftsführer Dr. Thilo Bode hat in den Jahren 2002–2006 auch für die Tabakindustrie gearbeitet. Für seine Teilnahme an mehreren Whitewashing-Veranstaltungen des Zigarettenherstellers British American Tobacco hat er sich als „Experte“ bezahlen lassen¹. Im „Social Report“ 2002 (auf S. 36) streut er unter anderem Zweifel an der wissenschaftlichen Evidenz der Schädlichkeit des Rauchens: „Gehen Sie davon aus, selbst wenn es mit letzter Sicherheit nicht nachgewiesen werden kann, dass eine Zigarette ungesund ist.“² Natürlich versteckt in einem Nebensatz, der Mann versteht sein Geschäft.

Alleine die Teilnahme an einer solchen Propaganda-Veranstaltung – und zwar über mehrere Jahre hinweg – disqualifiziert ihn bereits als Verbraucherschützer und muss bezüglich seiner Organisation „foodwatch“ höchst misstrauisch machen. Zumal bisher jede Distanzierung oder auch nur Stellungnahme zu diesem Engagement fehlt.

Eric Manneschmidt

¹ <http://tinyurl.com/ov2ke3o>

² <http://tinyurl.com/qxu77np>

Zur Ökolumne von Ulrich Brehme

Ökologischen Rucksack

Ulrich Brehme setzt sich mit vielen Fragen der Elektromobilität auseinander. Der „ökologische Rucksack“ eines Elektroautos sollte dabei auch erwähnt werden: Zusätzlich müssen 45 kg Kupfer bei einer Leistung von 50 kW eingebaut werden. (Der Elektro-Smart wird mit einem 55 kW-Motor geliefert.) Das entspricht bei 50 % Primärkupfer und einer Materialintensität von ca. 350 kg/1 kg Kupfer einem Ökologischen Rucksack von ca. 8 t. Dies berücksichtigt, wird die Kraftstoffersparnis nahezu neutralisiert (Quelle: Wuppertal-Institut, Schmidt-Bleek: Grüne Lügen).

Die saubere Luft in unseren Städten wird also durch Umweltbelastung im Rest der Welt erkaufte.

Dieter Nießner, 86316 Friedberg

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im August 2015

Boden – eine begrenzte Ressource

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2015 zum „Internationalen Jahr des Bodens“ ausgerufen. Denn der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen und ist eine begrenzte Ressource. Damit sollten wir sparsam und wohlüberlegt umgehen. Doch das tun wir nicht. Durch Versiegelung mit Gebäuden und Straßen gehen heute in Deutschland jeden Tag rund 73 Hektar Bodenfläche verloren – mehr als 100 Fußballfelder. Und auch die Landwirtschaft, die von der Qualität der Böden abhängig ist und ein starkes Interesse an der Erhaltung haben sollte, verringert durch Monokulturen die biologische Vielfalt und schädigt mit Pestiziden und Mineraldünger das Bodenleben stark. Diese Prozesse schreiten schleichend voran und werden deshalb von Politik und Bürgern kaum wahrgenommen.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

TERMINE

- | | |
|----------------------------|---|
| So. 10.05.2015 | Bürgerschaftswahl (Landtag) in Bremen |
| Sa. 13.06.2015 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (bei Stuttgart) |
| Sa. 27.06.2015 | Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Dingolfing) |
| Sa. 04.07.2015 | Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Braunschweig) |
| Sa. 18.07.2015 | Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (in Mainz) |
| Do. – So. 03. – 06.09.2015 | ÖDP-Sommerncamp in Schönwald |
| Sa. – So. 12. – 13.09.2015 | Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (in Aachen) |
| Sa. 17.10.2015 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (bei Stuttgart) |

EZB-Turm-Einweihung

